1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 18 vom 2. Mai 1980 14. Jahrgang 1 DM



Bundeswehrtruppen im Iran? Die auf unserem Bild abgebildeten Einheiten rollen noch zu Manöverzwecken auf westdeutschem Boden,und nach der gegenwärtigen Nachrichtenlage ist nichts darüber bekannt, ob westdeutsche Soldaten an der amerikanischen Militäraktion gegen den Iran beteiligt waren. Doch politisch steht die Bundesregierung allemal an der Seite ihrer amerikanischen Oberherren. Und wer garantiert uns, daß nicht westdeutsche Soldaten in Persien eingesetzt werden, wenn Carter es befiehlt? Schon kreuzen Schiffe der westdeutschen Kriegsmarine in den Gewässern des Indischen Ozeans...

Hände weg vom Iran!

Nieder mit den amerikanischen Kriegstreibern!

Weltweite Empörung über Carters Piratenakt

Der schmählich gescheiterte militärische Überfall der amerikanischen Supermacht auf den Iran hat in der ganzen Welt Entsetzen und Empörung ausgelöst. Bei der Verbreitung der ersten Nachrichten über diesen Piratenakt am Freitagmorgen wurde schlagartig klar: Carter hat nicht nur ein Blutbad in Teheran einkalkuliert, sondern auch die Welt an den Rand eines Krieges gebracht.

Im Iran selbst beantworteten die Volksmassen den amerikanischen Überfall mit Massendemonstrationen. Inzwischen ist eine breite Mobilisierungskampagne angelaufen, in deren Rahmen sich Millionen Menschen auf die bewaffnete Verteidigung ihrer Heimat gegen neue amerikanische Angriffe vorbereiten. Scharfe Proteste wurden auch in anderen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens laut. Die lybische Regierung etwa forderte einen Ausschluß der USA und Ägyptens (von dessen Territorium die Aggression gegen den Iran ihren Ausgang genommen hatte) aus der UNO. Und selbst ein so treuer Verbündeter Washingtons wie das Regime von Pakistan sah sich veranlaßt, die „flagrante Verletzung des Völkerrechts" zu verurteilen. Gerade diese Tatsache ist ein untrügliches Zeichen dafür, daß in der ganzen Region der tiefe Haß der Völker gegen den amerikanischen Imperialismus bis zu einem Grad angewachsen ist, der über kurz oder lang neue Massenaktionen gegen die westliche Supermacht erwarten läßt.

Mit der Befreiung der Gefangenen, bei denen es sich zum Teil um durch Dokumente eindeutig überführte CIA-Agenten handelt, hatte Carter seinen brutalen militärischen Überfall begründet. Er hatte sogar die Stirn, dieses Unternehmen seiner Kriegsmaschine „eine humanitäre Aktion" zu nennen. Der gleiche Carter aber hatte am 8. Januar vor Kongreßabgeordneten erklärt: **„Ein Einsatzkommando oder eine militärische Aktion mit dem Ziel einer Befreiung der Geiseln würde fast unausweichlich mit einem Fehlschlag und fast gewiß mit dem Tod der Geiseln enden."**

Carter wollte nicht ihre Befreiung. Er wollte ihren Tod. Er wollte sie kaltblütig opfern, um einen Vorwand für das wirkliche Ziel der amerikanischen Supermacht zu haben: nämlich den Iran auf breiter Front anzugreifen, die antiimperialistische Revolution des iranischen Volkes im Blut zu ersticken und die uneingeschränkte Herrschaft der Wall-Street-Monopole über dieses Land wiederzuerrichten.

Carter ist vorerst gescheitert. Die Niederwerfung der iranischen Revolution aber ist damit nicht aufgegeben. Jetzt gilt es überall, die Empörung und das Entsetzen über den Piratenakt vom Freitag in breite Aktivitäten gegen die amerikanischen Kriegstreiber und Völkermörder umzusetzen.

Hände weg vom Iran!
Stoppt Carters Kriegsmaschine!
Keine westdeutsche Beteiligung an der Aggression gegen den Iran!
Solidarität mit dem iranischen Volk!

Rausschmisse für Strauß-Gegner

Strauß läßt entlassen

Gewerkschafter müssen mobilmachen

REGENSBURG.— Wer im Betrieb Anti-Strauß-Plaketten trägt, lebt gefährlich. Die Wahrnehmung des Grundrechts auf Meinungsfreiheit ahnden die Unternehmer sozusagen als Majestätsbeleidigung. Der 22jährige Bürokaufmann Heinz Vogt sitzt seit einigen Tagen auf der Straße, nachdem ihm die Firma Siemens, bei der er an einem Lehrgang für Metallverarbeitung teilnahm, Werksverbot erteilt hat. Grund: Er hatte seine Strauß-Gegnerschaft per Plakette kundgetan.

Ihm und seinem Bruder, dem ein ähnliches Schicksal widerfahren war, rückte dann noch das Arbeitsamt auf den Leib: Man stoppte die Unterhaltsbeihilfe.

Wie verlautet, sind noch zwei andere Kollegen im Raum Regensburg — sie sind Auszubildende bzw. Umschüler — ebenfalls fristlos gefeuert worden.

Fünf weiteren Umschülern der technischen Lehranstalt Eckert in Regensburg droht die fristlose Kündigung, falls sie ihre Plaketten nicht abnehmen. Begründung: Der Lehranstalt werde sonst die Lizenz vom bayrischen Kultusminister entzogen. **Wer angesichts dieser sich häufenden Vorkommnisse noch meint, Strauß sei am besten durch Stillhalten zu stoppen, wird in nicht allzu langer Zeit erleben, daß Schulen und Betriebe von allen Strauß-Gegnern gesäubert sind, und dann... Prost Mahlzeit!**

Chemietarifrunde beginnt

Verlorene Reallöhne zurückerobern!

DÜSSELDORF.— Am 28. April begann mit den Tarifverhandlungen für den Bezirk Nordrhein die Lohnrunde in der Chemieindustrie. Am 2. Mai wird der Bezirk Rheinland-Pfalz und am 5. Mai Hessen folgen. In diesen drei Bezirken laufen die Tarifverträge zum 30. April aus.

In den Bezirken Westfalen, Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Westberlin laufen die Tarifverträge zum 31. Mai aus, in Bayern und Saarbrücken zum 30. Juni.

Die Forderungen der IG Chemie in Nordrhein, Rheinland-Pfalz und Hessen bewegen sich zwischen 8,2 und 11,2 Prozent. Angesichts der Teuerungswelle einerseits und der Rekordprofite der Chemiekonzerne andererseits, sind diese Forderungen sehr niedrig. Wollen die Chemiewerker verlorengegangene Reallöhne zurückerobern, so dürfen die Tarifabschlüsse um kein Zehntelprozent hinter diesen Forderungen zurückbleiben.

Es ist klar, daß dies nur in einem konsequent geführten Lohnkampf durchgesetzt werden kann. Daß reaktionäre IG-Chemie-Führer wie Karl Hauenschild alles andere im Sinn haben, als die gewerkschaftliche ins Feld zu führen, unterliegt keinem Zweifel. Deshalb müssen die kämpferischen Gewerkschafter eigenständig handeln, müssen sie von sich aus die Mobilisierung der Kollegen gewährleisten.

Während der Umsatz der Chemieindustrie im vergangenen Jahr weiter gestiegen ist, wurden 1,2 Prozent der Arbeitsplätze vernichtet. Gemessen am Umsatz ging die Summe der Löhne und Gehälter um 2 Prozent zurück.

Philips will 7 000 entlassen!

DÜSSELDORF.— Sprecher des niederländischen Elektrokonzerns Philips kündigten vor kurzem in Düsseldorf einen neuen Entlassungsfeldzug an.

Obwohl die Philips-Bosse für 1980 eine Steigerung des Konzernumsatzes erwarten, wollen sie die Zahl der Beschäftigten im Gesamtkonzern noch in diesem Jahr durch Rationalisierungsmaßnahmen um mehr als 7 000 herunterdrücken.

Tarifverhandlungen in Hochseefischerei gescheitert

CUXHAVEN.— Zm ersten Mal seit über 30 Jahren sind in der Bundesdeutschen Hochseefischerei Tarifverhandlungen gescheitert.

Es geht um einen neuen Manteltarifvertrag. Die Reeder haben ein bereits erzieltes Verhandlungsergebnis doch noch abgelehnt, weil sie auf Fangfabrikschiffen eine 12- und auf Frischfischschiffen eine 16stündige regelmäßige Arbeitszeit beibehalten wollen.

Verurteilt die amerikanische Militäraktion!

Heraus zum 1. Mai!

Ist die Welt an der Schwelle eines neuen Krieges? Geht der Wettlauf der Großmächte ums Öl einem neuen Weltbrand entgegen? Gerade wir Deutschen in Ost und West stellen uns dieser Frage besonders dringlich, denn auf deutschem Boden stehen sich die beiden Supermächte waffenklirrend gegenüber.

Bringen wir auf den Demonstrationen zum 1. Mai klar zum Ausdruck, daß kein deutscher Arbeiter, kein Angestellter, kein Lehrling und kein Student die Absicht hat, erneut für die Profite der Unternehmer ins Schlachtfeld zu ziehen. Wer sonst als wir können einen neuen Weltkrieg verhindern?

Bringen wir gleichzeitig auf den Demonstrationen zum 1. Mai zum Ausdruck, daß der Kampf gegen die massenhafte Vernichtung der Arbeitsplätze verstärkt weitergeführt werden muß. Der Kampf um die **35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich** steht nach wie vor auf der Tagesordnung. Wir Arbeiter und Angestellten haben ihn nicht auf 1985 vertagt.

Der Kampf gegen den Aussperrungsterror der Unternehmer hat sich entwickelt. Bleiben wir am Ball! **Gemeinsam schaffen wir es, dem Kapital den Aussperrungsknüppel aus der Hand zu schlagen.**

In der Person des Franz Josef Strauß vereinigen sich alle Bedrohungen, die der Kapitalismus in sich birgt. Dieser Mann ist für die rücksichtslose Durchsetzung von Unternehmerinteressen, für die Zerschlagung der Gewerkschaftsbewegung; dieser Mann steht an der Spitze der Kriegstreiber in unserem Land.

Demonstrieren wir, daß die Arbeiterklasse jene gesellschaftliche Kraft ist, die willens und in der Lage ist, die Mächte der Reaktion, des Faschismus, des Völkerhasses und des Krieges in die Schranken zu weisen und schließlich zu vernichten!

„Der Frieden wird erhalten und gefestigt werden, wenn die Völker die Erhaltung des Friedens in ihre Hände nehmen und ihn bis zum äußersten verteidigen. Der Krieg kann unvermeidlich werden, wenn es den Kriegsbrandstiftern gelingt, die Volksmassen durch Lügen zu umgarnen, sie zu betrügen und sie in einen neuen Weltkrieg hineinzuziehen."
J.W. Stalin















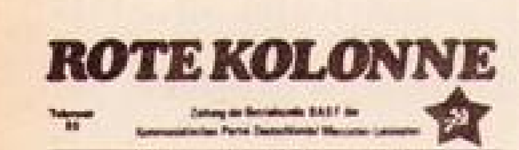






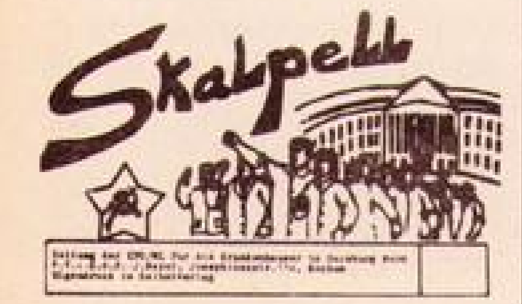






Krankenhauszeitungen der KPD/ML und der Roten Garde





Sanktionen gegen den Iran

Bonn setzt Boykott-Kurs in der EG durch

Widerstand in der SPD

BRÜSSEL. — Die Länder der EG haben sich in der vergangenen Woche erwartungsgemäß den Forderungen Carters gebeugt und Strafmaßnahmen gegen den Iran, einschließlich eines vollständigen Handelsboykotts, beschlossen. Inzwischen haben sich auch Japan und Kanada diesen Maßnahmen angeschlossen.

Schon im Vorfeld der Brüsseler Außenministerkonferenz war deutlichgeworden, wer bei der Ausrichtung der EG auf die Unterstützung der Carterschen Kriegspolitik die erste Geige spielte: Bonn unterstützte nicht nur alle von Washington an die EG herangetragenen Forderungen. Die Bundesregierung stellte überdies auch ihre Bereitschaft heraus, notfalls im Alleingang mit den „amerikanischen Freunden" den Iran zu bestrafen.

So ist es nicht verwunderlich, daß die Brüsseler Konferenz — wie die bürgerliche Presse berichtet — von starken Auseinandersetzungen gekennzeichnet war. Dabei standen sich im wesentlichen der fanatisch proamerikanische Kurs Genschers und die mehr abwartende Haltung seines französischen Amtskollegen gegenüber. Bonn konnte eine bedingungslose Annahme der Forderungen Carters jedenfalls nicht durchsetzen. Das gilt vor allem für die Frage des Boykotts selbst. Washington wollte sofort entsprechende Schritte der EG sehen.

Die Ministerkonferenz beschloß jedoch, bis zu ihrer nächsten Tagung am 17. Mai die gesetzlichen Voraussetzungen für einen Boykott in den einzelnen Ländern zu schaffen und dann „sofort" den Boykott in Kraft zu setzen, falls es bis dahin nicht „entscheidende Fortschritte" in der Iran-Frage gegeben habe. Was solche Fortschritte sind, darüber soll nach der Entschließung der Außenminister das Weiße Haus entscheiden. Neben der Boykottankündigung wurden noch andere Maßnahmen gegen den Iran beschlossen. So sollen ab sofort keine neuen Verträge mit diesem Land mehr geschlossen werden. Das diplomatische Personal soll auf beiden Seiten verringert und eine Visa-Pflicht für Iraner eingeführt werden. Außerdem sollen die schon erteilten Genehmigungen für den Export von Waffen zurückgezogen werden.

Wie nicht anders zu erwarten, hat Bonn als erstes EG-Land begonnen, diese Maßnahmen in Kraft zu setzen. Inzwischen läuft eine Kampagne in den Medien an, die mögliche Folgen einer solchen Politik gegenüber dem Iran herunterspielen soll. Für die Monopole mag das gelten. Denn wenn sie ihre Verträge mit dem Iran brechen, dann müssen sie noch lange nicht auf die erwarteten Profite verzichten. Die bekommen sie nämlich aus den Hermes-Bürgschaften des Bundes ersetzt. Es dürfte sich dann um eine Summe von sechs Milliarden Mark handeln — bezahlt werden sie aus den Steuergeldern der Werktätigen.

Aber nicht nur das ist eine für die arbeitenden Menschen teure Folge der proamerikanischen Boykottpolitik der Bundesregierung. Wenn auch die Herren in Bonn und ihre gleichgeschalteten Medien hundertmal das Gegenteil behaupten: Ein durch die reaktionäre intiiranische Politik unausweichlicher Ausfall der iranischen Öllieferungen (gegenwärtig ca. 15 Prozent der westdeutschen Importe) wird sich schwer auf die Werktätigen auswirken. Sowohl mit neuen Preissprüngen wie auch mit einer Rationierung des Verbrauchs und anderen Maßnahmen muß gerechnet werden. Zudem haben die arabischen Länder Algerien und Lybien angekündigt, daß sie sich bei einer Fortsetzung der amerikanischen Aggression gegen den Nahen Osten mit Öllieferspersperren gegen Washington und seine Verbündete wehren werden.

Die Bundesregierung hat ihren für unser Land in jeder Hinsicht gefährlichen Kurs des bedingungslosen Unterstützens der Carterschen Kriegspolitik ausgerechnet damit begründet, daß so der Frieden zu erhalten sei. So erklärte etwa Schmidt wiederholt, das Eingehen auf die von Washington geforderten Boykottmaßnahmen sei deshalb notwendig, weil sich die Amerikaner andernfalls zu militärischen Schritten gegen den Iran gezwungen sehen würden. Carter selbst hat mit seinem Kommandounternehmen vom vergangenen Freitag diese lächerliche Logik zerfetzt. Seine bewaffnete Aggression bestätigte nur einmal mehr, was unsere Partei und andere friedliebende Kräfte immer wieder gesagt haben: Man kann den Aggressor nicht dadurch stoppen, daß man ihm Schritt für Schritt nachgibt. Eine solche Politik ist nichts anderes als eine Ermutigung für die Kriegstreiber. Und so ist die in Westeuropa, Japan und Kanada demonstrierte Bündnistreue von Carter denn auch aufgefaßt worden.

Schmidts Kurs im Kielwasser der amerikanischen Kriegstreiber stößt mittlerweile selbst in seiner eigenen Partei auf immer stärkeren Widerstand. Bei einer sicherheitspolitischen Tagung der SPD am vorletzten Wochenende beispielsweise kritisierten 17 von 18 Diskussionsrednern des Arbeitskreises „Friedenspolitik" das bedingungslose Einschwenken der Bundesregierung auf den Carter-Kurs. In der letzten Woche verurteilten die Delegierten des Bezirksparteitages Hessen-Süd der SPD den aggressiven Carter-Kurs als eine Politik, „mit der der eigene imperiale Herrschaftsbereich" ausgeweitet werden solle. Die Delegierten forderten auch die Ablehnung der NATO-Raketenbeschlüsse und eine Teilnahme an den Sommerspielen in Moskau. Die Falken kritisierten in einer Presseerklärung ihres Bundesvorstandes scharf die „aggressive Politik" Washingtons und protestierten zugleich energisch gegen die Boykott-Empfehlung der Bundesregierung für die Olympischen Spiele.

Bonn will Olympia-Teilnahme verhindern

Allparteien-Koalition gegen Olympia

Sportler wehren sich

BONN. — Die Bundesregierung hat in der letzten Woche eine offizielle „Empfehlung" an das NOK verabschiedet, sich nicht an den olympischen Sommerspielen in Moskau zu beteiligen. Eine entsprechende Entschließung, die von allen drei Parteien verfaßt war, wurde auch im Bundestag verabschiedet.

Nur acht Abgeordnete der SPD hatten den Mut, gegen diese Kampfansage an Olympia zu stimmen (weitere neun enthielten sich der Stimme). Ansonsten bildete sich eine reaktionäre Allparteien-Koalition einschließlich des „Grünen" Herbert Gruhl, die auf der gleichen Wellenlänge zum Boykott hetzte. Schmidt hatte die Stirn, sich dabei ausgerechnet auf die olympische Idee zu berufen. Und der Strauß-Vertraute Zimmermann forderte die westdeutschen Olympiasportler zynisch auf, mit ihren amerikanischen Kameraden Solidarität zu üben.

Auch im Nationalen Olympischen Komitee selbst werden die Boykotthetzer immer lauter. Während der Vorsitzende Daume sich nicht festlegen will, startet der frühere Polizeiminister und jetzige Präsident des Deutschen Sportbundes, Willy Weyer, einen Boykott-Feldzug, wobei er stets darauf hinweist, daß einer Entscheidung des westdeutschen NOKs „Signalwirkung" für die NOKs der anderen westeuropäischen Länder zukomme. Also auch hier soll die Bundesrepublik den Vorreiter und Einpeitscher für Carters Politik machen. Auch NOK-Vorstandsmitglied Eberhard von Brauchitsch organisiert gegenwärtig — in Zusammenarbeit mit CDU-Politikern — eine scharfmacherische Boykott-Kampagne. Hauptberuflich beschäftigt sich dieser Mann als führender Flick-Manager übrigens mit der Produktion von Kampfpanzern.

Die westdeutschen Olympia-Sportler haben auch nach ihrer Dortmunder Aktion vom vergangenen Montag ihre Bereitschaft bekräftigt, nach Moskau zu fahren. Aus jüngsten Umfragen geht hervor, daß nur ein geringer Teil sich dem Druck aus Washington und Bonn freiwillig beugen will. Am 15. Mai wird das NOK über die Teilnahme an den Sommerspielen entscheiden. Es muß dem Willen der Sportler Rechnung tragen!

Erklärung des Politbüros der KPD/ML

Der wachsenden Kriegsgefahr begegnen!

Die Kriegsgefahr wächst. Ähnlich wie in der Zeit vor dem ersten und vor dem zweiten Weltkrieg verschärfen sich die Widersprüche der imperialistischen Blöcke untereinander. Während die sowjetischen Sozialimperialisten mit Waffengewalt das afghanische Volk niederzuzwingen versuchen, beschleunigen die USA-Imperialisten in wahnwitziger Weise ihre aggressive Kampagne gegen den Iran, drohen sie, den nahen und Mittleren Osten in ein Pulverfaß zu verwandeln, bereit, jeden Augenblick in die Luft zu fliegen.

Zerronnen der Traum von der sogenannten Entspannung. Die Kurse der Rüstungsaktien steigen. Die kalten Krieger sind wieder am Zug. In ihrem Streben nach hohen und höchsten Profiten, nach Rohstoffquellen, Absatzmärkten, billigen Arbeitskräften, Einflußsphären und Weltherrschaft geraten die Imperialisten, geraten vor allem die zwei Supermächte, die Sowjetunion und die USA, zunehmend aneinander. Und während Moskau seine Satelliten — wie die DDR — zwingt, seine Aggression in Afghanistan zu unterstützen, übt Washington einen brutalen Druck auf seine NATO-„Verbündeten" — wie die Bundesrepublik — aus, um sie zu Maßnahmen wie den Olympiaboykott, Sanktionen gegen den Iran und eine verstärkte Aufrüstung zu zwingen.

Beide deutsche Regierungen aber, sowohl die Honekker- wie die Schmidt/Genscher-Regierung, scheuen sich nicht, sich im eigenen Interesse zu Sklaven, zu willfährigen Handlangern ihrer Herren und Bündnispartner im Kreml und im Weißen Haus zu machen. Kanonenfutter, Schlachtvieh zu sein, sterben für die Interessen der USA, sterben für die Interessen der Sowjetunion, das ist das Schicksal, das die zwei Supermächte in ihrem Krieg um die Weltherrschaft dem deutschen Volk zugedacht haben. "The Germans to the front!" — Wehren wir uns! Nicht das iranische, nicht das russische, nicht das amerikanische, noch irgendein anderes Volk, und schon gar nicht unsere Brüder und Schwestern hüben wie drüben sind unsere Feinde! Unsere Feinde sind die, die uns zum dritten Mal in diesem Jahrhundert um ihrer Profitinteressen willen auf die Schlachtbank eines neuen Völkermordens treiben wollen: die Imperialisten, die Herren der Monopole und Banken!

Wehren wir uns! Der Krieg ist kein unabwendbares Schicksal, kein Gesetz der Natur. „Der Frieden wird", wie Stalin sagte, „erhalten und gefestigt werden, wenn die Völker die Erhaltung des Friedens in ihre Hände nehmen und ihn bis zum äußersten verteidigen. Der Krieg kann unvermeidlich werden, wenn es den Kriegsbrandstiftern gelingt, die Volksmassen durch Lügen zu umgarnen, sie zu betrügen und sie in einen neuen Weltkrieg hineinzuziehen. Kämpfen wir in diesem Sinne unter der Losung „Deutschland darf kein Schlachtfeld werden!" gegen den Krieg!

Am 1. Mai gegen den Krieg

FRANKFURT.— Eine Gruppe bekannter Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens — unter ihnen die Theologen Heinrich Albertz und Helmut Gollwitzer, die Schriftstellerin Ingeborg Drewitz sowie der Atomwissenschaftler Klaus Traube — haben dazu aufgerufen, die Veranstaltungen zum 1. Mai dazu zu nutzen, um „eine Bewegung in Gang zu setzen, die politischen Fahrlässigkeiten und weiterer Aufrüstungspolitik" entschieden entgegentritt. Der Aufruf der Prominenten steht unter der Überschrift „Der Kriegsgefahr nicht tatenlos zusehen" und richtet sich an die „Aktiven in Institutionen, Gewerkschaften, Parteien und Kirchen". Die Verfasser schreiben, es seien Reden und Aktivitäten zu beobachten, die wie Geplänkel vor einem Krieg erschienen.

Aus dem Inhalt

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Im „Roten Morgen" 16/80 haben wir den Bericht der Leitung der Sektion DDR der KPD/ML zur Entwicklung der Lage in der DDR, der Arbeit der Sektion im letzten Jahr und der Aufgaben, vorgelegt im Januar 1980, leicht gekürzt wiedergegeben. Um eine bessere Vorstellung über die konkrete Arbeit der Sektion DDR zu vermitteln, drucken wir nachfolgend den Artikel „Ein Zelle stellt sich vor" aus dem „Roten Morgen", Ausgabe der Sektion DDR der KPD/ML, nach.

KPD/ML-Sektion DDR

Eine Zelle stellt sich vor

Aus: „Roter Morgen", Ausgabe DDR

Einer von ihnen fand irgendwann ein Exemplar des „Roten Morgen" in seinem Briefkasten. Er hatte Freunde, hieb- und stichfeste Kumpel. Sie gründeten eine Zelle und wandten sich über den Westen an die Partei. Eine Zelle? Jawohl, eine aktive Zelle des Widerstands gegen die Ausbeuterordnung in der DDR. Was war ihre Grundlage? Ihre Grundlage war der „Rote Morgen". Den bekommen sie jetzt regelmäßig. Dafür sorgt die Partei. Dann vor allem Bücher von Marx, Engels und Lenin. Einer von ihnen, ein alter Kämpfer, der die Hitler-KZs von innen kennt, konnte aus gewissen Quellen einiges von Stalin beschaffen. Und Radio Tirana wird abgehört. Die dritte Grundlage ist ihr Kampf. Sie klapperten Fleischer- und Bäckerläden ab und bekamen bald heraus, an welchen Tagen die Schlangen am längsten sind. Sie stellten kleine Kleber her, handgroß, auf denen sie in kurzen Parolen den Kapitalismus in der DDR anprangerten. In der Nacht vor den bestimmen „Schlangentagen" klebten sie diese Kleber an die Scheiben der Läden.

Schulungen machen sie nicht nur intern. Sie nehmen aktiv am Parteilehrjahr der SED teil. Durch gemeinsames Studium in der Zelle wird die Agitation für die SED-Schulung sorgfältig vorbereitet. Methode: Der DDR-Wirklichkeit die Theorie des Marxismus-Leninismus gegenüberzustellen. Den Widerspruch herausarbeiten. Den Kollegen die Schuppen von den Augen reißen.

Wir drucken zwei Flugblätter ab, die die Zelle selber schrieben, hergestellt und verteilt hat.

Lesen — weitergeben

Lesen ! Weitergeben !

Mitarbeiter des IPF

Der 30. Jahrestag steht vor der Tür !
Unsere Oberherren rühmen sich schon seit längerer Zeit über die Leistungen und Taten, die "wir" in diesen 30 Jahren vollbracht haben.
Doch wie sieht es in Wirklichkeit aus ?!
Nehmen wir uns ein Beispiel aus der Vielzahl der Probleme, - die Arbeits- und Lebensbedingungen - speziell die Ausstattung der Arbeitsräume.
Es ist meist erschreckend, in was für Räumen wir hausen und arbeiten sollen.
Die meisten Zimmer in unseren Häusern - Oranienburger- und Otto-Grotewohl-Straße - sind mit Mitarbeitern vollgestopft, und es werden immer neue Kräfte eingestellt.
Doch wie diese unterbringen ?!
In Einstellungsgesprächen werden bloß die am besten ausgestatteten Räume gezeigt, und wenn man dann anfangen will zu arbeiten, ist kein Arbeitstisch, kein Stuhl und vieles andere nicht vorhanden. Wir kennen viele Mitarbeiter, die sich von zu Hause erst Werkzeuge und Geräte mitbringen mußten, um sich einen alten, ausgedienten Schreibtisch o.a. einigermaßen wiederherzurichten. Selbst vernünftige Arbeitsmittel und Werkzeuge sind nicht vorhanden -
dazu fehle, wie unsere Leitung sagt, das Geld !
Doch sehen wir uns die Räume unserer großen Leiter an, dann kann man denken, man ist zu Hause. - Es fehlt an nichts !
Schrankwände, bequeme Sessel, Radio, Fernseher usw. - dafür ist auf einmal Geld vorhanden !
Und selbst unsere "Gewerkschaftsleitung" hat sich im vergangenen Jahr ihre Räume mit neuen Schrankwänden eingerichtet !
Diese Misere mit unseren Arbeitsräumen haben wir des öfteren in Dienstbesprechungen und Gewerkschaftsversammlungen angesprochen, und der Eine oder der Andere ist sicher schon mutlos geworden, da sich sowieso nichts ändert.
... dürfen nicht aufhören von ...

Dieses Flugblatt wurde in einem Postverwaltungsbetrieb verteilt — und zwar kurze Zeit nach einer Betriebsversammlung, auf der die Kollegen die Mißstände auf den Tisch gebracht hatten. Das machte Wirbel und gab dem Protest weiteren Auftrieb. Nach der Aktion verfügte die Betriebsleitung Ein- und Ausgangskontrollen.

***

Der 30. Jahrestag steht vor der Tür! Unsere Oberherren rühmen sich schon seit längerer Zeit über die Leistungen und Taten, die „wir" in diesen 30 Jahren vollbracht haben. Doch wie sieht es in Wirklichkeit aus?! Nehmen wir uns ein Beispiel aus der Vielzahl der Probleme — die Arbeits- und Lebensbedingungen —, speziell die Ausstattung der Arbeitsräume! Es ist meist erschreckend, in was für Räumen **wir** hausen und arbeiten sollen. Die meisten Zimmer in unseren Häusern — Oranienburger- und Otto-Grotewohl-Straße — sind mit Mitarbeitern vollgestopft, und es werden immer neue Kräfte eingestellt. Doch wie diese unterbringen?! Im Einstellungsgespräch werden bloß die am besten ausgestatteten Räume gezeigt, und wenn man dann anfangen will zu arbeiten, ist kein Arbeitstisch, kein Stuhl und vieles andere nicht vorhanden. Wir kennen viele Mitarbeiter, die sich von zu Hause erst Werkzeuge und Geräte mitbringen mußten, um sich einen alten ausgedienten Schreibtisch o.a. einigermaßen wiederherzurichten. Selbst vernünftige Arbeitsmittel und Werkzeuge sind nicht vorhanden — dazu fehle, wie unsere Leitung sagt, das Geld! Doch sehen wir uns die Räume unserer großen Leiter an, dann kann man denken, man ist zu Hause. — Es fehlt nichts! Schrankwände, bequeme Sessel, Radio, Fernseher usw. — dafür ist auf einmal Geld vorhanden! Und selbst unsere „Gewerkschaftsleitung" hat sich im vergangenen Jahr ihre Räume mit neuen Schrankwänden eingerichtet!

Diese Misere mit unseren Arbeitsräumen haben wir des öfteren in Dienstbesprechungen und Gewerkschaftsversammlungen angesprochen, und der Eine oder Andere ist sicher schon mutlos geworden, da sich sowieso nichts ändert. Doch wir dürfen nicht aufhören von **unserem Recht auf menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen Gebrauch zu machen!** Treten wir offen und energisch an unsere Herren heran und fordern sie auf, die finanziellen Mittel für eine zweckentsprechende Ausstattung zur Verfügung zu stellen — denn es geht — Geld ist bei der Deutschen Post genug vorhanden — sie ist doch mit Verdiener Nr. 1 im Wirtschaftssystem.

Mit diesem Flugblatt wenden sich an Euch Kommunisten der DDR, die sich in der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten zusammengeschlossen haben, mit dem Ziel der Wiederherstellung wahrhaft sozialistischer Verhältnisse.

Wahlflugblatt

Wozu wählen?

Am 20. Mai soll jeder Bürger seine Stimme für die Kandidaten der „Nationalen Front" abgeben, um mit seiner Stimmabgabe für eine Fortsetzung der „erfolgreichen Jahre" einzutreten. Erfolgreiche Jahre — für wen?? Erfolgreich doch nur für die Machthaber unseres Staates und ihres Klüngels. Sie schöpfen die von den Arbeitern geschaffenen Werte ab und leben von Jahr zu Jahr in größerem Luxus. Sie fahren im Volvo und leben in Luxusvillen in ausgedehnten Waldgebieten oder am Meer. Sie kennen ja nicht einmal mehr die täglichen Probleme der Bevölkerung. • Das „ständig besser werdende Warenangebot" • die „gleichbleibenden Preise" • die „Lebenskraft der sozialistischen Demokratie" im Arbeitsprozeß • Die Auswirkungen des „Leistungs- und Planungssystems" für die Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung usw.

Unsere Oberherren und ihre Lakaien rufen nur ständig zur Mehrarbeit auf • Steigerung der Arbeitsproduktivität • Kampf um die Erfüllung der Pläne • „freiwillige Arbeit" in der Volksinitiative.

Aber wofür? Für wen?

Was bleibt für die Werktätigen? Für die Machthaber bedeutet dies **noch mehr** Luxus! Für sie wurden in den letzten Wochen weitere Wucherläden, fünf allein in der Karl-Marx-Allee, neu eingerichtet. Arbeiter, Werktätige unserer Stadt, nutzt die „Aussprachen" in Betrieben und Wohngebieten, stellt Fragen zu den Problemen des täglichen Lebens, nennt die Mißstände, entlarvt so die Unfähigkeit und Arbeiterfeindlichkeit unserer Oberherren. Informiert Euch über den einzig wahren sozialistischen Staat der Diktatur des Proletariats, hört Radio Tirana, vergleicht und leitet daraus Euer Handeln ab.

KPD/Marxisten-Leninisten
Sektion DDR





Vor 35 Jahren Buchenwald befreit

Zum 35. Jahrestag der Selbstbefreiung des Konzentrationslagers Buchenwald versammelten sich am Samstag, den 12. April über 40 000 Menschen vor dem Glockenturm der Gedenkstätte auf dem Ettersberg bei Weimar (Bild). An der Kundgebung nahmen auch 1 500 ehemalige KZ-Häftlinge teil. — Im KZ Buchenwald und seinen Außenkommandos waren von den Faschisten 56 000 Menschen aus 32 Nationen umgebracht worden. Ernst Thälmann wurde hier im Jahre 1944 ermordet. Am 11. April 1945, angesichts der heranrückenden Armeen Sowjetrußlands und der Anti-Hitler-Koalition konnten sich die 21 000 Häftlinge des Lagers in einer mutigen Aktion selbst befreien.

Arbeiterkorrespondenzen aus der DDR

Planrückstände abgewälzt

Im letzten Monat des alten Jahres verlief die Produktion bei uns sehr hektisch, und die Zeitvorlagen wurden immer geringer. Das war nichts Neues. Am Jahresende muß nochmal die letzte Kraft aufgeboten werden, um vom Plan zu retten, was zu retten ist. Von oben wird gedrückt, gefleht und um „Verständnis" gebeten. In meinem Betrieb sah das so aus, daß einzelne Abteilungen der Endmontage den ganzen Dezember hindurch mehr als zehn Stunden arbeiten mußten. In anderen Abteilungen wurden die Pausenzeiten so verschoben, daß kontinuierlich gearbeitet wurde. In fieberhafter Eile wurde die Produktion umgestellt. Im Betrieb munkelte man, daß die diesjährigen Planrückstände alles Bisherige übertrafen. Die Betriebsleitung beschloß, im Plan vorgesehene aber wenig gewinnbringende Aufträge fallenzulassen. Dagegen wurden Erzeugnisse, die im Plan '79 nicht vorgesehen waren, vorgezogen. Sehr einträgliche Finalprodukte waren eher geeignet, den Betrieb aus den „roten Zahlen" zu bringen als billige Verpflichtungen den Kooperationspartnern gegenüber. Man wälzte also die Planrückstände, die in meinem Betrieb durch diese Produktionsverschiebungen zum Teil überwunden werden konnten, auf die Kooperationspartner ab. Dieses Verhalten und unsere eigenen Schwierigkeiten bei der Planerfüllung wurden dagegen mit nicht termingerechten Zulieferungen anderer Kooperationspartner „gerechtfertigt". Welch ein Glück für alle, die Prämie ist gesichert — hieß es dann den Kollegen gegenüber. Um die Jahresprämie geht es den Chefs, nicht etwa um die Planerfüllung, schon gar nicht um sortimentsgerechte. Für uns ist die JEP mit den Jahren immer geringer geworden, obwohl wir heute mehr leisten müssen. Die Leiter, vor allem die Herren von der Betriebsleitung bekommen einen ganzen Batzen mehr als wir. Eben deshalb müssen wir produzieren, was dem Betrieb die „wertmäßige Planerfüllung" bringt, nicht das, was die Wirtschaft und die Werktätigen benötigen. (Ein Kollege aus einem elektrotechnischen Betrieb, Berlin.)

Das süße Leben der kleinen Bonzen

Ein Bekannter von mir ist heute BGL-Vorsitzender. Er war Kfz-Schlosser in einem Berliner Betrieb, der sich als Vertrauensmann sehr erfolgreich für seine Kollegen einsetzte, ein „unbequemer" Gewerkschafter. Von oben versuchte man nicht, ihm eins auszuwischen, sondern ging den galanten Weg. Er wurde zunächst überredet, ein Jahr die Gewerkschaftsschule zu besuchen. Ein Jahr weg von der Basis, den sind wir erst mal los, meinten die Bosse. Und nachdem er wieder kam, wurde er als hauptamtlicher BGLer eingesetzt und in das Zimmer vom Parteiatschalnik verfrachtet. Der Verdienst, 930 Mark auf die Hand, war nicht gerade schlecht, wenn man bedenkt, wie der Arbeitstag meist aussah. Um 7 Uhr trat man an. Setzte sich erst mal an den Schreibtisch und bestellte bei der Sekretärin eine Runde Kaffee. Dann holte der Parteisekretär eine Flasche Goldbrand aus dem Schreibtisch, und man soff ein Weilchen. Gegen 10 Uhr packte die beiden die Arbeitswut. Ein Haufen sinnloser Blätter in eine Mappe gepackt und ab zur Basis. („Wenn ich mit leeren Händen ankomme, denken die Leute noch, ich mach mir 'nen Bunten"). Hier gequatscht und dort, dann war Mittag. Der Nachmittag gestaltete sich ähnlich. Mein Bekannter versuchte allerdings auch als BGLer, etwas für die Kollegen zu unternehmen.

Aber zu hart durfte eben nicht rangegangen werden, um nicht den Leuten, von denen man abhängig ist, vor den Kopf zu stoßen.

Als einmal Urlaubsreisen vergeben werden sollten, kam der Chef und fragte: „Sind die Listen schon da, ich möchte ins Heim nach Binz." „Aber das geht doch nicht", meinte der BGLer. „Ich muß doch erst eine Sitzung machen." Darauf der Chef: „Nun ist aber genug. Mit Prämien geht es euch bei mir nicht schlecht, ich sehe nicht auf die Uhr, wann ihr geht und du machst hier solche Wellen." Mitgegangen, mitgefangen! Und so erzählt er noch stundenlang von den Schweinereien, die tagtäglich in unseren Betrieben vorkommen. Als Vertrauensmann konnte er noch was für seine Kollegen tun, aber als er im Clan der Betriebsleitung mit drinhing, war es damit aus und vorbei. Diese Erfahrung hat mein Bekannter selbst gemacht.

Betriebszeitungen der KPD/ML



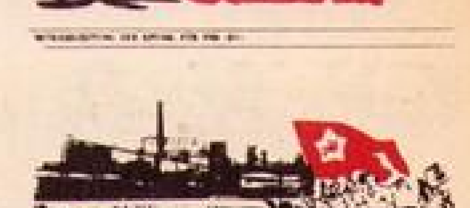














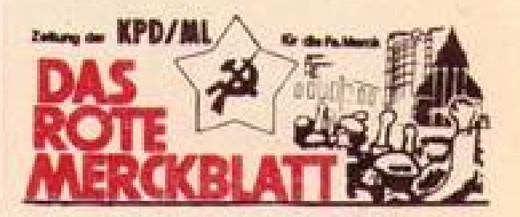


























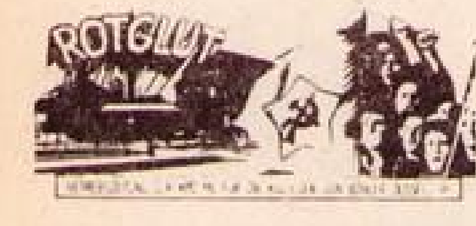
















Mannesmann-Vertrauensleute fordern:

Eine Friedensbewegung ins Leben rufen!

In den Gewerkschaften wächst die Bewegung gegen die Kriegsgefahr

DUISBURG. — Die gefährlich anwachsende Kriegsgefahr, die friedensfeindliche, dem amerikanische Konfrontationskurs angepaßte Politik der Bonner Regierung, lösen in den Gewerkschaften zunehmend Sorgen um den Frieden aus und die Bereitschaft, den Kampf gegen Kriegstreiberei, Völkerverhetzung und Aufrüstung zu verstärken.

Vor kurzem hat beispielsweise der Vertrauensleutekörper der IG Metall bei Mannesmann in Duisburg/Huckingen an den 13. Ordentlichen Gewerkschaftstag unter anderem einen Antrag zum Kampf gegen die Kriegsgefahr gerichtet. Der Antrag, der bei einer Gegenstimme und acht Enthaltungen angenommen wurde, trägt den Titel: *„Aktive Friedenssicherung gegen die Gefahr eines dritten Weltkrieges“.* Unter anderem heißt es in dem Antrag:

„Angesichts der in den letzten Wochen und Monaten angestiegenen Gefahr militärischer Konflikte, die die Menschheit schnell in einen neuen Weltkrieg stürzen können, wird sich die IG Metall als entschiedene Kraft der Friedenssicherung einsetzen. Der Informationsmanipulation der Bevölkerung durch verantwortungslose Presse und Politiker, der Verhetzung der Völker und ihrer Gewöhnung an den Gedanken eines Krieges muß mit Gegeninformationen begegnet werden. (...)

Ziel der aktiven Friedenssicherung muß es sein, die Menschen in unserem Land aufzurütteln und in eine Friedensbewegung zusammenzuführen. Die IG Metall muß sich dafür einsetzen, eine Friedensbewegung ins Leben zu rufen und mit ihr gegen Kriegstreiberei, Völkerverhetzung und gegen die Aufrüstungsinteressen und ihre Vertreter in Parlament, Parteien und öffentlichen Leben vorzugehen.“

In der Begründung für diesen Antrag erklären die Vertrauensleute der Mannesmann-Hüttenwerke: *„,Nie wieder Krieg!‘ — in dieser Parole ist die Erfahrung der deutschen Arbeiterbewegung nach zwei Weltkriegen zusammengefaßt. Die arbeitende Bevölkerung war es, die der Hauptleidtragende der Kriege war — ob an der Front oder in der Heimat. Aus dieser Erfahrung stamt das ursprüngliche Engagement der Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik gegen eine Wiederbewaffnung.“*

Ähnliche Stellungnahmen wie die der Mannesmann-Kollegen werden in diesen Tagen aus den DGB-Gewerkschaften und auch aus verschiedenen Betrieben gemeldet. So heißt es in einer einstimmig angenommenen Entschließung der Jahreshauptversammlung der Gewerkschaft Holz und Kunststoff in Gütersloh:

„Für uns darf es mit der Politik der Konfrontation und des verschärften Wettrüstens keine ‚Solidarität‘, nicht einmal ein Dulden, geben.“

Der 12. Landesbezirkstag der IG Druck und Papier in Baden-Württemberg forderte den DGB auf, dem Thema Friedenssicherung Priorität einzuräumen, wenn es um die Prüfung der Parteien für die Bundestagswahl geht. Die rund 100 Delegierten solidarisierten sich einstimmig mit dem offenen Brief der Schriftsteller Thomas Brasch, Günter Grass, Sarah Kirsch und Peter Schneider an die Bundesregierung, in dem eine Friedenspolitik gefordert wird.

Die Vertrauenskörperleitung von der Westfalenhütte bei Hoesch in Dortmund richtete an die Veranstaltung „Olympia lebt“ in der Dortmunder Westfalenhalle eine Solidaritätserklärung. Auch die Kumpels der Zeche und Kokerei Osterfeld schickten an die Sportler eine Solidaritätserklärung. Nach einem Bericht der „Neuen Ruhr-Zeitung“ (NRZ) ergab eine Blitzumfrage an dieser Zeche, daß 87 Prozent der Kollegen für die Teilnahme an den Olympischen Spielen in Moskau sind.

Auch Spitzenfunktionäre der Gewerkschaften wie Detlev Hensche von der IG Druck und Papier üben Kritik an der Bonner Politik der Gefolgschaft mit Carter und fordern eine Politik, die stattdessen auf die Sicherung des Friedens gerichtet ist.

Antrag den den Gewerkschaftstag der IG Metall

Politischer Massenstreik gegen Aussperrung

DUISBURG. — Nach dem Prozeß vor dem Bundesarbeitsgericht muß die IG Metall ihre Mittel im Kampf gegen die Aussperrung überdenken. Das erklären die Vertrauensleute der IG Metall auf der Mannesmann-Hütte in Duisburg in der Begründung für ihren Antrag „Kampf gegen die Aussperrung“, den sie einstimmig für den 13. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall beschlossen haben.

Ein gesetzliches Verbot der Aussperrung sei nur zu erreichen, wenn „politischer Druck seitens der organisierten Arbeiterschaft“ mobilisiert werde, heißt es in der Antragsbegründung. Im folgenden der Antrag im Wortlaut:

Kampf gegen Aussperrung

„Der Gewerkschaftstag möge beschließen: Die IGM wird ihren Kampf gegen die Aussperrung verstärken. Sie wird für ein gestzliches Verbot der Aussperrung letztlich auch mit den Mitteln des politischen Massenstreiks eintreten. In solchen Fällen, in denen in Zukunft die Unternehmer mit Aussperrung auf Streik reagieren, wird die IGM ihre Streiktaktik umstellen und mit geeigneten Mitteln darauf antworten. Branchenweite und branchenübergreifende Solidarisierungsstreiks werden zum Einsatz kommen. Ebenso wird gegen Unternehmerwillkür das Mittel der Betriebsbesetzung neu zu diskutieren sein.“

Arbeiterverräter im Betriebsrat von Hoesch-Union

Einpeitscher der Unternehmerwillkür

DORTMUND.— Um die Entlassung der beiden RGO-Betriebsräte durchzusetzen, ist der in der IG Metall organisierte Betriebsratsclique um Heinz Menne jedes Mittel recht. Skrupellos machen sie sich zum Anwalt der Unternehmerwillkür und pochen auf arbeiterfeindliche gesetzliche Regelungen, die vom DGB seit langem bekämpft werden.

Schon seit langem kämpft der DGB für eine Verbesserung des Kündigungsschutzes dergestalt, daß entlassene Arbeitnehmer so lange ihren Arbeitsplatz behalten, bis über ihre Kündigungsschutzklage ein rechtskräftiges Urteil vorliegt. Denn welcher Arbeiter kann mehrere Jahre wa..en, bis sein Verfahren vor dem Arbeitsgericht abgeschlossen ist, ohne sich neue Arbeit zu suchen?

Nichtsdestoweniger hielt die Menne-Clique es für geboten, nachdem bereits der Hoesch-Vorstand gegen die einstweilige Verfügung des Dortmunder Arbeitsgerichts Beschwerde eingereicht hatte, seinerseits ebenfalls gegen diese Verfügung, die den entlassenen Betriebsräten einstweilen die Ausübung ihrer Betriebsratstätigkeit ermöglicht hatte, Rechtsmittel einzulegen. Und in ihrer Antragsbegründung schlossen sie sich schändlicherweise weitgehend wörtlich der Argumentation des Hoesch-Vorstands an.

In der Verhandlung vor dem Landesarbeitsgericht Hamm appellierte der Anwalt der Menne-Clique zu allem Überfluß auch noch an den Richter, er möge sich doch auf den Grundsatz der „Verdachtskündigung“ stützen. Dieser Gundsatz dient einer zügellosen Unternehmerwillkür: Allein schon der Verdacht des Unternehmers, ein Belegschaftsmitglied habe gegen entsprechende Pflichten aus seinem Arbeitsvertrag verstoßen, soll ausreichend für eine fristlose Kündigung sein.

Die Menne-Leute schämen sich nicht, den Einpeitscher für hemmungslose Unternehmerwillkür zu spielen und die Einschränkung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung zu unterstützen!

Da wundert es nicht mehr, daß ihnen bei ihrem juristischen Amoklauf gegen die RGO-Betriebsräte, den sie an der Seite der Hoesch-Bosse führen, die Unterstützung der IG Metall bzw. des DGB versagt blieb. Konsequenterweise müßte die Gewerkschaft eigentlich die entlassenen RGO-Betriebsräte unterstützen. Sie verteidigen ja nicht nur ihr eigenes Recht, sondern auch Gewerkschaftsrechte, gegen Unternehmerwillkür. Nicht umsonst wurde der Hoesch-Vorstand in Hamm durch einen Anwalt des Unternehmerverbandes vertreten.

Kündigungen in erster Instanz für unwirksam erklärt

Trotzdem: RGO-Betriebsräte wieder vor die Tür gesetzt!

Landesarbeitsgericht Hamm stützt Unternehmerwillkür

DORTMUND/HAMM.— In der vergangenen Woche wurden vor dem Dortmunder Arbeitsgericht die Kündigungsschutzklagen der beiden entlassenen Hoesch-Betriebsräte verhandelt. In beiden Fällen erklärten die Richter die fristlosen Kündigungen für unwirksam. Aber dieses ihr gutes Recht steht für Norbert Bömer und Hartmut Siemon leider nur auf dem Papier. Mit Hilfe des Landesarbeitsgerichts Hamm konnten die Hoesch-Bosse den beiden Betriebsräten erneut den Stuhl vor die Tür setzen.

Bereits am Dienstag vergangener Woche wurde im Dortmunder Arbeitsgericht über die Kündigungsschutzklage von Norbert Bömer verhandelt. Und das Gericht gab dem entlassenen Betriebsratsmitglied Recht. Das Gericht führte für dieses Urteil ähnliche Gründe an, wie schon bei der einstweiligen Verfügung gegen Hoesch, die es den beiden Kollegen zunächst ermöglicht hatte, im Werk Hoesch-Union ihrer Betriebsratstätigkeit weiter nachzugehen.

In der Weitergabe des Sozialplanentwurfs an einige Belegschaftsmitglieder konnte das Gericht keinen Entlassungsgrund erkennen. Wenn überhaupt, sei zu prüfen, ob sich die beiden eventuell einer „Amtspflichtverletzung“ schuldig gemacht haben. Jedoch sei eine Amtspflichtverletzung kein Kündigungsgrund.

Was die „Beleidigung“ des Hoesch-Vorstands sowie der Betriebsratsspitze betrifft, die angeblich in zwei Flugblättern und einer Kurzinformation der RGO enthalten sind, so kamen die Richter zu dem Ergebnis, daß die gekündigten Betriebsräte für die Flugblätter nicht verantwortlich zu machen seien. Die Kurzinformation jedoch, die Norbert Bömer in zwei Fällen mit dem Sozialplanentwurf an Kollegen weitergegeben hat, enthält nach Auffassung der Richter keine Beleidigung.

Mit diesem positiven Urteil im Rücken fuhren die beiden Hoesch-Betriebsräte am nächsten Tag (Mittwoch) nach Hamm, wo vor dem Landesarbeitsgericht über den Einspruch des Hoesch-Vorstands und der reaktionären Betriebsratsclique um Heinz Menne gegen die einstweilige Verfügung des Arbeitsgerichts Dortmund verhandelt wurde. Und wie so oft bei Arbeitsgerichtsverfahren wurde auch in diesem Fall ein für die Arbeiter positives Urteil aus der ersten Instanz von der zweiten (und bei Arbeitsgerichtsverfahren zugleich letzten) Instanz zugunsten der Kapitalisten zunichtegemacht.

Das Gericht ging von der Auffassung aus, eine einstweilige Verfügung, die den entlassenen Betriebsräten bis zur rechtskräftigen Entscheidung der Kündigungsschutzklage die weitere Ausübung ihrer Betriebsratstätigkeit ermöglicht, sei nur dann aufrechtzuerhalten, wenn der Sachverhalt, der zur Entlassung geführt hat, nicht nur unumstritten sei, sondern wenn auch bei seiner juristischen Bewertung für das Gericht *keinerlei Ermessensspielraum* bezüglich der juristischen Wirksamkeit oder Unwirksamkeit der Kündigung bestehe. Das ist natürlich eine extrem arbeiterfeindliche Auffassung. Von vornherein werden dadurch die Chancen eines entlassenen Belegschaftsmitgliedes auf ein Minimum heruntergedrückt.

In seinem Urteil erklärte das Landesarbeitsgericht die Beschwerde gegen die einstweilige Verfügung denn auch für berechtigt. Sowohl in der Frage des Bruchs der Vertraulichkeit als auch im Hinblick auf den Vorwurf der Beleidigungen sei noch ein Ermessensspielraum vorhanden.

Zwar konnte Tags darauf, am Donnerstag, auch Hartmut Siemon bei seiner Kündigungsschutzklage vor dem Dortmunder Arbeitsgericht ein positives Urteil verbuchen. Trotzdem aber hat die Entscheidung in Hamm das Blatt zunächst in entscheidender Weise zugunsten der Hoesch-Kapitalisten gewendet. Denn gegen die Urteile des Dortmunder Arbeitsgerichts legte der Hoesch-Vorstand noch am Freitag Beschwerde beim Landesarbeitsgericht in Hamm ein. Gleichzeitig verbot er — gestützt auf die erfolgreiche Beschwerde gegen die einstweilige Verfügung — den gekündigten Betriebsräten ab sofort wieder die Ausübung ihrer Tätigkeit als Belegschaftsvertreter.

Die Tatsache, daß sie den beiden Betriebsräten erneut den Stuhl vor die Tür setzen konnten, ist ein großer Vorteil für den Hoesch-Vorstand und seine Handlanger innerhalb des Betriebsrates. Im Frühjahr 1981 finden die nächsten Betriebsratswahlen statt. Ob bis dahin die Kündigungsschutzklagen vor dem Landesarbeitsgericht entschieden werden, ist fraglich. Und selbst wenn die Verfahren bis dahin gelaufen wären, und das Urteil positiv wäre: Wenn das Landesarbeitsgericht eine Revision zuläßt, dann bleiben die Werkstore für die beiden RGO-Kollegen dennoch auf Jahre verschlossen.

HERAUS ZUM 1. MAI

Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!

Sechs Wochen lang streikten die Stahlarbeiter vor anderthalb Jahren für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn. Weil ihnen die Gewerkschaftsführung in den Rükken fiel, mußten sie sich geschlagen geben. Aber der Kampf für die 35-Stunden-Woche ist damit nicht zu Ende. Heute weht in den Betrieben ein noch schärferer Wird als vor einem Jahr: Kostensenkungsprogramme, Abbau der Belegschaften, Stillegungspläne — Rationalisierung an allen Ecken und Enden. Mehr denn je ist die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn notwendig, weil wir uns gegen wachsende Arbeitslosigkeit und gegen die Auspowerung unserer Arbeitskraft wehren müssen!



Für das gesetzliche Verbot der Aussperrung!



Die Kapitalisten greifen eines der grundlegendsten Rechte der Arbeiterklasse an: das Streikrecht! Besonders offen zeigte sich dies, als im vergangenen Jahr zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik ein von einer DGB-Gewerkschaft ausgerufener Streik verboten wurde: der geplante Streik der RFFU gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen an den Rundfunkanstalten durch die Zerschlagung des NDR. Aber auch die brutalen Flächenaussperrungen der Unternehmerverbände in den letzten zwei bis drei Jahren dienten der Aushöhlung des Streikrechts. Der Aussperrungsterror soll die Gewerkschaften ausbluten und an die Wand drücken. Machen wir deshalb den 1. Mai zu einer machtvollen Kundgebung gegen den Aussperrungsterror der Unternehmer!

Stoppt Strauß! Gegen Reaktion und Faschismus! Für Freiheit und Demokratie!

Ein Name steht wie kein anderer für die wütenden Angriffe der Kapitalisten und der politischen Reaktion gegen die organisierte Arbeiterschaft: Franz Josef Strauß. Die Kanzlerkandidatur dieses Gewerkschaftsfeindes Nr. 1 ist eine ungeheure Herausforderung für die gesamte Arbeiterbewegung. Strauß vertritt jene Teile des Unternehmertums, die am aggressivsten und brutalsten gegen die Arbeiterklasse und ihre Organisationen vorgehen wollen. Sein Ziel ist die „Endlösung der Gewerkschaftsfrage". Strauß arbeitet bewußt auf ein neues '33 hin. Der 1. Mai 1980 muß deshalb eindeutig im Zeichen des Kampfes gegen Strauß, gegen den Vormarsch von Reaktion und Faschismus stehen!



Der 1. Mai gehört der Arbeiterklasse!

„Das Zentralkomitee der KPD/ML ruft euch auf: Beteiligt euch massenhaft an den Kundgebungen und Demonstrationen des DGB und seiner Einzelgewerkschaften!



Der 1. Mai gehört uns, der Arbeiterklasse, nicht den Bonzen und Ministern. Der 1. Mai ist keine Propagandaveranstaltung für die bürgerliche Regierung und keine Feierstunde im Sinne der Zusammenarbeit zwischen Unternehmern, Regierung und Gewerkschaftsführung. Der 1. Mai ist unser Kampftag.

Sorgen wir dafür, daß der diejährige 1. Mai den kämpferischen Charakter erhält, der seiner stolzen Tradition entspricht.

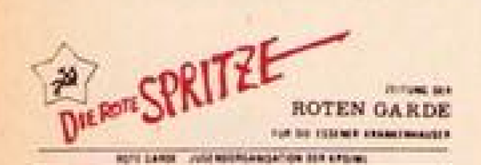
Heraus zum 1. Mai, dem internationalen Kampftag der Arbeiterklasse!"
(aus dem Maiaufruf des Zentralkomitees der KPD/ML)



Kampf der wachsenden Kriegsgefahr! Für Frieden und Völkerfreundschaft! Stoppt die Scharfmacher!

Sowjetischer Einmarsch in Afghanistan, Kriegshetze der US-Regierung, Carters Aggression gegen den Iran. Sein Versuch, die Olympiade in Moskau zu verhindern — in den letzten Jahren hat es keinen 1. Mai gegeben, der so sehr im Zeichen wachsender Kriegsgefahr stand wie der 1. Mai 1980! Heute kann keiner mehr die Augen davor verschließen, daß die Imperialisten in Washington und Moskau, aber auch in Bonn auf einen neuen Weltkrieg zusteuern. An diesem 1. Mai gilt es deutlichzumachen, daß man den kalten und heißen Kriegern die Waffen aus der Hand schlagen muß. Die internationale Arbeiterbewegung ist die entscheidende Kraft, die einen dritten Weltkrieg verhindern kann.







KÄMPFENDE STATION



Stadtteilzeitungen der KPD/ML

















Strauß und die Gewerkschaften (2)

Endlösung der Gewerkschaftsfrage

Im letzten RM hatten wir dargestellt, wie Strauß im Zuge seiner Durchsetzung als Kanzlerkandidat auch die Angriffe auf die Gewerkschaften immer mehr verschärfte. Unter der Leitung seines Generalsekretärs Stoiber ließ er „Rohmaterialien zur DGB-Diskussion" erarbeiten, in denen verschiedene Möglichkeiten zur „Lösung der Gewerkschaftsfrage", das heißt zur Spaltung und Zerstörung des DGB erörtert werden.

Stoiber und seine Mitarbeiter kamen dabei zu dem Schluß, daß die „aktive Unterstützung des Christlichen Gewerkschaftsbundes" die gegenwärtig sinnvollste Möglichkeit zur Durchsetzung der gewerkschaftsfeindlichen Ziele der Strauß-Partei sei. Was ist nun dieser „Christliche Gewerkschaftsbund", den der Kanzlerkandidat zur Alternative zum DGB (den er eine sozialistische Richtungsgewerkschaft nennt) aufbauen will?

Der CGB ist die Dachorganisation einer ganzen Reihe von unterschiedlichen Grüppchen, die das Wort „christlich" im Namensschild führen und vorgeben, eine gewerkschaftliche Arbeit zu machen. Die größte dieser Untergruppen ist der „Deutsche Handels- und Industrieangestelltenverband" (DHV), eine Nachfolgeorganisation des ultrarechten und antisemitischen „Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbands", der schon vor 1933 zu den Faschisten übergelaufen war. Den CGB selbst darf man jedoch nicht als Nachfolger der früheren christlichen Gewerkschaftsverbände verstehen.

Denn die überwiegende Mehrzahl der christlichen Gewerkschafter schloß sich nach dem Sturz der faschistischen Diktatur dem DGB an. Außerhalb des DGB blieben nur einige besonders reaktionäre Gruppen vom Schlage des erwähnten DHV, die sich 1959 zum CGB zusammenrotteten. Aber auch nach diesem Zeitpunkt gab es noch eine ständige Abwanderung der Mitglieder dieses Spaltervereins zu den DGB-Gewerkschaften. So verließen 1966 große Teile des dem CGB angeschlossenen „Christlichen Metallarbeiterverbands" unter der Führung des Vorsitzenden Rembges diesen Verein und schlossen sich der IGM an.

Heute verfügt der CGB nach eigenen Angaben — die selbst von der „Katholischen Nachrichtenagentur" für maßlos übertrieben gehalten werden — über wenig mehr als 200 000 Mitglieder, von denen nur jeder Zehnte Arbeiter ist. (Zum Vergleich: Der DGB hat ca. 7,8 Millionen Mitglieder.) Worin besteht nun die „gewerkschaftliche" Tätigkeit dieses Spaltervereins?

Einig mit den Unternehmern

Man kann diese Frage am besten mit einem Beispiel aus der alltäglichen Praxis beantworten. Da hatte im vergangenen Jahr der Großbauer Tobaben aus Beckdorf, Kreis Stade, einen Arbeiter, den er gern rausschmeißen wollte; Fritz Wilkening, seit 22 Jahren im Dienste des Bauern und Mitglied der CGB-Untergliederung „Arbeitnehmerverband ländlicher ernährungswirtschaftlicher Berufe". Tobaben dachte sich, daß so ein Rausschmiß nach allen Seiten hin abgesichert sein müßte, und er holte sich Rat. Aber nicht etwa bei einem Anwalt, sondern — beim Vizechef von Wilkenings „Gewerkschaft", Georg Brockelmann. Und der zeigte sich sehr behilflich, er formulierte und tippte sogar — „damit nur ja nichts schiefgeht" — die Entlassung für den Arbeiter.

Von solcher Hilfsbereitschaft ist allgemein das Verhältnis des CGB zu den Unternehmern geprägt. Kritik wird nur einmal laut, wenn CGB-Funktionäre die „Schlafmützigkeit" der Kapitalisten gegenüber dem DGB beklagen. In den Grundfragen jedenfalls ist man sich einig, ob es nun um den gemeinsamen Kampf gegen die 35-Stunden-Woche oder für die Aussperrung geht. Und die „christlichen Gewerkschaftsführer" bemühen sich auch nicht darum, diese Gemeinsamkeit in der Abwehr der Arbeiterforderungen zu verschleiern. So wurden zum Beispiel auf dem 7. ordentlichen Gewerkschaftstag des CGB Flugblätter für die Aussperrung verteilt, die frisch aus den Druckpressen der Unternehmerverbände kamen.



Gesinnungsfreunde Pinochet, Strauß — aus Steuergeldern finanziert Strauß den Aufbau faschistischer Staatsgewerkschaften in Chile.

Bei so viel uneigennütziger Hilfe kann natürlich der Dank des Kapitals nicht ausbleiben. Wie der „Spiegel" berichtete, erbaten CGB-Funktionäre Spenden für ihren Verein unter anderem vom Prinzen zu Sayn-Wittgenstein, dem stellvertretenden Vorsitzenden der Metallgesellschaft. Die Gelder flossen aber auch noch aus anderen Quellen. So steht (oder zumindest stand) der CGB auf den Empfängerlisten für größere Summen aus den Geheimfonds des Verfassungsschutzes. Eine Tatsache, die von den CGB-Leuten übrigens nicht einmal bestritten wird. Man hätte diese Gelder — so verlautete aus der CGB-Zentrale — zweckgebunden zur „Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus ausgegeben."

Und das ist denn auch die Haupttätigkeit dieses sich christlich nennenden Vereins. Seine eigentliche Basis ist die im Stil der „Bild"-Zeitung aufgemachte und von einem ehemaligen „Bild"-Redakteur hergestellte „Deutsche Gewerkschaftszeitung", die in großer Auflage vor Betrieben verteilt wird. Was aber die CGB-Leute so vornehm als „Auseinandersetzung" bezeichnen, ist in Wahrheit eine blindwütige antikommunistische und antigewerkschaftliche Hetze, die das große Vorbild aus dem „Hause Springer noch weit in den Schatten stellt.

Was solche Hetze betrifft, verfügt der CGB unter seinen Mitgliedern über erfahrene Experten. An erster Stelle steht dabei ZDF-Löwenthal, der übrigens auch Mai-Redner im vergangenen Jahr bei der CGB-Kundgebung in Heidelberg war. Er stellte dabei seine Ausführungen unter die Losung: „Stoppt die Volksfront-Funktionäre!"

Für die Faschisten und für Strauß

Um solche Parolen auch in die Tat umsetzen zu können, hat sich der CGB rechtzeitig nach geeigneten Bündnispartnern umgesehen. Man fand sie unter den faschistischen Banden verschiedener Nationalität. Im vergangenen April zum Beispiel erlebte der CMV in Duisburg einen niegekannten Schub neuer Mitglieder. Mit einem Schlag wurden hundert Türken in den Spalterverein aufgenommen, ohne Ausnahme Angehörige und Sympathisanten der faschistischen Terrororganisation „Graue Wölfe". Und als die Sache ruchbar wurde, erklärte der Duisburger CMV-Vorsitzende Werner Paulsen nur zynisch: „Wir fragen doch unsere Mitglieder nicht, welche politische Einstellung sie haben."

Ähnlich enge Verbindungen gibt es auch zu den italienischen Faschisten. Schon 1978 enthüllte die IGM-Zeitschrift „metall" Einzelheiten über einen Vertrag zwischen dem CGB und der CISNAL, dem „Gewerkschaftsbund" der italienischen faschistischen Partei MSI. Der Vertrag enthielt unter anderem die Bereitschaftserklärung des CGB, seine Mitglieder Schnüffeldienste für die Faschisten unter italienischen Kollegen leisten zu lassen. „Vor allem", so schrieb „metall", „verpflichtet sich der CGB, bei Betriebsratswahlen von der CISNAL benannte Neofaschisten aufzustellen."

Diese offene Kumpanei mit den faschistischen Banden sollte jedoch bei einer Organisation nicht verwundern, deren führender Funktionär Hahn öffentlich erklärt hat, er fände das Programm der NPD in einigen Punkten „präziser und unseren Vorstellungen näher" als das von CDU oder SPD. Den Herren vom „Christlichen Gewerkschaftsbund" sind sogar noch ihre „christlichen" Brüder von den CDU-Sozialausschüssen als Umstürzler verdächtig. Die CGB-Gliederung „Christliche Gewerkschaft Bergbau- Chemie- Energie" erließ sogar ein Verbot der Zusammenarbeit zwischen ihren Mitgliedern und den Sozialausschüssen.

Um so herzlicher dagegen war schon immer das Verhältnis des CGB zur bayrischen Schwesterpartei der CDU und vor allem zu deren Vorsitzenden Strauß. So gehörten diese Ultrarechten und Profaschisten auch zu den ersten, die Straußens Kampf um die Kanzlerkandidatur unterstützten. In einer Ergebenheitserklärung des CGB-Vorsitzenden Koch, die der „Bayernkurier" im vergangenen Juni veröffentlichte, heißt es unter anderem: „Sympathien für Franz Josef Strauß in weiten Teilen der christlichen Gewerkschaften haben ihre Ursache nicht zuletzt darin, daß er und die CSU den Monopolanspruch sogenannter Einheitsgewerkschaften als unvereinbar mit den Grundregeln einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung ansehen und den Mut haben, das auch auszusprechen."

Das ist die gleiche Sprache, die gleiche Absicht, wie man sie auch in den erwähnten „Rohmatrialien" der Strauß-Partei findet: der „Monopolanspruch" des DGB soll gebrochen, die Gewerkschaftsbewegung gespalten und schließlich zerschlagen werden. Und die „Rohmaterialien" geben ja auch Auskunft darüber, daß sich Strauß zur Erreichung dieses Zieles des profaschistischen CGB bedienen will. Nachdem die Gruppe um Strauß schon ihr Kommando beiden Unionsparteien aufgezwungen hat, soll als nächster Schritt das Herausbrechen aller Mitglieder und Anhänger der CDU/CSU aus dem DGB und ihre Zusammenfassung im CGB erfolgen. Damit erhofft sich Strauß, die äußerst schmale Basis dieses Spaltervereins zu verbreitern und ihn unter seinem Kommando in einen effektiven antigewerkschaftlichen Kampfverband zu verwandeln.

Strauß unterstützt faschistische „Arbeitsfront"

Aber selbst damit ist noch nicht das Endziel des verbissenen Kampfes beschrieben, den Strauß und seine Leute im Interesse der reaktionärsten und aggressivsten Kräfte des Monopolkapitals gegen die Gewerkschaftsbewegung führen. Sie wollen noch mehr — nicht nur die Spaltung, sondern die völlige Vernichtung. Wenn man wissen will, wie sich die Strauß und Co. letztendlich „Gewerkschaften" nach ihrem Geschmack vorstellen, dann muß man sich die diesbezüglichen Aktivitäten der CSU-eigenen Hans-Seidel-Stiftung ansehen.

Im November reiste der Geschäftsführer dieser Stiftung, Siegfried Lengl, versehen mit einem persönlichen Handschreiben von Strauß, zu dem Faschistengeneral Pinochet nach Chile. Sein Auftrag: Er sollte mit dem General Einzelheiten in Chile verhandeln. Der Massenmörder Pinochet stand zu dieser Zeit schon unter dem Druck des sich schwungvoll entwickelnden Kampfes der Arbeiterklasse in Chile. Und die Leute um den ehemaligen Nazi-Offizier für wehrgeistige Führung erschienen ihm da wohl geeignet zu sein, die Erfahrungen mit Hitlers „Arbeitsfront" auch für das faschistische Chile nutzbar zu machen.

Und als Pinochet dann daran ging, nach diesem Vorbild seine Pseudogewerkschaften zu errichten, jubelte der Strauß-Abgesandte Lengl über diesen „Aufbau freier und unabhängiger Gewerkschaften in Chile." In der Bundesrepublik, so klagte er, sähe das leider anders aus. Hier herrsche „Streikdruck". Aber das soll nach dem Willen der Strauß-Leute nicht immer so sein. In ihrem Organ „Politische Studien" haben sie schon angekündigt, der „chilenische Modellfall" könne sich „jederzeit auch in anderen, scheinbar fester gefügten Demokratien Europas wiederholen."

Im nächsten RM

Die Reaktionen auf die Pläne der Strauß und Co. zur Zerstörung der Gewerkschaften. Die „kommunistische Unterwanderung" wird entdeckt. Vetter macht Strauß seine Aufwartung.

DGB „rupfte" CDU-Späth





Führte Arafat beim DGB den Griffel?



Khomeini und die IGM

Bei „Krupp": Demokratisches Trauerspiel

Schlagzeilen der „Deutschen Gewerkschafts-Zeitung"

BOCHUM. — Der Bochumer Landtagsabgeordnete Dr. Wolfgang Brüggemann (CDU) hat den politischen Amokläufen verschiedener Unionspolitiker, die meist aus dem süddeutschen Raum zu vermelden waren, ein weiteres an Dreistigkeit und Frechheit kaum zu überbietendes Kapitel hinzugefügt. Die Praxis Bochumer Schauspieler, nach jeder Vorstellung den offenen Brief der vier Schriftsteller Grass, Brasch, Kirsch und Schneider an Bundeskanzler Schmidt zu verlesen, denunzierte der Bochumer Doktor als „faschistische Methode".

CDU-Politiker beschimpft Bochumer Schauspieler

Friedensinitiative als faschistisch verunglimpft

SPD-Minister läßt Rückgrat vermissen

In ihrem offenen Brief, den wir in der letzten Ausgabe im Wortlaut veröffentlichten, hatten die vier Autoren vor einer bedingungslosen Solidarität mit den USA gewarnt.



Schauspieldirektor Klaus Peymann

Brüggemann, der anscheinend den Scharfmachern aus den Reihen der CSU in nichts nachstehen will, forderte vom Oberbürgermeister der Stadt Bochum, den Akteuren des Schauspielhauses das Verlesen jenes Briefes zu verbieten und verstieg sich in diesem Zusammenhang zum Vorwurf der „faschistischen Methode".

Schauspieldirektor Peymann verteidigte die Aktion seiner Schauspieler als „ernste Bemühungen von Bürgern um den Frieden". 50 Schauspieler und 258 Theaterbesucher hätten sich dem offenen Brief der Autoren bereits angeschlossen.

Was den Landtagsabgeordneten der CDU betrifft, so scheint er mit dem Propagandaminister vergangener Zeiten nicht nur den Doktortitel gemeinsam zu haben.

Was die Reaktionen aus den Kreisen der SPD betrifft, so hat Landesminister Dr. Christoph Zöpel zwar den „Griff in die Kiste des Faschismusvorwurfs" verurteilt, gleichzeitig aber auch darauf hingewiesen, daß „die Form der Meinungsäußerung rechtliche Probleme aufwerfen mag".

Ist auch die SPD der Meinung, daß die Schauspieler aus staatspolitischer Räson gewissermaßen das Verlesen hätten unterlassen sollen?

Ist es wieder soweit, daß hinter der Staatsräson die Meinungsfreiheit zurückzutreten hat?

Der Skandal um den Landtagsabgeordneten Brüggemann ist ein Ausdruck des gegenwärtigen Zeitgeistes, der durch Kriegshetze und Säbelrasseln gekennzeichnet ist.

Peymann hat inzwischen erkennen lassen, daß man im Schauspielhaus keineswegs daran denkt, das Verlesen des offenen Briefes einzustellen.

Antifaschistische Kundgebung in Hamburg

Nie wieder Kindermord!



Über 2000 Menschen gedachten in einer Kundgebung vor der Hamburger Schule am Bullenhuser der zwanzig Kinder, die am 20. April 1945 in dieser Schule ermordet wurden. Sie waren von SS-Schergen im heute noch vorhandenen Heizungskeller aufgehängt worden.

Nach dem Polizeimord in Neuss

Hirsch löst mobile Kontrollgruppen auf

MEKs und SEKs bleiben / Unmut bei der Reaktion

DÜSSELDORF. — Der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Burkhard Hirsch (FDP), hat die zur „Terroristenbekämpfung" eingerichteten überörtlichen Bezirksfahndungstruppen aufgelöst. Am Gründonnerstag erst war ein Essener Bürger von einem jener Bezirksfahnder erschossen worden.

Die Fahndungsgruppen waren 1978 in Nordrhein-Westfalen eingerichtet worden in einer Zeit, als der staatliche Terror im sogenannten „deutschen Herbst" im Rahmen der Schleyer-Entführung seinen ersten Höhepunkt erlebte. Damals waren gerade die mutmaßlichen Terroristen Stoll und Knoll in Düsseldorf bzw. Dortmund durch Polizeischüsse ums Leben gekommen.

Ausdrücklich wies der Landesinnenminister gegenüber der „Neuen Ruhrzeitung" darauf hin, daß die übrigen Spezialeinheiten der Polizei wie die Mobilen Einsatzkommandos (MEK) oder die Sondereinsatzkommandos (SEK), die einen wesentlichen Bestandteil der bürgerkriegsähnlichen Aufrüstung der Polizei ausmachen, **nicht** aufgelöst würden.

Unterdessen hat Lothar Bewerunge in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" einen regelrechten Nachruf auf die Sonderfahndungseinheiten veröffentlicht. „In einem Augenblick, da aus dem Bundeskriminalamt in Wiesbaden und aus der Sicherungsgruppe Bonn alarmierende Berichte darüber kommen, was deutsche Terroristen im Wahljahr 1980 an Gewaltakten planen oder bisher geplant haben, werden in Nordrhein-Westfalen die mobilen Kontrollgruppen der Polizei ... aufgelöst."

Weiter beschwört er die schlimmsten Befürchtungen vor terroristischen Raketenangriffen und Hubschrauberattacken, um die weitere und verstärkte Aufrüstung der Polizei zu begründen. Für die politische Reaktion in unserem Land ist schon das kleinste Zugeständnis an die Empörung über den wachsenden Polizeiterror in unserem Land völlig unhaltbar.

Die Demokraten und Antifaschisten jedoch sollten die kurz vor der Landtagswahl stattfindende Auflösung der Fahndungseinheiten als das begreifen, was sie wirklich ist, als taktisches Manöver des Innenministers angesichts der wachsenden antifaschistischen Bewegung. Nach wie vor steht die Forderung, die auch die KPD/ML in ihr Aktionsprogramm aufgenommen hat:

„Auflösung der Mobilen Einsatzkommandos!"

Baum will umstrittene Amtshilfe präzisieren

Darf Grenzschutz den Geheimdiensten nicht mehr helfen?

Liberales Scheinmanöver des Innenministers

BONN. — Der um sein liberales Image stets bemühte FDP-Innenminister Gerhard Baum hat vorletzten Montag auf einer Pressekonferenz verkündet, er wolle die bisher übliche Form der Amtshilfe zwischen Bundesgrenzschutz (BGS) und Bundesnachrichtendienst (BND) abschaffen und stattdessen eine präzise Rechtsgrundlage für die Zusammenarbeit der staatlichen Sicherheitsorgane schaffen.

Bis vor zwei Jahren war es üblich, daß der Bundesgrenzschutz automatisch die Pässe aller in die DDR oder andere Warschauer-Pakt-Staaten reisender Bundesdeutschen heimlich fotografierte. Die Ablichtungen verschwanden dann in den Dunkelkammern des BND.

Weiter machten sogenannte „Scharze Listen" und „Scharze Bücher" von sich reden. Während die Listen die Namen von Organisationen und Publikationen enthielten, die nach Auffassung des Verfassungsschutzes als „linksextremistisch" einzustufen sind (nach Meinung der bayrischen Verfassungsschützer ist der Sozialdemokrat Bernt Engelmann ein „Linksextremist"), waren in den Büchern die Namen von etwa 600 „Staatsfeinden", meist Kommunisten, aufgezeichnet.

Auch diese Angaben entstammten den Archiven der Verfassungsschützer. Die Grenzschützer hatten nun alle ihnen verdächtig erscheinenden Schriften und Personen anhand dieses Materials zu überprüfen und entsprechende Personaldaten weiterzuleiten. Nach offizieller Lesart ist diese Praxis seit Maihofers Rücktritt abgeschafft.

Daß der amtierende Innenminister, dem sicherlich der Abgang seines Vorgängers vor Augen steht, die automatische Amtshilfe abschaffen will, ist zweifellos zu begrüßen und nicht zuletzt auf öffentlichen Druck Tausender Demokraten und Antifaschisten zurückzuführen.

Was er allerdings an die Stelle der automatischen Amtshilfe setzen will, berechtigt zu starken Zweifeln an der Aufrichtigkeit seiner liberalen Geste. Baum schreibt: „Die Amtshilfeersuchen haben die Anforderungen von BfV (Bundesamt für Verfassungsschutz, Red.) und BND so präzise zu umschreiben, daß solche Informationen, die nach Abwägung der Interessen der äußeren und inneren Sicherheit mit den Erfordernissen des Persönlichkeits- und des Datenschutzes unverzichtbar erscheinen, dem BfV bzw. dem BND vom BGS nach wie vor zur Verfügung gestellt werden können."



Innenminister Baum.

Mit anderen Worten: Im Zweifelsfall steht die Staatssicherheit immer höher als der Persönlichkeitsschutz. Im Zweifelsfall ist noch jeder Bundesbürger ein Sicherheitsrisiko.

AVS fordert Verbot der Neonazis

BONN. — Aus Anlaß des 35. Jahrestages der Befreiung vom Nationalsozialismus hat die Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten (AVS) das Verbot aller rechtsradikalen Organisationen gefordert.

Die Arbeitsgemeinschaft rief die Bürger und vor allem die Jugend zu einer kämpferischen Verteidigung der Demokratie auf. Gleichzeitig kritisierte sie, daß ehemalige Nazis „bis in die letzte Zeit" selbst in „hohe Regierungsämter" gekommen seien, eine deutliche Anspielung auf den amtierenden Bundespräsidenten.

DGB klagt gegen Neonazis

DÜSSELDORF.— Der Landesbezirksvorsitzende des nordrhein-westfälischen DGB hat vorletzten Mittwoch Strafanzeige wegen Volksverhetzung gegen die von der NPD gesteuerte „Bürgerinitiative Ausländerstopp" erstattet — der RM berichtete darüber in seiner Ausgabe vom 4. April.

Bleicher sagte zur Begründung seiner Anzeige, die ausländerfeindliche NPD-Aktion erinnere „in fataler Weise an den Rassenhaß der Nationalsozialisten". Gleichzeitig wies der nordrhein-westfälische DGB-Vorsitzende darauf hin, daß der für die „Bürgerinitiative" verantwortlich zeichnende NPD-Funktionär Hagen unbehelligt als Fachhochschullehrer tätig ist.

IG Chemie gegen Bespitzelung

WUPPERTAL. — Im Namen ihrer knapp 10000 Mitglieder hat die IG Chemie Papier Keramik in Wuppertal einen offenen Brief an den nordrhein-westfälischen Landesinnenminister Hirsch (FDP) aufgesetzt, in dem sie gegen die Schnüffelpraxis des Verfassungsschutzes in den Betrieben protestieren.



Der Neuhausner

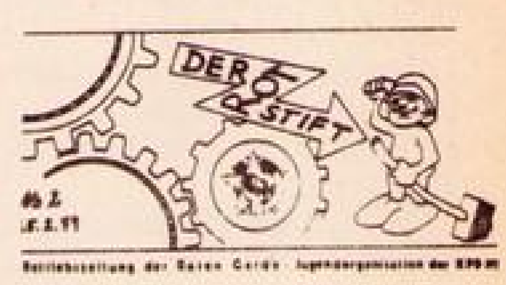
ROTER BUXTEHUDER
zeitung der kpd/ml u. roter garde-nr.1/80

Zeitungen der Roten Garde

Die Rote ROSTLAUBE













ZEITZÜNDER









Während die Sozialhilfeempfänger auf dem Liebfrauenberg auf ihrem „Antifürsorgetag" mit gelungenen satirischen Einlagen das Sozialhilfewesen unserer Republik aufs Korn nahmen...



...klopften sich die offiziellen im Rahmen einer Jubelfeier in der Paulskirche ob ihrer Fürsorglichkeit gegenseitig auf die Schulter. Das Bild zeigt von links: Bundespräsident Carstens, Oberbürgermeister Wallmann, Ministerpräsident Börner.

Kontrastprogramm zum Deutschen Fürsorgetag

„... die anderen sind was Besseres, und Du bist asozial!"

Volkskorrespondenz aus Frankfurt

Bundesfamilienministerin Huber sprach zur Eröffnung des 60. Deutschen Fürsorgetages in der Frankfurter Kongreßhalle, Bundespräsident Carstens sprach wenig später auf der 100-Jahr-Feier des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, wo auch Ministerpräsident Börner zu Wort kam. Etwa 30 Selbsthilfegruppen von Sozialhilfeempfängern veranstalteten derweil auf dem Liebfrauenberg ein Informationsfest.

Das Motto der von rund 500 Teilnehmern besuchten Gegenveranstaltung „Keinen Grund zum Feiern" war in bewußter Abgrenzung gegenüber der Selbstbeweihräucherung und Lobhudelei der großen Politik in Paulskirche und Kongreßhalle gewählt.

So konnte der interessierte Zuschauer und Zuhörer aus dem Munde eines als Helmut Schmidt verkleideten Sozialhilfeempfängers hören, daß dem 100-Jahre-Verein vor allem wegen seiner zahlreichen Sparvorschläge gedankt werden müsse und daß „die Würde des Menschen" ohnehin nicht mit Geld aufzuwiegen sei. So plädierte der vermeintliche Kanzler auch für eine „Sozialhilfeempfängnisverhütung".

Info-Stände waren aufgebaut, Songs wurden dargeboten und Betroffene informierten über ihre Erfahrungen.

Insbesondere der Warenkorb, den der in der Paulskirche feiernde Jubelverein zur Bemessungsgrundlage für die Sozialhilfe gemacht hat, wurde aufs Korn genommen.

Dort sind nämlich unter anderem nur eine halbe Kinokarte, drei Falschen Bier, 60 Gramm Feinseife, zweieinhalb Rasierklingen, 16 Kilowatt Strom und 50 Gramm Tabak pro Monat enthalten.

Fazit der Sozialhilfeempfänger: *„Jeden Tag spürst Du im Leben ganz brutal: die anderen sind was Besseres und Du bist asozial!"*

Zum Schluß wurde gemeinsam eine Resolution verabschiedet, für „menschenwürdige Behandlung auf den Ämtern", für „die umfassende Aufklärung von Sozialhilfeempfängern", für „die ausreichende und nicht diskriminierende Finanzierung von Frauenhäusern" und für „die Finanzierung von Sozialhilfegruppen".

Ausdrücklich wiesen die Verfasser der Resolution darauf hin, daß sie ihre Forderung für finanzierbar halten, denn Geld ist bekanntlich genug da, es muß nur an der richtigen Stelle, im Interesse der Bevölkerung angelegt werden.

Während die Betroffenen realistisch über ihre zahlreichen Notlagen berichteten, verkündete Ministerpräsident Börner in der Paulskirche ungerührt, daß es in der Bundesrepublik „nie zuvor soviel soziale Sicherheit gegeben" habe.

Im Herbst soll in Frankfurt in Zusammenarbeit mit Sozialarbeitern ein „Sozialhilfetribunal" stattfinden.

Spenden zur Unterstützung des Bundestagswahlkampfes der VOLKSFRONT

Seit der letzten Veröffentlichung gingen folgende Spenden bei der KPD/ML ein:

Stadtteilzelle Gröpelingen	500.—DM
R.B., Vilshofen	30.—DM
P.K., München	100.—DM
KPD/ML Düsseldorf	500.—DM
C.K., Hamburg	500.—DM
H.F., Lauterbach	100.—DM
B.M., Westberlin	100.—DM
Zelle HH-Bramfeld	1000.—DM
insgesamt	2830.—DM
Stand der Spendenkampagne am 25.4.80	6671.25 DM

Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.

Im „Volksecho" Nr. 3/80 hat der Zentrale Vorstand der VOLKSFRONT dazu aufgerufen, bis zum 31.8.80 400000 Mark für die VOLKSFRONT zu spenden. Tun wir unser Teil dazu, daß diese große, aber dringend benötigte Summe zusammenkommt!

Bitte überweisen an: KPD/ML, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30, Postscheckkonto: 6420-467, PSchA Dortmund (BLZ 440 100 46). Bankkonto: 321 004 547, Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 440 501 99).

Die KPD/ML überweist wöchentlich die eingegangenen Spenden an die VOLKSFRONT weiter.

Skandalöse Einweisung in Psychatrie

Wie die Stadt Hilden Wohnraum schafft

Volkskorrespondenz aus Düsseldorf

Es geschah Ende Januar. Opfer eines unerhörten Skandals waren Alfred Hock und seine Braut. Beide wurden auf etwas zwielichtige Art und Weise aus einer Unterkunft der Hildener Obdachlosensiedlung Richardstraße hinausgeworfen.

Da es gewisse rechtliche Hindernisse gibt, Bewohner von Obdachlosensiedlungen so mir nichts dir nichts auf die Straße zu setzen, griffen die Behörden zu einem gemeinen Trick.

Herrn Hock wurde vom Hildener Stadtordnungsamt einfach eine Psychose angedichtet und seine zwangsweise Überführung in die Landesklinik Langenfeld angeordnet. Seiner Braut erklärte man nach erfolgter Räumung, für sie sei die Unterkunft jetzt zu groß, auch sie müsse gehen.

Kaum war die Wohnung von den unerwünschten „Gästen" gesäubert, wurde alles entfernt, was nicht niet- und nagelfest war. Ein Teil der Möbel gar wurde auf dem städtischen Bauhof verbrannt. Das „Stadtinfo Krefeld" vermutet, daß aus dem Keller Werkzeug im Wert von 10000 Mark weggekommen ist.

Nun — immerhin hatte sich die Stadt Hilden auf diese zweifelhafte Art und Weise neuen Wohnraum verschafft. Es mag auch eine Rolle gespielt haben, daß ihnen Herr Hock von der Gesinnung her ein Dorn im Auge war. Er, der fünf Jahre lang bei der inzwischen aufgelösten Gruppe Rote Fahne (KPD) tätig gewesen war, begreift sich heute als „undogmatischer Linker".

Da der behandelnde Arzt der Landesklinik weder eine Psychose noch sonst irgendetwas feststellen konnte, was einen zwangsweisen Aufenthalt in der Psychiatrie rechtfertigen würde, erwirkte er beim Amtsgericht Langenfeld die Entlassung des Patienten wider Willen.

Gegenwärtig lebt Herr Hock in Düsseldorf. Er ist entschlossen, gerichtlich gegen die Stadt Hilden vorzugehen. Alle, die sich mit ihm solidarisieren wollen, ruft er auf, bei der Stadt Hilden zu protestieren und ihm gegebenenfalls bei der Finanzierung des Prozesses zu unterstützen.

Nähere Information bei: Alfred Hock Theodorstr. 368, 4000 Düsseldorf-Rath, Tel.: 0211/657326

Mai-Veranstaltungen der KPD/ML

Karlsruhe: 30.4. um 19.00 Uhr, Buchladen „Linkskurve", Goethestr. 25b.

Bremen: 9. Mai um 20.00 Uhr, Gasthaus Greve, Steffensweg 177, Thema: „Warum konnte Hitler '33 zur Macht kommen?"

Mai-Veranstaltungen der RGO

Dortmund: 30.4. um 19.30 Uhr, Haus Göbbeln, Schützenstr. Ecke Feldherrnstr.

Frankfurt: 30.4. um 20.00 Uhr, „Bürgertreff", Ffm.-Westend, Ulmenstr. 20, Eingang Keltenhofweg.

Köln: 30.4. um 19.00 Uhr, Gaststätte „Blomekörvge", Josefstraße 15, Nähe Severingstr.

Witten: 30.4. um 19.00 Uhr, „Engelsburg", Röhrchenstr.

Duisburg: 1.5., Einlaß 11.30 Uhr, Beginn 12.00 Uhr; Industrieschenke, Wannheimer Str. 223; es singt: Liedersänger Eck aus Wuppertal.

München: 1.5. um 14.00 Uhr, Max-Immanuel-Brauerei, Adelbertstr. 33

Westberlin: 1.5. um 16.00 Uhr bis ca. 22.00 Uhr; Gaststätte Lindenhof, Eythstr. 45, Berlin 42, Eintritt: 5,— Mark.

Veranstaltung des Internationalen Tribunals.

Köln: 5.5. um 19.00 Uhr, Uni-Hauptgebäude, Hörsaal 12, Veranstaltung des Internationalen Tribunals gegen die Verbrechen des Franco-Faschismus. Es spricht: Fernando Salas, einer der bekanntesten politischen Rechtsanwälte Spaniens.

Der 1. Mai in Tirana

Tiefblau wölbt sich an diesem Frühlingstag der Himmel über Tirana. Es geht auf den 1. Mai zu. Seit Tagen schon wandelt die Hauptstadt fast unmerklich ihr Gesicht. Immer mehr leuchtendes Rot mischt sich unter das kräftige Frühlingsgrün in den Parks und Alleen. Auf den Balkonen und in den Fenstern der Wohnhäuser erscheinen rote Fahnen. Rotbeflaggt sind Masten und Laternenpfähle; rotbeflaggt sind die öffentlichen Gebäude, wo sich das mächtige Tuch, vom obersten Stockwerk bis fast zum Boden hinunterreichend, träg im Wind bauscht.

Von Tag zu Tag spannen sich mehr Transparente über die Straßen und in den Auslagen der Läden tauchen bunte Tafeln auf: „Rroftë 1. Maj! — Es lebe der 1. Mai!" Als ich auf den Skanderberg-Platz komme, sehe ich, daß an den Fassaden der Ministerien schon die großen Porträts der Politbüro-Mitglieder befestigt sind. Langsam schlendere ich den Boulevard der Helden der Nation hinunter, vorbei an Lenin und Stalin, den steinernen Wächtern der Revolution.

Ihre Denkmäler stehen einander gegenüber auf beiden Seiten der Straße. Stalin allerdings ist erst vor etwa 10 Jahren hier „zugezogen". Sein ursprünglicher Standort war der Skanderberg-Platz. Als man aber in Albanien den 500. Geburtstag Skanderbegs, des Nationalhelden, feierte, kam man zu der Ansicht, daß dort im Herzen der Stadt ein großes Reiterstandbild des Helden errichtet werden sollte. Der Genosse Stalin, so meinte man, könnte dann ja auf dem Boulevard dem Genossen Lenin Gesellschaft leisten.

Und so geschah es denn auch. Aber wenn ein Denkmal umziehen soll, dann muß es ja erst einmal abgebaut werden. Und hier bekam diese eigentlich belanglose Geschichte einen sensationellen Anstrich mit internationalen Nachwirkungen. Zuerst merkten es die ausländischen Diplomaten in Tirana. Stalin war weg! Telefondrähte liefen heiß, Depeschen wurden hinausgejagt. Dann schlugen die Albanien-Spezialisten vielerlei Nationalität, die zumeist in Belgrad hocken, Alarm: Im Reiche Enver Hoxhas werden die Stalin-Denkmäler demontiert! Aber warum? Wer hätte das voraussehen können! Heillose Verwirrung. Die Albaner jedenfalls amüsieren sich noch heute wie die Schneekönige über die große Aufregung, die Josef Stalins Umzug vom Skanderbeg-Platz an den Boulevard der Helden der Nation in der weiten Welt verursachte.

Die Generalprobe

Heute ist der Boulevard schon in den Nachmittagsstunden voller emsiger Betriebsamkeit. Es scheint, als gehöre er zu dieser Zeit ganz der Jugend. Schüler, junge Sportler im weißen Dress, Studenten und auch die Jüngsten, die Pioniere, strömen in großen Gruppen auf die Fahrbahn, ordnen sich zu Marschblöcken ein, gehen wieder auseinander. Und da sind auch junge Freiwillige in ihren olivgrünen Uniformen, die Mädchen mit roten Schleifen im Haar.

Weiter unten vor dem Gebäude des Zentralkomitees hat eine Kapelle Aufstellung genommen. Sie stimmt einen Marsch an und laut schmetternd klingt „Revolucioni marshon" durch die Frühlingsluft. Zwischen all dem laufen Lehrer mit Megafonen hin und her, geben Anweisungen, versuchen Ordnung in das bunte Gewimmel zu bringen — es ist Generalprobe für den 1. Mai.

Eine heitere und zugleich auch ein wenig erregte Stimmung liegt über dem Boulevard. Auf den Bürgersteigen drängen sich immer mehr Schaulustige. Jeder von ihnen scheint irgendeinen der auf dem Boulevard Marschierenden zu kennen. Zurufe, scherzhafte Bemerkungen fliegen hin und her. Und manchmal ist ganz plötzlich ein lauter, heller Schrei wie aus Tausenden von Kehlen oder ein tiefes, dumpfes Stöhnen in der Luft. Das aber hat mit dem 1. Mai nun nichts zu tun. Im nahen Stadion trägt Dinamo Tirana gegen Lok Durrës eines der Entscheidungsspiele für die Meisterschaft aus.

Hier auf dem Boulevard sehe ich auch zum ersten Mal in Albanien so etwas wie ein Polizeiaufgebot. Zwanzig Blauuniformierte sind es wohl, die sich hier zu beiden Seiten der Straße verteilt haben. Mit unendlicher Geduld versuchen sie, die Menge von der Fahrbahn fernzuhalten. Allein, kaum hat sich ein Polizist in die Diskussion mit einem Zuschauer verstrickt, drängt und strömt um ihn herum wieder alles auf die Fahrbahn — um ja auch jede Einzelheit von den Maivorbereitungen mitzubekommen. Mit den albanischen Polizisten ist es überhaupt so eine Sache. Mein Dolmetscher Ilir hat mir da eine bezeichnende Geschichte erzählt.

Einige Jahre zuvor betreute er als Übersetzer die griechische Sängerin Marinella, die auf Tournee durch Albanien war. Und diese Dame wollte ihm um alles in der Welt nicht glauben, daß es sich bei diesen Genossen in der blauen Uniform um Polizisten handelte. Studenten wären das wohl, vielleicht auch Busschaffner. Aber Polizisten — niemals! Wo ist denn ihre Pistole? Diese da haben ja noch nicht einmal einen Gummiknüppel! Ich kann Frau Marinella und ihre Zweifel durchaus verstehen. Ein Polizist ohne Knüppel — wo gibt's denn so was?

Und so etwas gibt es eben doch, in Albanien. Aber daran muß man sich erst gewöhnen. Die hier auf dem Boulevard jedenfalls haben nichts als den Appell an die revolutionäre Disziplin der Massen „Bitte, Genossen, tretet doch endlich zurück!"



Es ist dunkel geworden. Die Marschmusik ist verstummt. Unten, vor dem ZK-Gebäude, hat man die Instrumente schon eingepackt. Die Blöcke lösen sich langsam auf. Nur die weißgekleideten Sportler üben in der Dämmerung noch ihre Fahnenparade. Längst haben sich auf dem Boulevard die Gruppen der Freiwilligen, der Schüler und Pioniere mit den Zuschauern und den abendlichen Spaziergängern vermischt. Ich stehe wieder oben, zwischen den Denkmälern von Lenin und Stalin. Von hier aus überblicke ich den ganzen Boulevard, der sich in sanftem Gefälle zum Hauptgebäude der Universität hinabsenkt. Jetzt hat sich auch der Strom der Fußballanhänger aus dem Stadion auf die breite Straße ergossen. Eine vieltausendköpfige Menge wogt den Boulevard hinauf und hinab. Der warme Frühlingsabend ist erfüllt von dem gleichmäßigen Summen unzähliger Stimmen.

Der Aufmarsch

— Und jetzt ist der große Tag gekommen. 1. Mai — Kampftag der Arbeiterklasse aller Länder. Eine der größten Sorgen der Menschen von Tirana ist gegenstandslos geworden. Das gute Wetter hat sich gehalten. Keine Regenwolke trübt den blauen Himmel über der Hauptstadt. Heute ist der Boulevard der Helden der Nation in seiner ganzen Länge mit kräftigen Seilen abgesperrt. Dahinter drängen sich schon in den frühen Morgenstunden die Zuschauer.

Aus dem Hotel Dajti kommend, schieben wir uns langsam durch die Menge vor. Unser Ziel ist die große, ganz mit rotem Stoff bespannte Tribüne vor dem Gebäude des Ministerrats. Als wir dort die Holzstufen emporsteigen, sehe ich, daß gegenüber auf der anderen Straßenseite — dort, wo bei der Generalprobe die Kapelle spielte — jetzt zusätzlich ein Orchester und ein Chor Aufstellung genommen haben.

Man spürt in der fröhlichen Atmosphäre dieses Maimorgens eine gespannte Erwartung. Immer wieder richten sich die Blicke der Menge auf das Gebäude des Ministerrats. Dann — zehn Uhr ist es geworden — tritt Enver Hoxha aus dem Gebäude heraus. Im Gespräch mit Genossen des Politbüros, den Kopf leicht vorgeneigt, geht er langsam zur Tribüne hinüber. Kaum steht er dort oben, kommt ein begeisterter und vielstimmiger Jubel auf, der sich wellenförmig über den ganzen Boulevard fortpflanzt. Minutenlang brausen die Hochrufe für Enver auf, dem die Menschen dort unten, das ganze albanische Volk, ja auch wir Ausländer auf der Tribüne so viel zu verdanken haben; nicht organisierte Sprechchöre sind es — jeder, so scheint es, macht seinem Herzen auf seine Art Luft, und der eine lauter als der andere.

Enver beugt sich über die Brüstung der Tribüne, er lächelt, winkt hinunter. Und dann beginnt der Zug, die Maidemonstration auf dem Boulevard der Helden der Nation. In den ersten Reihen die Veteranen des Befreiungskrieges. Sie marschieren, die Reihen ausgerichtet, mit festem militärischen Schritt. Ernste Gesichter, den Blick geradeaus gerichtet, manchmal aber blitzt doch ein Lachen in einem dieser von unzähligen Falten gefurchten Gesichter.

Ihnen, die das Land befreit haben, folgen die Blocks der herrschenden Klasse Albaniens. Die Arbeiter von Tirana marschieren. Jeder Betrieb der Hauptstadt hat einen solchen Block gebildet. Und jetzt ziehen sie vorüber in sonntäglicher Kleidung, winkend oder mit geballten Fäusten. Dann mit wogenden Fahnen die Phalanx der Sportler und hinter ihnen die Freiwilligen. Die Mädchen mit den roten Schleifen, so wie ich es Tage zuvor schon gesehen hatte. Jetzt aber tragen sie auch ihre Waffen; Schnellfeuergewehre, die in einheitlicher Ausrichtung fest an den Körper gedrückt gehalten werden.

Die Bauern aus den Genossenschaften der Umgebung marschieren auf, die Jugend von Tirana — Schüler und Studenten — und dann auch die bunte Schar der Pioniere in ihren leuchtend weißen, von einem roten Halstuch überdeckten Hemden und Blusen. Manche der Gruppen, die hier vorbeiziehen, tragen nicht Fahnen, sondern mit Blumen umwundene Reifen, Körbe mit Blumen oder auch große Papierblumen in der Hand. Und wenn sie die Arme in rhythmischer Bewegung heben, scheint der ganze Boulevard im Auf und Ab eines farbenprächtigen Blumenstroms dahinzufließen.



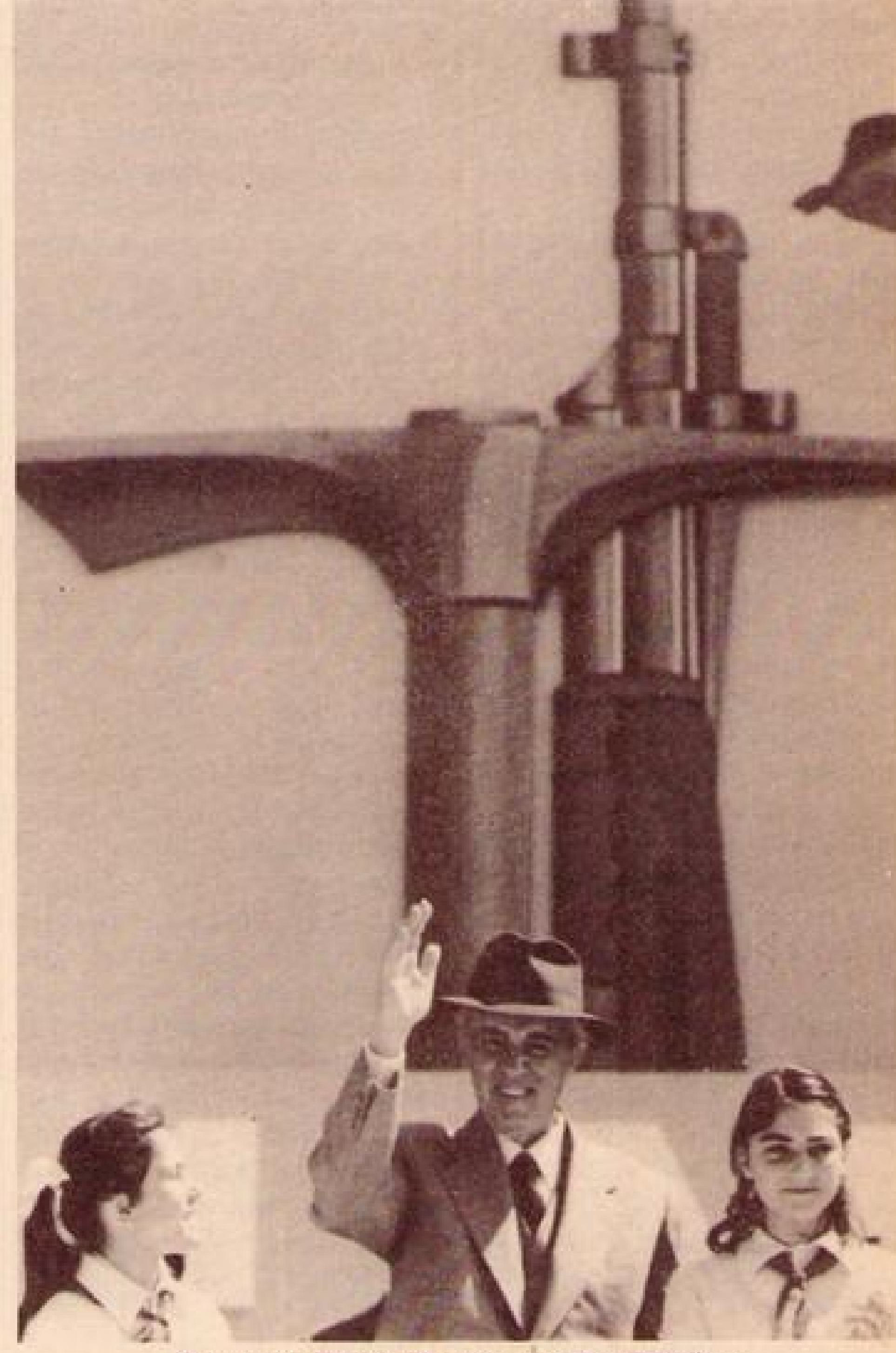
Reportagen aus Albanien

Detlef Schneider

Im Land der roten Skipetaren

Die Reportage auf dieser Seite beschreibt die Durchführung und Vorbereitung der Mai-Demonstration vom vergangenen Jahr in Tirana. Sie ist dem Besuch „Im Land der roten Skipetaren" entnommen, das Reportagen unseres Redakteurs Detlef Schneider über Albanien enthält. Das Buch erscheint demnächst im Verlag Roter Morgen.

Und ihr Führer gerühmt werden. Andere Parolen unterstreichen, was bildhaft schon der Aufmarsch der Massen hier verdeutlicht hat, daß Partei und Volk eine stählerne Einheit bilden, und daß dieses Volk bereit steht, seine sozialistische Heimat gegen jeden möglichen Angreifer zu verteidigen. Wieder andere Spruchbänder erklären die feste Unterstützung der albanischen Massen für alle Werktätigen, die — wo auch immer auf der Welt — im Kampf für ihre Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung stehen; einige dieser Transparente tragen den großen Appell „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!"



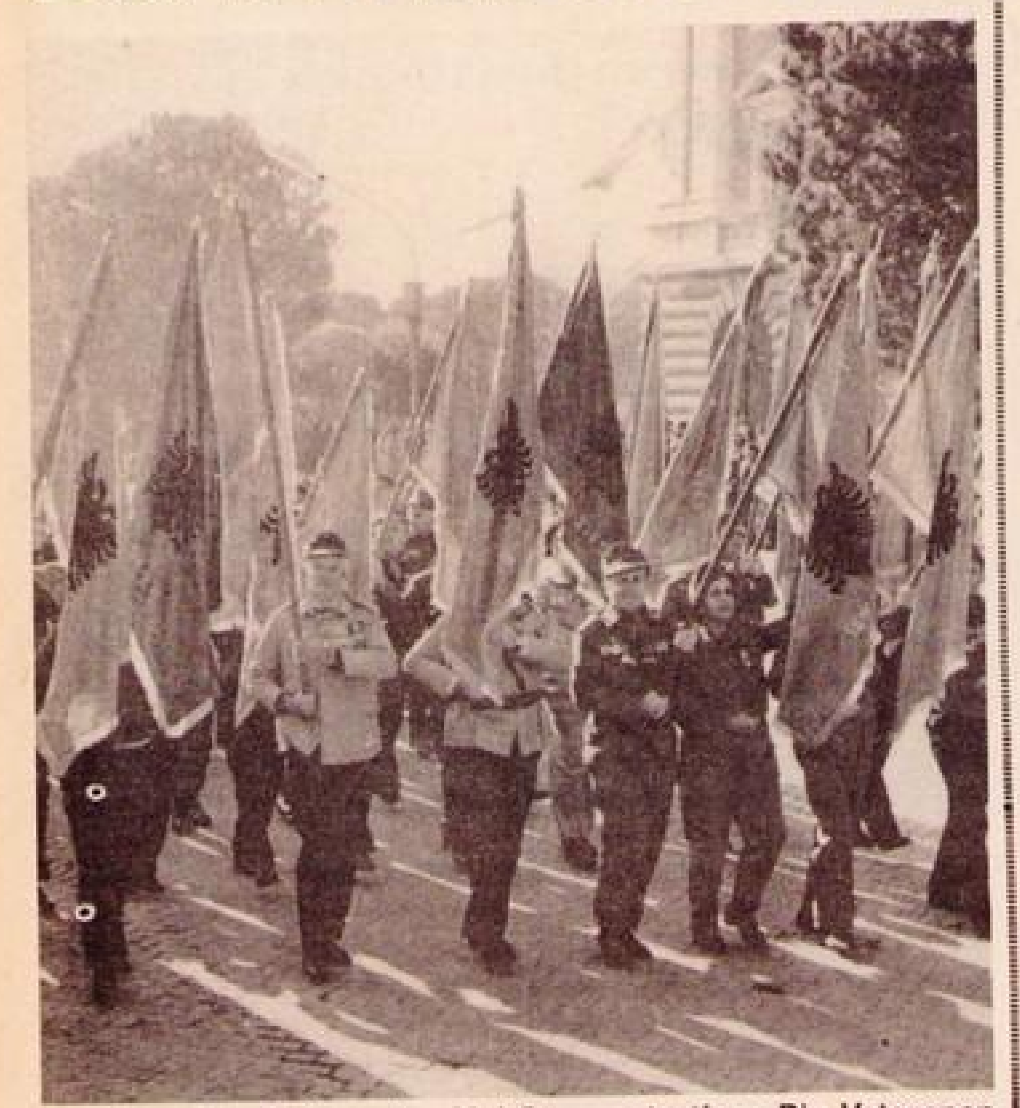
Genosse Enver Hoxha auf der Tribüne

Und jetzt kommt unten ein streng geordneter Block von Militärschülern ins Blickfeld. Über die ganze Länge und Breite dieses Marschblocks spannt sich waagerecht eine gewaltige rote Fahne mit dem schwarzen Doppeladler in ihrer Mitte — und dem goldenen Stern darüber — die albanische Nationalflagge. Dahinter werden Transparente sichtbar; sie tragen Losungen, die den Sieg der Revolution, die Erfolge des sozialistischen Aufbaus feiern; Losungen, auf denen die Partei

Zwischen den Kolonnen schieben sich Lastwagen verschiedener Größe langsam an der Tribüne vorbei. Sie sind festlich geschmückt und mit Aufbauten versehen, einer von ihnen trägt etwa überdimen-

Fortsetzung auf Seite 10

Der 1. Mai in Tirana



In den ersten Reihen der Mai-Demonstration: Die Veteranen des Befreiungskampfes.

Fortsetzung von Seite 9

sional eine Nachbildung des Buches „Imperialismus und Revolution" von Enver Hoxha, das jetzt überall in Albanien studiert wird.

Bald eine Stunde schon haben wir diesem prächtigen Schauspiel zugeschaut, da kommt plötzlich am anderen Ende der Tribüne hektische Bewegung in die dort stehenden Leute. Eine nach der anderen lösen sich dort mehrere Gestalten aus der Menge und verschwinden im Gänsemarsch hinter dem Gebäude des Ministerrats. Sollte etwa gleich ein ganzes Dutzend Zuschauer von einem „dringenden Bedürfnis" erfaßt worden sein? Aber nein! Das Rätsel ist schnell gelöst. Es sind die Diplomaten aus Osteuropa und auch China, die plötzlich das Weite suchen.

Denn just in diesem Augenblick werden unten auf dem Boulevard Spruchbänder vorbeigetragen, auf denen zum Kampf gegen Imperialismus und Sozialimperialismus — den sowjetischen wie den chinesischen — aufgerufen wird. Und da haben sich nun einige Herren angesprochen gefühlt. Die einen — die Chinesen —, weil sie hier als das bezeichnet wurden, was sie sind. Und die anderen — Diplomaten aus den verschiedenen Ländern Osteuropas —, weil sie glauben, es ihrem großen Bruder in Moskau schuldig zu sein, vor einem Transparent, das diesen anprangert, davonzulaufen.

Die albanischen Genossen, die bei uns stehen, verfolgen den Abmarsch der Diplomaten mit Interesse. Im vergangenen Jahr, so erzählen sie uns, hat sich dieses Ritual noch anders vollzogen. Da sind nämlich erst die Herren aus den Vasallenländern Moskaus abgezogen und dann mit einigem Abstand die Herren aus China. Dieses Jahr jedoch waren unten auf dem Boulevard die Parolen gegen Moskau und die gegen Peking so dicht hintereinander plaziert, daß sich die verfeindeten revisionistischen Brüder zu einem gemeinsamen Aufbruch genötigt sahen. Ob diese Anordnung der Transparente nun Zufall war oder auch nicht — unsere albanischen Begleiter jedenfalls machen schon ihre Witze über den gesamtrevisionistischen Gänsemarsch.

Immer neue Kolonnen und Wagen ziehen unten vorbei, ein breiter Strom von Fahnen, Blumen und Transparenten. Und doch fließt dieser Strom nicht gleichmäßig an der Tribüne vorbei. Ja, die Veteranen, die Freiwilligen oder die Militärschüler — sie sind im festen Tritt geblieben, haben mit geballter Faust knapp zur Tribüne emporgegrüßt und sind weitermarschiert. Aber all die anderen! Von weitem schon suchen ihre Augen den Genossen Enver; sind sie dann näher herangekommen, gibt es unvermeidlich eine Stockung in ihrem Zug. Der Block löst sich auf, alles gruppiert sich um die Tribüne. Manche gar, die schon weitergegangen sind, kehren noch einmal zurück. Fäuste heben sich zum Gruß, Hände zum Applaus. Jeder will möglichst nahe und möglichst lange hier vor der Tribüne stehen. Jeder will seinen eigenen Gruß zu Enver Hoxha emporrufen, eine Parole, eine Verpflichtung. Und unentwegt ballt Enver die Faust, grüßt zu seinen Genossen hinüber.

Ich habe hier Arbeiter gesehen, die sich gar nicht mehr dem Zug wieder anschließen mochten, die einfach hier an der Tribüne stehenblieben, Genossenschaftsbauern, die unvermittelt begannen, sich im Tanze zu drehen und dabei die im Dorfe entstandenen Lieder über die Liebe des Volkes zur Partei und zum Genossen Enver sangen. Dieser heftige und spontane Ausbruch des Gefühls der Massen — welch ein Unterschied zu den kalten Militärparaden in Ostberlin mit ihrer mechanischen Disziplin und dem dünnen bestellten „Jubel"! Die stählerne Einheit des Volkes um seine Partei, von der die Albaner so oft sprechen — mancher mag das für eine bloße Parole halten; aber hier vor der Tribüne ist diese Einheit lebendig und unmittelbar deutlich geworden.

— Es ist ein Uhr. Der Boulevard liegt verlassen in der Mittagssonne, nur die Blumen, Fähnchen, das bunte Papier, mit denen das Pflaster übersät ist, zeugen noch von dem großen Aufmarsch der Arbeiter von Tirana. Oben auf dem Skanderbeg-Platz beginnen schon die Straßenkehrer mit ihrer Arbeit. Aber noch ist der 1. Mai nicht zu Ende. Um diese Zeit ziehen Tausende mit Decken und Essenskörben hinaus zum Picknick in die Parks und Hügel vor den Toren der Stadt. Und dort im Kreis von Freunden, Verwandten und Kollegen wird weitergefeiert — der 1. Mai, Kampftag der Arbeiterklasse, im 35. Jahr der Befreiung Albaniens.

Hände weg vom Iran!

Den Kriegstreibern entgegentreten!

Mit dem Überfall vom vergangenen Freitag hat die amerikanische Supermacht zum ersten Mal im Verlauf ihrer Aggressionen gegen den Iran die Schwelle unmittelbarer militärischer Gewaltanwendung überschritten. Das ist ein äußerst alarmierendes Zeichen nicht nur für das iranische Volk, sondern auch für uns und für alle Völker der Welt. Denn damit hat sich die Gefahr eines neuen weltweiten Krieges erneut dramatisch verschärft.

Carters Kommandounternehmen steht in einer Reihe mit unzähligen anderen Aggressionen des amerikanischen Imperialismus. Ob beim Überfall auf die kubanische Schweinebucht, beim faschistischen Putsch in Chile oder beim Krieg gegen die Völker Indochinas — überall zeigte die amerikanische Supermacht ihre blutige und häßliche Fratze. Diese Supermacht ist in einem ständigen Krieg gegen die Völker der ganzen Welt verstrickt; einen Krieg, in dem sie mit Bomben und Granaten ihre Herrschaft über diese Völker und die Reichtümer ihrer Länder erzwingen will.

Und jetzt geht es um den Iran. Mit der Logik imperialistischer Räuber hat Carter vor einigen Monaten den ganzen Persischen Golf zum „amerikanischen Interessengebiet" erklärt — so, als sei diese reiche Region ganz selbstverständlich das Privateigentum des Herrn Rockefellers und der anderen Finanzhyänen von der Wall Street. Aber als Carter diesen räuberischen Anspruch erklärte, hatte sich das iranische Volk schon dem Zugriff der amerikanischen Monopole entzogen. Mit dem revolutionären Sturz des vom CIA an die Macht geputschten Schah-Regimes war es aus mit der Herrschaft der US-Multis über den Iran.

Diese Tatsache ist es, die den amerikanischen Imperialismus zu immer neuen Aggressionen treibt — bis hin zu militärischen Aktionen wie dem Kommandounternehmen von der vergangenen Woche. Und das wird nicht der letzte Versuch gewesen sein, den Iran wieder unter die Herrschaft der amerikanischen Supermacht zu zwingen. Schon ist ein neuer Flottenverband mit dem Flugzeugträger „Constellation" in Richtung auf den Persischen Golf ausgelaufen, wo sich jetzt schon die größte amerikanische Flottenkonzentration seit dem zweiten Weltkrieg zusammengerottet hat.

Carter hat die Schwelle militärischer Gewaltanwendung überschritten. Und das bedeutet doch: **die amerikanische Supermacht geht jetzt daran, ihre imperialistischen Ziele in bezug auf den Iran mit dem Einsatz ihrer Kriegsmaschine zu lösen.** So wie die Kommandoaktion vom Freitag schon seit Monaten vorbereitet war, so liegen auch längst die Pläne für weitere Kriegshandlungen gegen das iranische Vok bereit — von der Verminung der Häfen bis zum Einmarsch von Landesstreitkräften.

In ihrer Gier nach einer vollständigen Kontrolle über die Ölquellen des Persischen Golfs sind die Finanzhyänen der Wall Street nicht nur bereit, das iranische Volk in ein Blutbad zu stürzen. Sie sind auch bereit, die ganze Welt in einen neuen Krieg zu zerren. Denn hinter den militärischen Abenteuern am Persischen Golf steht drohend die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung zwischen den beiden Supermächten und ihren Blöcken.

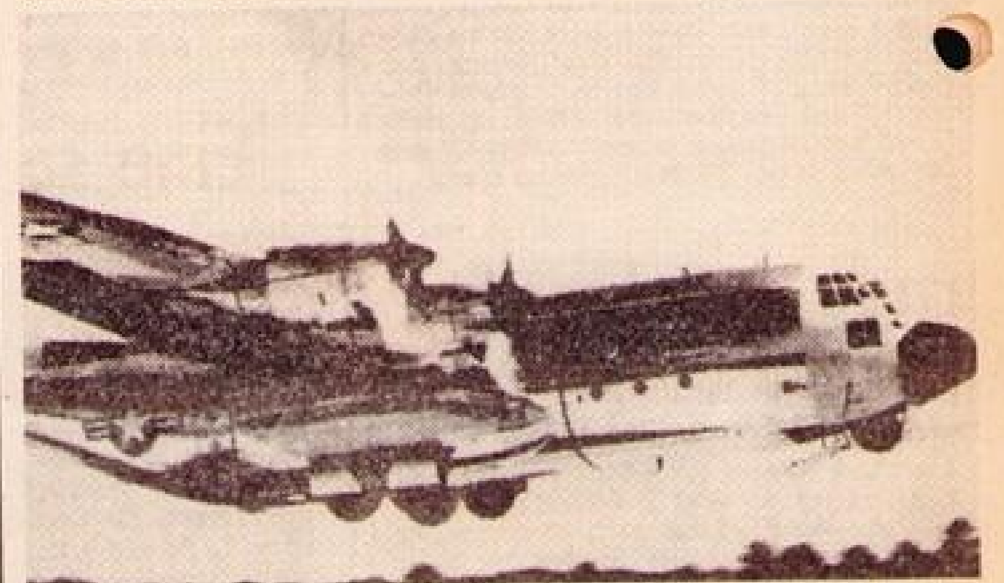
Die Sowjetunion wird aus eigenem imperialistischem Interesse heraus nicht tatenlos zusehen, wie sich der amerikanische Rivale immer mehr am Persischen Golf festsetzt. Auch die Kremlherren streben danach, die nahöstlichen Ölquellen unter ihre Kontrolle zu bekommen. Und sie sehen auch im Iran — entgegen aller Solidaritätsbekundungen — nicht ein vom Imperialismus befreites Land, dessen Unabhängigkeit es zu stärken gilt. Sie suchen seit dem Sturz des Schah-Regimes unentwegt nach Möglichkeiten, ihren eigenen imperialistischen Einfluß in diesem Land zu stärken und auszubauen, wobei sie sich vor allem der revisionistischen Tudeh-Partei bedienen.

Und aus diesem Grund sehen die sowjetischen Imperialisten in jeder militärischen Aktion der anderen Supermacht gegen den Iran einen Schlag gegen ihre eigenen weitreichenden Interessen am Persischen Golf. So werden sie es auch nicht kampflos hinnehmen, daß sich ihre amerikanischen Rivalen des Irans wieder bemächtigen. Schärfer denn je in der letzten Zeit **prallen hier die Raubinteressen der beiden Supermächte aufeinander**, begleitet von einem beispiellosen militärischen Aufmarsch beider Seiten. Und als Carter die Schwelle der militärischen Gewaltanwendung überschritt, als er die erste Kriegshandlung gegen den Iran in Gang setzte, hat er den Zusammenstoß mit der sowjetischen Militärmaschine eiskalt mit einkalkuliert.

So zeigt der Piratenakt vom letzten Freitag vor allem eins: **Die amerikanischen Monopolherren sind bereit, bis zum Letzten zu gehen.** Bezeichnend dafür ist ja auch, daß in den USA selbst mittlerweile die Parlamente ausgeschaltet werden, **daß Carter unter Bruch** aller entsprechenden Gesetze seine Aggressionen ausschließlich im Rahmen des sogenannten Sicherheitsrats vorbereitet hat, der aus Vertrauensleuten der großen Monopole zusammengesetzt ist. In dieser bedrohlichen Situation müssen sich alle wirklich friedliebenden Kräfte im westlichen Lager darauf konzentrieren, Carter, den Kriegsbrandstifter Nr. 1, zu stoppen.

Aber selbst jetzt noch, wo der Weltfrieden und das Schicksal unseres Volkes im höchsten Maße bedroht ist, überbietet man sich in Bonn gegenseitig mit Treuebekenntnissen für die amerikanischen Kriegsbrandstifter. Kaum war am Freitag der gescheiterte Überfall auf Teheran bekannt geworden, da gingen schon die Bonner Sprachregler ans Werk. Dieser Überfall, so hieß es, dürfte keinesfalls als „militärische Aktion" bezeichnet werden, es wäre nur ein „Rettungsversuch", eine Art „Notwehrreaktion" gewesen. Auf solche Vergewaltigungen der Sprache und der Vernunft versteht man sich ja in Bonn, wo auch ein gezielter Todesschuß noch zum „finalen Rettungsschuß" umgelogen wird.

Aber warum solche Sprachakrobatik mit dem amerikanischen Piratenakt? Man muß sich nur ein oder zwei Wochen zurückerinnern. Als es darum **ging, die antiiranischen Boykottmaßnahmen in der eigenen Partei und dann später in der EG** durchzupeitschen, war der Carter-Gehilfe Schmidt auf die folgende Begründung verfallen: Wenn man nicht in der **Boykottfrage mit Washington** gleichzöge, dann würde den so allein gelassenen Amerikanern nichts anderes übrig bleiben, als zu militärischen Mitteln zu greifen. Immer wieder haben Schmidt und seine Kabinettsmitglieder ebenso wie SPD-Führer vom Schlage Brandts und Wehners auf der Linie dieser Argumentation den Boykott als eine Maßnahme bezeichnet, die militärische Auseinandersetzungen am Persischen Golf verhindern würde.



Am Überfall beteiligte Transportmaschine Lockheed C-130 Hercules.

Ja, sie stellten es sogar als eine Großtat der Bonner Friedenspolitik hin, daß sie sich in dieser Frage bedingungslos den Forderungen Carters beugten.

Und was ist geschehen? Während Genscher in Brüssel den **EG-Boykottbeschluß** durchsetzte, traf Carter schon seine Vorbereitungen für den Überfall auf den Iran. Und da können die Bonner Sprachverdreher sich noch so sehr winden: das war genau die militärische Aggression, die man angeblich verhindern wollte. Und das war auch eine Cartersche Ohrfeige für den berufsmäßigen Lügner Schmidt, der uns weismachen will, man könne den Frieden erhalten, wenn man nur blindlings dem amerikanischen Präsidenten folge.

Nach dem Kommandounternehmen der US-Militärmaschine zeigte sich zum Beispiel der italienische Ministerpräsident Cossiga „völlig irritiert". Andere westliche Staatschefs verweigerten jede Stellungnahme. Nicht so Schmidt. Er ließ sofort sein Verständnis für die barbarische Aktion der amerikanischen Imperialisten verkünden. Ein klares Zeichen dafür, daß Bonn auch jetzt noch an seinem Kurs im Kielwasser der amerikanischen Kriegstreiber festhalten will, einem Kurs, der für uns nur ein Weg ins Verderben sein kann. Denn diese Regierung mitsamt der Allparteien-Koalition der Carter-Freunde, die sich inzwischen gebildet hat, ist ein Sicherheitsrisiko ersten Ranges für unser Land geworden.

Wer jetzt — nach dem Beginn der offenen militärischen Aggression gegen den Iran — nichts anderes zu tun weiß, als dem amerikanischen Präsidenten nur immer wieder seine Nibelungentreue zu bekunden, der ist auch bereit, unser Land in die drohende militärische Auseinandersetzung zwischen den Supermächten hineinzustürzen. Und es gibt ja inzwischen schon genug Hinweise darauf, daß sich eine solche Bereitschaft längst auch in praktischen kriegerischen Aktionen äußert. So hat Bonn sich schon bereit gefunden, die Bundesrepublik zum Hinterland der amerikanischen Aggressionstruppen zu machen, wo Kampfverbände, Waffen und Munition in Bereitschaft stehen. (In diesem Zusammenhang ist es auch bezeichnend, daß der Weg des Kommandos vom letzten Freitag über Ägypten und Bahrein in den Iran und von dort über die Türkei in die Bundesrepublik führte.) Weiter hat die Bundesregierung die Entsendung eines Kampfverbands der Bundesmarine in den Indischen Ozean noch einmal bekräftigt.

Es liegt auf der Hand, daß jede Beteiligung an der amerikanischen Aggression und damit die Beteiligung an einem Zusammenstoß der beiden Supermächte schwer auf unser Land zurückfallen wird. Nicht umsonst hat Breschnew im vergangenen Jahr mehrfach verkündet, daß in einem solchen Fall die Bundesrepublik das erste Ziel sowjetischer Raketen sein wird.

So wird es gerade bei uns zu einer immer dringlicheren Aufgabe für alle friedliebenden Kräfte, den Kriegstreibern entschlossen entgegenzutreten. Für uns heißt das natürlich in erster Linie, jede Beteiligung der Bundesregierung an den Carterschen Aggressionen zu bekämpfen. Es ist hier schon ein guter und erfolgversprechender Anfang gemacht worden. An erster Stelle ist die Entwicklung in den Gewerkschaften zu nennen, wo sich in den letzten Wochen immer mehr die Erkenntnis durchgesetzt hat, daß diesen Massenorganisationen der Werktätigen eine entscheidende Aufgabe auch beim Kampf gegen die Kriegsgefahr zukommt (siehe Seite 4). Diese Erkenntnis muß noch weiter vertieft und ausgebaut werden, die Beratungen über Kampfschritte gegen die Kriegstreiber muß in allen gewerkschaftlichen Organisationen geführt werden. Und man kann jetzt schon sagen, daß auch der diesjährige 1. Mai nicht zuletzt im Zeichen eines solchen Kampfes stehen wird.

Darüber hinaus hat sich auch bei verschiedenen politischen Organisationen — selbst bei Gliederungen der SPD — die Bereitschaft durchgesetzt, für die Verteidigung des Friedens aktiv zu werden. Eine positive Entwicklung, die von uns Kommunisten begrüßt wird. Denn nur das gemeinsame und einheitliche Handeln aller demokratischen und friedliebenden Kräfte ist es möglich, den Kriegsbrandstiftern in den Arm zu fallen.

Thronwechsel in Amsterdam

Woher der Reichtum der Oranier kommt

An diesem Mittwoch ist es endlich soweit — in den Niederlanden besteigt eine neue Königin den Thron. Die einschlägige Presse in der Bundesrepublik hatte uns ja schon lange auf dieses denkwürdige Ereignis vorbereitet. In den letzten Wochen stieg dann die Spannung ins schier Unerträgliche. Welches Kleid wird die Prinzessin (und jetzige Königin) Beatrix tragen? Selbst die „Hör zu“ wußte darauf keine Antwort. Denn „wie es aussehen wird, darüber schweigt sich das Haus diskret aus. Und ob Beatrix am Huldigungstag ein Diadem oder keins tragen wird — auch das blieb geheim.“ Wir haben — um uns die Wartezeit zu verkürzen — ein wenig in der Familiengeschichte des niederländischen Herrscherhauses geblättert.

Die ersten Spuren unserer königlichen Nachbarn fanden wir im dunklen Mittelalter. Zu dieser Zeit gingen Beatrixens Urahnen einer äußerst erträglichen Tätigkeit nach — der organisierten Bandenkriminalität (und dabei sind dann, in der einen oder anderen Form, die Nachfahren auch geblieben). Sie wirkten nämlich im Hessischen als Raubritter. Auf ein Beutestück ihrer zahlreichen Raubzüge müssen sie besonders stolz gewesen sein: die Burg Nassau bei Bad Ems. Denn fortan nannte sich das Geschlecht Nassauer. Im großen und ganzen unterschieden sie sich nicht von anderen Banden ihrer Zeit. Sie wären vielleicht gar in der Mittelmäßigkeit versackt, wenn nicht zu Beginn des 15. Jahrhunderts einem Nassauer ein besonders erfolgreicher Coup geglückt wäre.

Diesem Mann gelang es, ein 13jähriges Kind aus den Niederlanden zu seiner Frau zu machen. Und dieses Kind war nicht nur Waise, sondern auch Erbin eines großen Grundbesitzes. So hatten sich die Nassauer in den Niederlanden festgesetzt. Durch geschickte Schachzüge, auf die sie sich ebensogut wie früher auf den Straßenraub verstanden, brachten sie sehr schnell weitere Besitztümer an sich; unter anderem auch das kleine Fürstentum Orange in Südfrankreich. Dessen Name sagte ihnen wohl besonders zu, denn fortan nannten sich die Chefs der Nassauer Prince d' Orange oder Prinz von Oranien.

Ost- und Westindische Kompanie

Die niederländische Unternehmung der Nassauer (oder Oranier) wirkte sich deshalb so zukunftsträchtig aus, weil im 17. Jahrhundert die Niederlande zum reichsten Land der Welt aufstiegen. Die Grundlage dieses Reichtums bildeten Raubzüge, von denen die alten Ritter aus dem Hessischen nicht einmal zu träumen gewagt hätten. In den Niederlanden hatten sich nämlich zwei mächtige private Gesellschaften gebildet, die Ostindische und die Westindische Kompanie. Diese beiden Gesellschaften beherrschten die halbe Welt als ihr Privateigentum. Die Westindische Kompanie hatte Teile von Nord- und Südamerika in ihren Besitz gebracht. Darunter auch die Insel Manhattan, der Kern des heutigen New York, die man den Indianern für Glasperlen und Stoffe im Werte von hundert Mark abgaunerte. Noch heute gehören den Oraniern ganze Straßenzüge — allein das ist schon ein unermeßlicher Besitz.

Die Ostindische Kompanie hatte Ceylon, Malakka und die Sundainseln (das heutige Indonesien) zu ihrem Eigentum gemacht. Natürlich waren nicht alle diese Länder ergaunert worden wie die Insel Manhatten. Im wesentlichen verließen sich die Herren der Kompanien auf ihre überlegene Waffentechnik. Und so schufteten bald ganze Völkerschaften, um die Tresore der Handelsherren in Amsterdam mit immer neuen Reichtümern zu füllen. Angesichts dieser florierenden Ausplünderung der halben Welt bemerkte der damalige englische König neidisch: „Die Niederlande sind mehr ein Handelsunternehmen als ein Staat.“

Damit hatte er den Nagel auf den Kopf getroffen. Und auch die Handelsherren selbst meinten, daß sie selbst schon Staat genug seien und die Herrschersippe der Oranier eigentlich überflüssig wäre. So leicht jedoch ließen die sich nicht loswerden. Wilhelm der Zweite von Oranien-Nassau sammelte ein Söldnerheer und warf es gegen Amsterdam, die Metropole der mächtigen Kompanien. Und aus all dem Kampf, der sich jetzt entwickelte, gingen schließlich die Oranier als Sieger hervor. Wilhelm der Vierte hatte es dann endlich zum Generaldirektor sowohl der West- wie auch der Ostindischen Kompanie gebracht. Von jetzt an floß ein großer Teil der in Amerika und Asien geraubten Reichtümer direkt in die Schatullen der Oranier.



Prinz Bernhard mit dem Lockheed-Agenten Gerritsen auf Safari

Die Königin sammelt Aktien

Hier überspringen wir einige Jahrhunderte, in denen die Oranier immer wieder hervorragende Nachfolger ihrer raubritterlichen Ahnen hervorbrachten — man war inzwischen dazu übergegangen, solche Leute als „hervorragende Geschäftsleute“ zu bezeichnen. Unter ihnen stücht besonders Wilhelmina hervor, die erste Frau auf dem Oranier-Thron und Großmutter der Beatrix. Sie erkannte zu Beginn des Jahrhunderts die Zeichen der Zeit und begann Aktien zu sammeln, so wie andere Leute Briefmarken sammeln. Ihre besondere Liebe galt dabei den Papieren der 1907 gegründeten Ölgesellschaft Royal Dutch/Shell. Was ihre Sammelleidenschaft für das heutige Herrscherhaus bedeutet, mag das folgende Beispiel zeigen: Jede von Wilhelmina erworbene Shell-Aktie im Nennwert von damals 1 000 Goldgulden hat inzwischen einen Wertzuwachs von über elf Millionen Gulden erfahren (ein Gulden entspricht in etwa einer Mark).

Nun denke aber niemand, diese Wilhelmina sei eine verschwenderische Person gewesen. Das zeigt folgender Fall, der in den dreißiger Jahren einiges Aufsehen erregte. Wilhelminas Mann, ein gewisser Heinrich von Mecklenburg-Schwerin, hatte Zeit seines Lebens die Geschäftemacherei seiner Frau überlassen und sich ganz den käuflichen Damen gewidmet. Und einer dieser Damen hatte er im Vollrausch als Liebeslohn einen Blankoscheck überreicht. Nach Heinrichs Tod nun präsentierte die betreffende Dame diesen Scheck dem Königshaus. Ihr Chance wahrnehmend, hatte sie die Summe von einer Million Gulden eingetragen. Rechtlich war nichts dagegen zu machen. Wilhelmina gelang es jedoch nicht nur, durch zähes Feilschen die Summe auf 100 000 Gulden herunterzuhandeln. Sie vollbrachte in diesem Zusammenhang noch eine andere Bravourleistung. Sie stellte nämlich an das niederländische Parlament eine Forderung über genau diese 100 000 Gulden für „unvorhergesehene Sonderausgaben im Zusammenhang mit dem Ableben Seiner Königlichen Hoheit.“ Und sie hatte damit Erfolg: Den Liebeslohn der verblichenen Hoheit durften nachträglich Hollands Steuerzahler entrichten.

Wilhelminas Tochter Juliana stand ihrer Mutter in Sachen Geschäftstüchtigkeit in nichts nach. Sie setzte zum Beispiel durch, daß die Apanage (ein vom Staat gezahltes Gehalt) für die Oranier von Jahr zu Jahr entsprechend dem Ansteigen der Lebenshaltungskosten erhöht wird. Im Jahre 1976 beliefen sich diese Gelder übrigens für Juliana auf 4,1 Millionen Gulden, für Prinz Bernhard auf 798 000 Gulden, für Prinzessin Beatrix auf 938 000 Gulden und für Prinz Claus auf 837 000 Gulden. Juliana erreichte es auch, daß eines ihrer vielen Schlösser (die sämtlich im Privatbesitz der Oranier sind) für 11 Millionen Gulden renoviert wurde. Auch diese schöne und notwendige Ausgabe durften die Steuerzahler tragen. Selbstverständlich lebten die Oranier aber auch nach der Renovierung mietfrei im Schloß Soestdijk. Und selbstverständlich sind sie bei ihrem bescheidenen staatlichen Einkommen auch von sämtlichen Steuern befreit.

„Der fliegende Holländer“

Wie ihre Mutter hatte auch Juliana einen Deutschen geheiratet, einen damaligen SS-Mann mit dem Namen Bernhard zur Lippe-Biesterfeld. Im Gegensatz zu Wilhelminas Prinzgemahl fügte sich dieser Bernhard jedoch bruchlos in die Raubritter-Tradition der Oranier ein. Seine unermüdliche Reisetätigkeit in großen Geschäften trug ihm in der internationalen Finanzwelt nach dem Krieg den anerkennenden Namen „Der fliegende Holländer“ ein. Er verkaufte Fokker-flugzeuge im Sudan, Fabriken in Äthiopien, verhandelte am Persischen Golf usw. Die forsche Art seiner Geschäftstätigkeit kennzeichnet der folgende Dialog mit dem früheren argentinischen Diktator Peron anläßlich eines Staatsbesuchs des Prinzgemahls. Peron: „Erklären Sie mir doch bitte, warum Sie meinem Land die Ehre Ihres Besuches geben.“ Bernhard: „Offen gestanden, es handelt sich um den Verkauf von Eisenbahnausrüstungen, von Lokomotiven, ausgezeichneten Lokomotiven.“

Im Nachbarland Brasilien, das einst von der Westindischen Kompanie ausgebeutet wurde, erklärte der frühere Staatschef Kubitschek bewundernd: „Er ist der beste Geschäftsmann, den ich kenne — und ich kenne sie alle.“ Glänzende Geschäftsverbindungen unterhielt der Prinz auch zu dem amerikanischen Rüstungskonzern Lockheed — allerdings weit außerhalb der Legalität. Bernhard war Inspekteur der niederländischen Luftwaffe und in dieser Funktion für den Konzern ebenso interessant wie der frühere Bonner Kriegsminister (und Jagdfreund Bernhards) Franz Josef Strauß. Als vor fünf Jahren die weltweite Bestechungspolitik von Lockheed ruchbar wurde, tauchten in diesem Zusammenhang auch prompt beider Namen auf.

Beide wurden von dem ehemaligen Lockheed-Agenten Hauser beschuldigt, hohe Bestechungsgelder genommen zu haben. Hauser hatte während seiner kriminellen Tätigkeit ein Tagebuch geführt, und unter dem 24.10.61 findet sich dort folgende — für Bernhards Geschäftstüchtigkeit kennzeichnende — Eintragung: „Gerritsen hat HRH (His Royal Highness = Prinz Bernhard, RM) im Nacken sitzen. Der Bastard will alles.“ Der Oranier hatte in der Lockheed-Affäre jedoch nicht soviel Glück wie sein Jagdfreund Strauß. Im Februar 1976 sagte Konzern-Boß Kotchian persönlich vor einem Untersuchungsausschuß in Washington aus, daß „1,1 Millionen Dollar an einen hohen Regierungsbeamten der Niederlande“ als Bestechungsgelder ausgezahlt worden wären. Und wenig später verkündete Hollands Ministerpräsident den Uyl im Fernsehen, damit sei Prinz Bernhard gemeint.

Nun wurde der korrupte Oranier aber keineswegs für sein Verbrechen zur Rechenschaft gezogen. Den Uyl erklärte seine Straftaten einfach für verjährt und ließ die Ermittlungen einstellen. Der holländische Staatsrechtler Professor Maarsseveen bezeichnete die Manöver damals als eine „Vergewaltigung des Rechtsstaats“. Um den „Fliegenden Holländer“ wurde es nach dem Auffliegen seiner Korruptionsaffären ruhig. Er mußte als Inspekteur der Luftwaffe und als Mitglied des niederländischen Verteidigungsrates zurücktreten. Auch eine wichtige internationale Funktion gab er auf: den Vorsitz der Bilderberg-Konferenz.

Moderne Raubritter

Bei dieser geheimnisumwitterten Konferenz handelt es sich um ein alljährliches Treffen der Spitzen des internationalen Industrie- und Finanzkapitals sowie der dazugehörigen Politiker. In der vergangenen Woche tagte diese Konferenz übrigens in Aachen. Den dürftigen Pressemeldungen darüber konnte man nur entnehmen, daß dort Kanzler Schmidt, Henry Kissinger sowie zwei enge Berater des amerikanischen Präsidenten anwesend waren. Ob bei dieser Konferenz auch die eigentlich entscheidenden Bilderberger wie David Rockefeller, der Baron Rothschild oder Fiat-Chef Agnelli zugegen waren, wurde nicht mitgeteilt.

Prinz Bernhard war als früherer Vorsitzender dieser Konferenz übrigens alles andere als nur ein königliches Aushängeschild. Denn er vertritt persönlich Kapitalinteressen, die sich mit denen einiger der oben genannten Herren durchaus messen können. Und genau für diese Interessen war er auch früher in seiner rastlosen Tätigkeit als „Fliegender Holländer“ unterwegs. Denn dank der Aktivität der Ost- und Westindischen Kompanie, dank Wilhelminas Sammelleidenschaft in Sachen Aktien verfügen die Oranier heute neben einem riesigen Juwelenschatz, neben Ländereien, Schlössern und Villen über gewaltige Aktienpakete in einem Wert von fast vier Milliarden Mark. Sie sind an allen holländischen Monopolen beteiligt: beim Elektrounternehmen Philips ebenso wie bei Fokker (Flugzeuge), Hoogovens (Stahl), Unilever (Lebensmittel) oder Akzo (Chemie).

Dazu kommen internationale Beteiligungen wie etwa bei der amerikanischen Anaconda-Company (Kupfer, Blei, Zink), die eine der maßgeblichen Kräfte hinter dem faschistischen Putsch in Chile war. Am meisten aber werden sich die so überaus erfolgreichen und geschäftstüchtigen Oranier heute über die Tatsache freuen können, daß sie nicht nur Großaktionäre der Shell sind, sondern daneben auch noch ein dickes Aktienpaket bei der Rockefellerschen Konkurrenz Exxon in ihrem Besitz wissen.

Wenn Beatrix — die nach dem Tod ihrer Mutter die reichste Frau der Welt sein wird — als frischgebackene Königin ihrem Volke zuwinkt, sind die Benzinpreise vielleicht wieder einmal erhöht worden. Und so setzt sich denn in unserer modernen Zeit eine ungebrochene Tradition fort, die vor Hunderten von Jahren mit den nassauischen Straßenräubern begonnen hat.









Beteiligungen der Oranier

Mit der Darstellung der gegenwärtigen labilen Lage in Jugoslawien setzen wir in dieser Ausgabe des RM unsere Serie über die wachsende Kriegsgefahr fort. Die vorangegangenen Folgen der Serie hatten sich in erster Linie mit dem gegenwärtigen Hauptkrisengebiet, dem Nahen und Mittleren Osten beschäftigt. Dabei wurde vor allem die kriegstreiberische Politik der beiden Supermächte untersucht. Auf die Rolle der Bundesrepublik in der gegenwärtigen Krise werden wir im nächsten RM eingehen.

Sterben für die USA? (7. Teil)

Der wachsenden Kriegsgefahr begegnen!

Der Balkan — ein Pulverfaß?

Sind der Nahe und Mittlere Osten derzeit auch in den Brennpunkt der Auseinandersetzungen zwischen den zwei Supermächten gerückt, die Gebiete von denen die Entfesselung eines neuen Weltbrandes ausgehen kann, so gibt es — wie wir am Beispiel Afrikas zeigten — durchaus noch andere Gebiete, wo es zu Konflikten, zu einem bewaffneten Eingreifen der Supermächte kommen kann. Wie sieht es in dieser Hinsicht jedoch in Europa, beispielsweise auf dem Balkan aus? Ist er noch das Pulverfaß, das er lange Jahre vor und nach dem ersten Weltkrieg war?

So abwegig ist die Frage nicht angesichts der Aktivitäten der sowjetischen Supermacht, aber auch der chinesischen Sozialimperialisten in diesem Gebiet, deren Chef Hua Guofeng anläßlich seines Besuches in Rumänien und Jugoslawien diese in Konfrontation zur Sowjetunion zu bringen suchte. **Vor allem nach dem Überfall der Sowjetunion auf Afghanistan und dem langsamen Sterben Titos tauchte die Frage auf: Was kommt nach Tito, wie weit ist Jugoslawien gefährdet?**

So unrecht hatte Radio Zagreb nicht, als es kurz nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan erklärte, daß damit „das Eis für mögliche ähnliche Aktionen gegen andere nicht zu Militärbündnissen gehörende Länder gebrochen" sei; oder das jugoslawische Nachrichtenmagazin „Nin", das schrieb: „Zwei Monate nach dem Putsch, der mit aktiver Beteiligung sowjetischer Truppen durchgeführt wurde (25. Dezember), erkennen die Okkupationsstreitkräfte in Afghanistan immer deutlicher, daß die Intervention kein ‚Weihnachtsspaziergang' ist, und daß es keineswegs einfach ist, ein Land zu kontrollieren, welches erstens die vollendeten Tatsachen der Okkupation nicht akzeptiert und zweitens auch die Regierung nicht akzeptiert, die ihm mit ausländischen Panzern gebracht wurde."

Verständlich, daß solch offene Worte den Zorn der Herren im Kreml hervorriefen, die nicht nur verbal über ihre Nachrichtenagentur „Tass" erklärten, die jugoslawischen Führer hätten sich auf die Seite reaktionärer Kräfte gestellt, sondern die gleichzeitig mit einer demonstrativen Reise ihres Marschalls der Streitkräfte des Warschauer Paktes, Viktor Georgjewitsch, durch Bulgarien und Ungarn antworteten. Offensichtlich wollten sie damit ihre militärische Präsenz in diesem Raum zur Geltung bringen. Nur ist die beileibe nichts Neues.

So sind beispielsweise in Ungarn in mehr als 40 Garnisonen sowjetische Streitkräfte von gegenwärtig 75 000 bis 80 000 Mann stationiert. Darunter zwei Panzerdivisionen, zwei MOT-Schützendivisionen, Pioniere und Fallschirmtruppen. Auf sechs Flugplätzen stehen rund 250 Kampfflugzeuge und 100 sonstige Maschinen zur Verfügung. Truppen, die sich bereits im Jahre 1968 im Vorstoß gegen den Norden, auf die Tschechoslowakei „bewährt" haben, und die sicher genauso gegen den Süden, gegen Jugoslawien, marschieren würden. Die Frage ist nur, hat die Sowjetunion derzeit ein Interesse daran?

Auszuschließen ist aufgrund der Praxis der imperialistischen Großmächte, in andere Staaten einzufallen, überhaupt nichts. **Nur würde ein militärisches Einschreiten in Europa zur Erweiterung von Einflußsphären, dazu noch gegen einen nichtpaktgebundenen Staat wie Jugoslawien, die Situation entscheidend verändern.** Zweifellos würde solch ein Überfall bei den Nachbarn Jugoslawiens als Bedrohung empfunden werden und Reaktionen hervorrufen. So erklärte das sozialistische Albanien klipp und klar: Im Falle eines militärischen Angriffs werde das albanische Volk den Völkern Jugoslawiens militärische Hilfe leisten. Wörtlich im Zentralorgan der Partei der Arbeit, „Zëri i Popullit": **„Wenn sich die Frage der Verteidigung von Freiheit und Unabhängigkeit stellt, werden Albaner und Jugoslawen wieder zusammen gegen den gemeinsamen Feind kämpfen."**



Tito: Verständigung mit Nixon

Ein gerechter Krieg

Das hat überhaupt nichts damit zu tun, daß es sich bei Jugoslawien keinesfalls um ein sozialistisches Bruderland handelt. Wer kann schon einen Staat wie Jugoslawien mit solch krassen Unterschieden zwischen Arm und Reich, einen über 250 000 Privatunternehmern, seinen Millionären, steigenden Preisen und seiner Arbeitslosigkeit, der viele seiner Bewohner zwingt, sich im Ausland als Gastarbeiter (allein in der Bundesrepublik 367 000) zu verkaufen, als sozialistisch bezeichnen? Nein, von seinem Gesellschaftssystem her unterscheidet es sich kaum von anderen Staaten im Osten. Im Gegenteil, in seiner kapitalistischen Entartung ging es ihnen voran. Doch egal, ob sozialistisch oder kapitalistisch, **ein Überfall auf das, wenn auch nur formal unabhängige, nicht paktgebundene Jugoslawien wäre, da es sich um kein imperialistisches Land handelt, seitens des Aggressors ein imperialistischer, ein ungerechter, seitens der Völker Jugoslawiens aber ein gerechter Krieg.**

Wie weit sich dabei die Westmächte, der USA-Imperialismus, die NATO einmischen würden, steht auf einem anderen Blatt. Einerseits erklärte der jetzige US-Präsident Carter während seines letzten Wahlkampfes: für Jugoslawien würde man keinen Krieg riskieren, während er andererseits vor kurzem erklärte: „Wenn wir aufgefordert werden, dem jugoslawischen Volk in der Zukunft irgendeine Hilfe zu gewähren, werden wir es ernsthaft prüfen und dann das tun, was nach unserer Auffassung am besten für die Jugoslawen und für uns sein wird." Nun, was am besten für die USA ist, wird bestimmt nicht das Beste für die Völker Jugoslawiens sein.

Sie können sich nur auf sich selbst verlassen, und offensichtlich sind sie zur Zeit auch noch bereit dazu. **Weder die Serben noch die Kroaten, Slowenen und andere Völker Jugoslawiens — bis auf geringe Ausnahmen — würden sich mit einer Besetzung ihres Landes durch Sowjettruppen abfinden.** Nicht nur die „Jugoslawische Volksarmee" mit ihren 259 000 Mann, Millionen Jugoslawen stehen zur Verteidigung ihrer nationalen Freiheit und Unabhängigkeit bereit. Nach der jugoslawischen Verfassung hat „niemand das Recht, die Kapitulation anzuerkennen oder zu unterzeichnen oder die Okkupation Jugoslawiens oder einzelner Teile des Landes zu akzeptieren oder anzuerkennen." Und nach der Landesverfassung Kroatiens ist es verboten, ausländische Truppen ins Land zu rufen.

Nun sind bekanntlich Verfassung und Verfassungswirklichkeit in kapitalistischen und revisionistischen Staaten zweierlei. **Doch es ist kaum zu erwarten, daß nach Titos Tod sich die Verhältnisse in Jugoslawien schlagartig ändern werden.** Sie werden für eine bestimmte Zeit noch so bleiben wie bisher. Und die Sowjetunion wird sich derzeit hüten, das bestehende Gleichgewicht in dieser Region anzutasten, indem sie versucht, die Breschnew-Doktrin auf Jugoslawien anzuwenden und eine Aggression à la Afghanistan zu starten. Weiß sie doch, daß trotz ihrer militärischen Überlegenheit ein Überfall auf Jugoslawien kein Spaziergang werden würde; läßt sich doch in diesem Gebiet — im Gegensatz zu Afghanistan — das militärische Risiko der Ausweitung des Konflikts nur schwer kalkulieren.

Doch was kommt morgen?

Doch so entschlossen sich heute noch die 22 Millionen Jugoslawen einem etwaigen Angriff von außen widersetzen mögen, niemand weiß, was morgen ist. Eher als von außen, droht die Gefahr von innen. Sicher, sowohl Serben als auch Kroaten, sind für ein einiges Jugoslawien, aber bitte unter ihrer jeweils eigenen Führung. Tito hinterläßt ein Erbe, wie es desolater und zerbrechlicher kaum sein kann. Als bürgerlicher Schwindel entlarvt und auf der ganzen Linie gescheitert ist seine sogenannte „Arbeiter-Selbstverwaltung", die den Arbeitern bestenfalls gestattet, über die Anschaffung von Klosettpapier zu entscheiden. Korruption und Vetternwirtschaft, Diebstahl und Betrug herrschen in großem Stil. Tito selbst ging mit seinem feudal-aufwendigen Lebensstil, seinen Dutzend Wohnsitzen auf Schlössern und Privatinseln der neuen Klasse voran. Zu Jahresanfang stiegen die Preise für Fleisch um durchschnittlich 25 Prozent, Schuhe wurden sogar um 49 Prozent teurer. Die Zahl der Arbeitslosen wuchs auf 750 000, etwa 12 Prozent der Beschäftigten, und wird weiter wachsen. **Die Auslandsverschuldung erreichte eine Rekordhöhe von 24,5 Milliarden Mark.**

Solange Tito an der Spitze des Vielvölkerstaates stand, war es ihm durch Intrigen, Bestechung, Gegeneinanderausspielen, brutalem Terror, aber auch durch seine Autorität gelungen, seine „Föderative Republik" zusammenzuhalten. Nach seinem Tod werden aber früher oder später die Nationalitätenprobleme erneut aufbrechen, ergänzt durch Religionsstreitigkeiten, nach denen sich kroatische und slowenische Katholiken durch Rom ermuntert fühlen, den Kampf gegen die orthodoxen Serben und die atheistische Staatsführung aufzunehmen.

Was und wie immer es kommen wird, vermag niemand vorauszusagen. Zuviele unbekannte Faktoren spielen da mit. Alt ist der Streit zwischen Serben und Kroaten. Beide haben Auslandsorganisationen, die hauptsächlich von westdeutschem Boden aus wirken. Hier tragen sie ihre Kämpfe aus. Erst kürzlich wurde der Chef der Exilserben in Westeuropa und Amerika, der 71jährige Dusan Sedlar in Düsseldorf auf offener Straße ermordet.

Exilkroaten kündeten bereits vor Titos Ableben in Frankfurt an: „Wir werden dafür sorgen, daß Tito der letzte Jugoslawe war." Neben den Ustascha-Faschisten gibt es solche, die nach Angaben ihres Sprechers Tomislav Micic vom Westen enttäuscht sind und die bereits vielversprechende Kontakte zum Kreml angeknüpft hätten. Ihr Ziel: **„Wir wollen einen unabhängigen Staat Kroatien, ganz gleich wie"**, wobei der Zweck die Mittel heiligt.

Sie machen kein Hehl daraus, daß schon in der Vergangenheit mit massiver finanzieller Unterstützung „von interessierter Seite" Gewehre, Pistolen und Munition nach Jugoslawien geschmuggelt werden, und rechnen damit, daß sie über Anschläge und Streiks kroatischer Nationalisten allmählich den Bürgerkrieg vorbereiten können. **So wird denn heute schon von bundesdeutschem Boden aus in aller Offenheit und mit Duldung der Bundesbehörden der Bürgerkrieg in Jugoslawien, die Zerschlagung dieses Staates vorbereitet.** Sollte es dazu kommen, dann allerdings ist mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, daß die Sowjetunion den Völkern oder diesem oder jenem Volk Jugoslawiens „zu Hilfe" eilen wird. Und ein sowjetischer Vorstoß auf die dalmatinische Mittelmeerküste wäre durch einen westlichen Warenboykott nicht mehr zu beantworten.

Tito: Bruderkuß mit Breschnew

Im nächsten RM:

Wie verhält sich die Bundesrepublik als die nach den USA stärkste Militärmacht der westlichen Welt in diesem zwischenimperialistischen Kräftemessen, diesem Wandeln am Abgrund eines neuen, des dritten Weltkriegs in diesem Jahrhundert? Sie mischt kräftig mit!

14. bis 18. Mai: Gesundheitstag Berlin 1980

Kampf der miserablen gesundheitlichen Versorgung!

Interview mit dem Kieler Arzt Peter Reibisch

Parallel zum 83. Deutschen Ärztetag in Westberlin findet gewissermaßen als Gegenveranstaltung der „Gesundheitstag Berlin 1980“ statt. Unter den Namen derjenigen, die den Gesundheitstag unterstützen, finden sich bekannte Namen wie Prof. Horst Eberhard Richter oder Prof. Hans-Ulrich Deppe. Der Landesverband Berlin des Marburger Bundes hat seine Unterstützung aufgrund starken Drucks von anderen Verbänden leider wieder zurückgezogen. Bekannte Mediziner wie der unerschrockene Dr. Hackethal zählen zu den zahlreichen Teilnehmern. In Norddeutschland haben sich verschiedene Ärzte, die der VOLKSFRONT angehören oder ihr nahestehen, zusammengefunden und zwei Beiträge für den Gesundheitstag vorbereitet. Der „Rote Morgen“ hatte Gelegenheit, mit dem praktischen Arzt Peter Reibisch aus Kiel, der zu diesem Kreis gehört, ein Gespräch über den Gesundheitstag zu führen.:

Roter Morgen: Wer sind die Initiatoren des Gesundheitstages und was mag sie veranlaßt haben, den Gesundheitstag parallel zum 83. Deutschen Ärztetag zu organisieren?

P. Reibisch: Das sind die verschiedensten Gruppen, die vielerlei Strömungen und Richtungen repräsentieren. Ihnen allen gemeinsam scheint mir zu sein, daß sie zu der Überzeugung gekommen sind, daß die Gesundheitspolitik in den bestehenden Verbänden nicht zu ändern ist. Also will man sich auf dem Gesundheitstag zusammenfinden, um die Lage im Gesundheitswesen zu diskutieren und zu verändern.

Insgesamt ist der Gesundheitstag Ausdruck einer immer breiter werdenden Bewegung zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung. Ursache dieser Bewegung, die gerade in Westberlin auch breit von medizinischen Personal mitgetragen wird, ist meiner Auffassung nach die Ablehnung jener Medizin, die wir als Ärzte, Schwestern etc. gezwungen sind zu betreiben; einmal die sogenannte Zweiminutenbehandlung“ in den Arztpraxen, dann die zunehmende „Fließbandarbeit“ in den Kliniken, wo die menschliche Betreuung durch Personalverknappung, Kosteneinsparung und gesteigerte Arbeitshetze des Personals auf der Strecke bleibt.

Wer mehr über die Aktivitäten der Ärzte um Peter Reibisch und ihr Gesundheitsprogramm erfahren will, kann sich an folgende Adresse wenden: Peter Reibisch, Wehdenweg 13, 2300 Kiel 14, Tel.: 0431 / 72 35 31.

In einzelnen Kliniken ist es sogar vorgekommen, daß jene Herren, die normalerweise in den Großbetrieben der Industrie Akkordsätze festlegen, in die Kliniken gingen, um die Arbeit der Ärzte, Pfleger und Schwestern auszumessen, um zu sehen — wie kann man noch Zeit einsparen, welchen Handgriff kann man schneller ausführen, wo kann eine Spritze schneller gegeben werden etc.

RM: Was halten Sie von den verleumderischen Angriffen des Hartmannbundes auf den Gesundheitstag und dessen Initiatoren? Da sind Worte wie „Revoluzzerbund“, „kryptogenetische Organisationen“ oder „berufsmäßige Gesellschaftsveränderer“ gefallen.

P. Reibisch: Diese Angriffe sind so dumm wie sie oberflächlich sind. So etwas ist man von der CSU her gewöhnt. Diejenigen, die diese Angriffe führen, sind allerdings nicht in der Lage, eine konkrete Antwort auf die Fragen der Misere des Gesundheitswesens zu geben.

RM: Mit welchen Beiträgen nehmen Sie am Gesundheitstag teil?

P. Reibisch: Wir — das heißt die Ärzte, die sich von der VOLKSFRONT aus an dem Kongreß beteiligen — wollen zwei Beiträge bringen.

Einmal wollen wir unter dem Thema „Schulmedizin oder Naturheilkunde“ darauf hinweisen, daß die Fragestellung in dieser Form schon falsch ist, daß es heute nicht primär darum gehen kann, die eine Methode durch eine andere zu ersetzen, sondern die Ursachen der Misere des Gesundheitswesens aufzudecken und dort den Hebel anzusetzen. Daß bei uns so viele Menschen krank sind, liegt weniger an der Schulmedizin als an dem Leben, zu dem die Werktätigen in unserem Land gezwungen sind, in der Umweltvergiftung, in der systematischen Zerstörung von Körper und Nerven, die größtenteils aus den durch die Rationalisierung gekennzeichneten Arbeitsbedingungen herrührt.

Und hier sind wir sogleich im politischen Bereich. Denn in dem Maße, wie der Streß am Arbeitsplatz etc. zunimmt, will man das Niveau der gesundheitlichen Versorgung immer mehr abbauen, immer weniger Geld dafür ausgeben. Ein Franz Josef Strauß würde sicherlich diesen für die Gesundheit der Bevölkerung so fatalen Kurs mit doppelter Geschwindigkeit fahren.

Deshalb besteht unser zweiter Beitrag aus einem Gesundheitsprogramm, das wir dem Gesundheitstag vorlegen wollen und das diskutiert werden soll, falls Interesse dafür vorhanden ist.

Dieses Gesundheitsprogramm zeigt einmal die Ursachen für die katastrophale gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung auf und entwickelt verschiedene Formen zur Beseitigung dieser Misere. Ich will hier nur einige nennen:

Wir treten für die sofortige Zurücknahme des Krankenhausfinanzierungsgesetzes ein. Wir fordern die Verbesserung der sozialen Dienste zur Betreuung unserer Patienten. In diesem Zusammenhang verlangen wir die Einstellung aller Sozialarbeiter, die arbeitslos sind. Verbesserungen in der medizinischen Versorgung dürfen auf keinen Fall mit der Erhöhung der Krankenkassenbeiträge finanziert werden. Im Gegenteil: langfristig setzen wir uns für die Abschaffung solcher Beiträge ein, denn wir sind der Meinung, daß diejenigen, die für die zerstörte Volksgesundheit verantwortlich sind, auch für die daraus entstehenden medizinischen Folgekosten geradezustehen haben.

RM: Was meinen Sie kann der Gesundheitstag für Anregungen bringen?

P. Reibisch: Wenn er gut läuft, wird er einen Anstoß geben, daß all jene Kräfte, die im Kampf zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung in erster Linie einen politischen Kampf sehen, sich zusammenschließen, um organisiert für durchgreifende Änderungen im Gesundheitswesen zugunsten der arbeitenden Bevölkerung zu kämpfen.

Fakten, Termine, Kontakte

Von Mittwoch, den 14. Mai bis Sonntag, den 18. Mai findet in Westberlin der Gesundheitstag 1980 statt. Die Treffen der verschiedenen Arbeitsgruppen gehen in folgenden Räumlichkeiten über die Bühne: Freie Universität, Technische Universität, Fachhochschule für Wirtschaft, Fabrik für Kultur, Sport und Handwerk, Mehringhof, Kinderschutzzentrum, Zirkuszelt Tempodrom. Arbeitsgruppen über folgende Themen werden angeboten: Medizin und Nationalsozialismus, Gesundheit und Arbeitsplatz, Situation der bestehenden Gesundheitsversorgung, Gesundheit und Umwelt, die Situation der Frau im Gesundheitswesen, Perspektiven der Gesundheitspolitik etc. Als Teilnehmergebühr wird ein Betrag von mindestens 20 Mark erhoben. Ein vollständiger Veranstaltungskatalog ist für 5 Mark einschließlich Porto zu haben (gegen Vorauszahlung). Konto des Veranstalters: Sonderkonto Gesundheitstag 1980, Postscheckamt Berlin-West, Nr. 13966-105. Koordination und Kontakt: Gesundheitsladen Berlin e.V., Kantstr. 148, 1000 Berlin 12, Tel.: 030 / 31 70 76.

Neuer Arzneimittelskandal

Lenotan verursacht Mißbildungen bei ungeborenen Kindern

Bundesgesundheitsamt: „Das Mittel bleibt auf dem Markt!“

WESTBERLIN. — Noch ist das für zahlreiche Mißbildungen verantwortliche Duogynon, das vom Hersteller Schering mittlerweile in Cumorit umgetauft wurde, nicht vom westdeutschen Medikamentenmarkt, da bahnt sich ein neuer vergleichbarer Arzneimittelskandal an. Und wieder stellen sich die zuständigen Behörden blind und taub; wieder werden Gesundheit und Wohlergehen des ungeborenen Lebens der Profitgier der Pharmaindustrie zum Opfer gebracht. Diesmal geht es um den amerikanischen Chemiekonzern Richardson-Merell.

In den USA ist das Mittel gegen Übelkeit und Erbrechen während der ersten Schwangerschaftsmonate unter der Bezeichnung „Bendectin“ auf dem Markt; in Britannien wird es unter dem Namen „Debendox“ vertrieben, in der Bundesrepublik ist es mit dem Etikett „Lenotan“ versehen. Nach Angaben eines amerikanischen Konzernsprechers wird das Medikament von über 26 Millionen Frauen in den ersten Schwangerschaftsmonaten eingenommen.

Nun sind verschiedene Fälle von Mißbildungen publik geworden. In Britannien sind vor einigen Wochen die Zwillinge von Frau Angela Elliot, die bereits mit Mißbildungen zur Welt kamen, gestorben. Frau Elliot hatte während der Schwangerschaft „Debenox“ eingenommen. In Britannien ist mittlerweile die Regierungskommission für Arzneimittelsicherheit zu einer Sondersitzung zusammengetreten.

Auslösender Faktor für die behördlichen Aktivitäten jenseits des Ärmelkanals ist ein amerikanisches Gerichtsurteil gegen den Pharmagiganten Richardson-Merell.

Die Eltern des heute fünfjährigen David Mekdeci hatten den Konzern verklagt, da sie die Mißbildungen ihres Sohnes an Armen und Brust auf das bewußte Medikament zurückgeführt hatten. Nach einem Verfahren, das über eine Million Dollar kostete, wurde der Chemiekonzern verurteilt, die Kosten der medizinischen Behandlung der Mißbildungen in Höhe von 20000 Dollar zu zahlen. Einen Schadensersatzanspruch der Mekdecis in Millionenhöhe wies das Gericht allerdings zurück.

Immerhin aber ist nun der Zusammenhang zwischen Mißbildungen und der Einnahme von „Lenotan“ sozusagen gerichtsamtlich formuliert. **Selbst wenn man davon ausginge, der Zusammenhang sei nicht exakt bewiesen, sondern lediglich eine Vermutung, müßte das Medikament weltweit aus dem Verkehr gezogen werden bis zu einer endgültigen Klärung.**

Während in den USA die zuständige Behörde für Arzneimittelsicherheit zumindest den Anschein erweckt, aktiv zu werden und in zwei Monaten mit einer eigenen Studie aufwarten will, ist das Bundesgesundheitsamt, das für die Arzneimittelsicherheit in der Bundesrepublik zuständig ist, nicht im geringsten geneigt, in irgendeiner Art und Weise in Aktion zu treten, geschweige denn, das Mittel vom Markt zu nehmen und wenigstens einen warnenden Hinweis auf der Packung zu veranlassen.

Der Arzneimittelkritiker Dr. Ulrich Moebius erklärte gegenüber der Tageszeitung „Neue“: „Der Skandal ist in jedem Fall, daß der Verdacht bei ‚Lenotan‘ schon lange besteht und auch in den einschlägigen Kreisen und Behörden bekannt ist, aber es noch nicht einmal für nötig befunden wurde, das auf den Beipackszetteln für das Medikament zu vermerken. Das ist genau wie im Fall Duogynon.“

Obwohl inzwischen Ergebnisse einer Studie des spanischen Wissenschaftlichen Forschungsrates bekanntgeworden sind, die ein Medikament mit ähnlichem chemischem Aufbau wie „Lenotan“ für Mißbildungen und Wachstumsstörungen beim menschlichen Fötus verantwortlich machen, weigert sich das Bundesgesundheitsamt, behördliche Maßnahmen gegen „Lenotan“ zu ergreifen.

Eine Sprecherin des Amtes gegenüber der Zeitung „Neue“: „Wir behalten das Problem weiter aufmerksam im Auge. Doch vorerst sind für uns keine neuen Aspekte aufgetreten.“

Wenn die betroffenen und bedrohten Eltern nichts unternehmen, kann die Angelegenheit, die das Bundesgesundheitsamt gegenwärtig „aufmerksam im Auge“ behalten will, ins Auge gehen, ähnlich wie Contergan oder Duogynon.

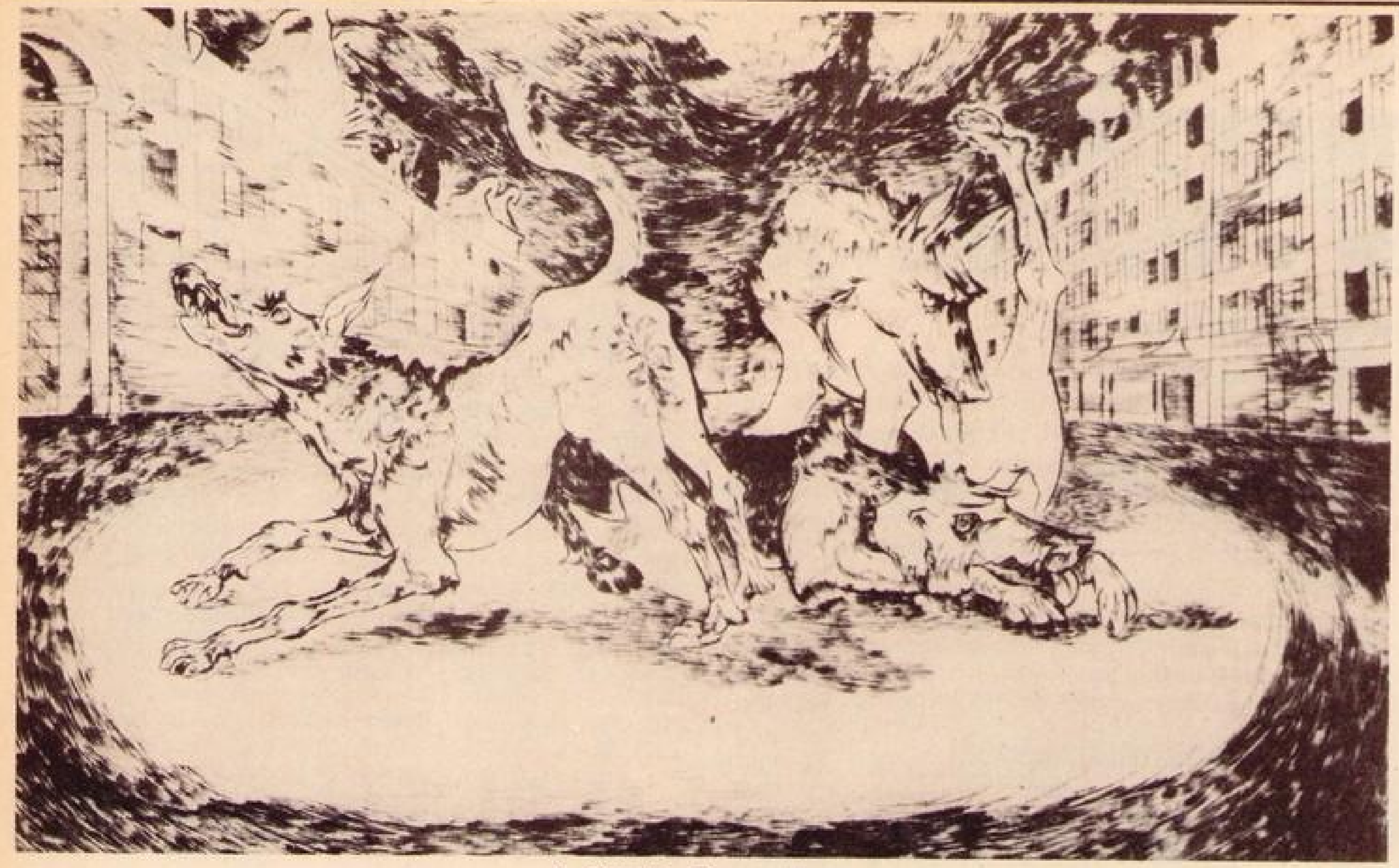


Ein amerikanisches Gericht verurteilte den Lenotan-Hersteller Richardson-Merell, den Eltern von Davin Mekdeci (siehe Bild) 20000 Dollar zu zahlen.



Das in jeder Apotheke erhältliche Lenotan verursacht schwere Mißbildungen an Ungeborenen. Nach Angaben des Produzenten sollen 26 Millionen Frauen dieses Medikament in den ersten Schwangerschaftsmonaten einnehmen.

Nähere Informationen zum Fall Duogynon/Cumorit entnehmen Sie bitte unserer Ausgabe vom 16. Februar 1979. Dort sind wir ausführlich auf die Gefährlichkeit dieses Hormonpräparats, auf die skandalöse Haltung des Bundesgesundheitsamtes und auf die Aufklärungsarbeit verschiedener Elterninitiativen eingegangen.



H. Grundig, Brauner Terror

KUNST IM WIDERSTAND 1933-1945

Hans Grundig, Brauner Terror, auch: SA beherrscht die Straße, 1935

Radierung aus dem Zyklus „Tiere und Menschen" (1933-1938, Dresden). Grundig nahm in seinen Radierungen die vom alltäglichen Bewußtsein und Denken bestimmten Tieren zugewiesenen Eigenschaften zum Ausgangspunkt, um entscheidende Züge des Faschismus darzustellen. Die Wölfe des Blattes „Brauner Terror" stehen ebenso für die grausame Gewalt, die im Faschismus die Straßen leerfegt, wie für die Feigheit und Heimtücke der Faschisten — die Wölfe treten nie alleine auf.— Hans Grundig (1901-1958) erhielt als ein mit der KPD verbundener und als „entartet" abgestempelter Künstler 1933 Berufsverbot. Mehrfach verhaftet, wurde er 1940 in das KZ Sachsenhausen eingeliefert. 1944 zu einem Strafbataillon abkommandiert, gelnag ihm der Übertritt zur Roten Armee.

Käthe Kollwitz, Saatfrüchte sollen nicht vermahlen werden, 1942

Mit dieser ihrer letzten Lithographie schuf die große Künstlerin eine erschütternde Anklage gegen den Krieg, mit dem die Nazis Europa überzogen hatten — 1941 hatten sie zuletzt die Sowjetunion überfallen. Käthe Kollwitz schrieb zu ihrer Lithographie: „‚Saatfrüchte sollen nicht vermahlen werden!' Diese Forderung ist wie ‚Nie wieder Krieg!' kein sehnsüchtiger Wunsch, sondern Gebot, Forderung."— Käthe Kollwitz (1867-1944), die große proletarische und antifaschistische Künstlerin, blieb nach 1933 in Deutschland. Sie wies alle Annäherungsversuche der Nazis zurück und wurde zunehmend verfolgt. 1936 erhielt sie Ausstellungsverbot. In mehreren plastischen und graphischen Arbeiten bezog die Kollwitz Stellung gegen den Krieg.

Herbert Sandberg, Verbotene Sender, Aquatinta

„Verbotene Sender" ist das achte Blatt aus dem Zyklus „Verfolgung und Widerstand" (1958). — Sandberg, 1908 in Posen geboren, arbeitete vor 1933 als Pressezeichner für mehrere Zeitschriften und Zeitungen. KPD-Mitglied. Wegen seiner politischen und künstlerischen Tätigkeit wurde er 1934 bis 1945 im Zuchthaus Brandenburg und im KZ Buchenwald inhaftiert. In Buchenwald schuf er 1944 mit Ofenruß und Schlemmkreide 18 Zeichnungen, die er später in dem Zyklus „Eine Freundschaft" veröffentlichte.



Käthe Kollwitz, Saatfrüchte sollen nicht vermahlen werden



H. Sandberg, Verbotene Sender

Die fortschrittliche deutsche Bildende Kunst der 30er und 40er Jahre war, wie die große deutsche Literatur derselben Zeit, eine Kunst des Widerstands, der Verfolgten, des Exils. Unter den harten Bedingungen der faschistischen Diktatur, der Illegalität, des Lebens in einem fremden Land schufen die Künstler erschütternde Kunst- und Zeitdokumente, bleibende Werke. Ihre Kunst war ein Teil des antifaschistischen Widerstands. Viele Künstler waren selbst in den Widerstandsorganisationen tätig; viele mußten ihr Engagement nicht nur mit Ausstellungs-, Mal-, und Berufsverboten, sondern auch mit Gefängnis, KZ-Haft oder dem Tod bezahlen.

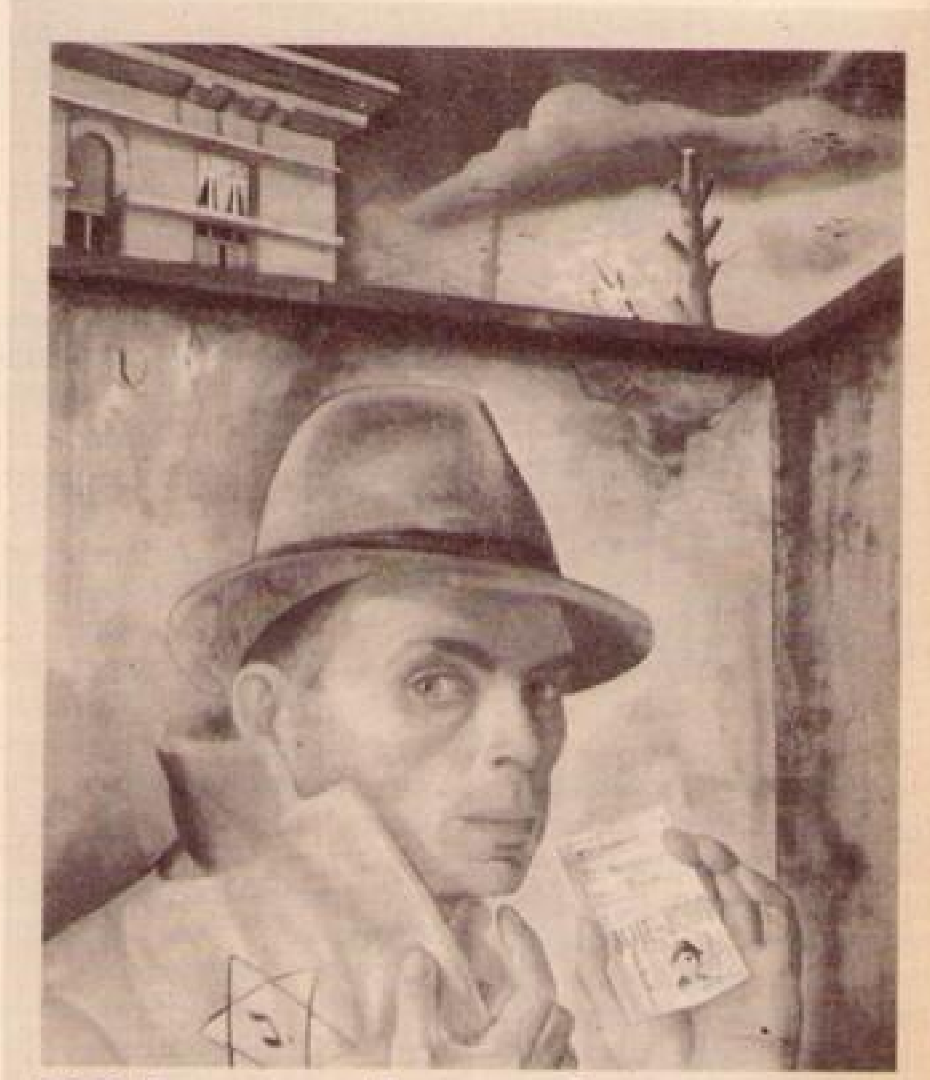
Die antifaschistische Kunst der Jahre 1933 bis 1945 bildet einen wichtigen Bestandteil unserer deutschen Nationalkultur; sie ist gleichzeitig ein bleibendes Dokument des anderen und besseren Deutschland, das sich mit Hitler und seinen Barbaren niemals versöhnt hat. Trotzdem aber sind die meisten der antifaschistischen Künstler und ihre Werke bis heute in der Bundesrepublik unbekannt geblieben; sie wurden den Westdeutschen und vor allem auch der westdeutschen Jugend geradezu vorenthalten. Ein ungeheuerlicher Vorgang!

Es ist ein Ergebnis des Vergangenheitsbewältigungs- und Vergangenheitsvertuschungskurses, der in dieser Bonner Republik, diesem Rechtsnachfolger des III. Reiches, gefahren wird. Es ist dies eine Auswirkung des Antikommunismus, der Staatsreligion Westdeutschlands, der eine Bekanntschaft mit kommunistisch und antifaschistisch inspirierter Kunst — und um eine solche handelt es sich bei der Widerstandskunst — verhindern will. Mit ihrer Unterdrückung der Widerstandskunst aus der Zeit der Nazidiktatur haben die westdeutschen Kulturpolitiker, Kulturstrategen und Kunstwarte praktisch die von den Nazis an den antifaschistischen Künstlern und ihren Werken verübten Verbrechen fortgesetzt.

Vor diesem Hintergrund ist die Ausstellung „Widerstand statt Anpassung — Deutsche Kunst im Widerstand gegen den Faschismus 1933 bis 1945" nur zu begrüßen. Sie durchbricht das bisherige Vertuschen und stellt die Verantwortlichen bloß.

Die Ausstellung macht erstmals in größerem und repräsentativem Umfang die Widerstandskunst aus der Zeit des Dritten Reiches der Öffentlichkeit zugänglich.

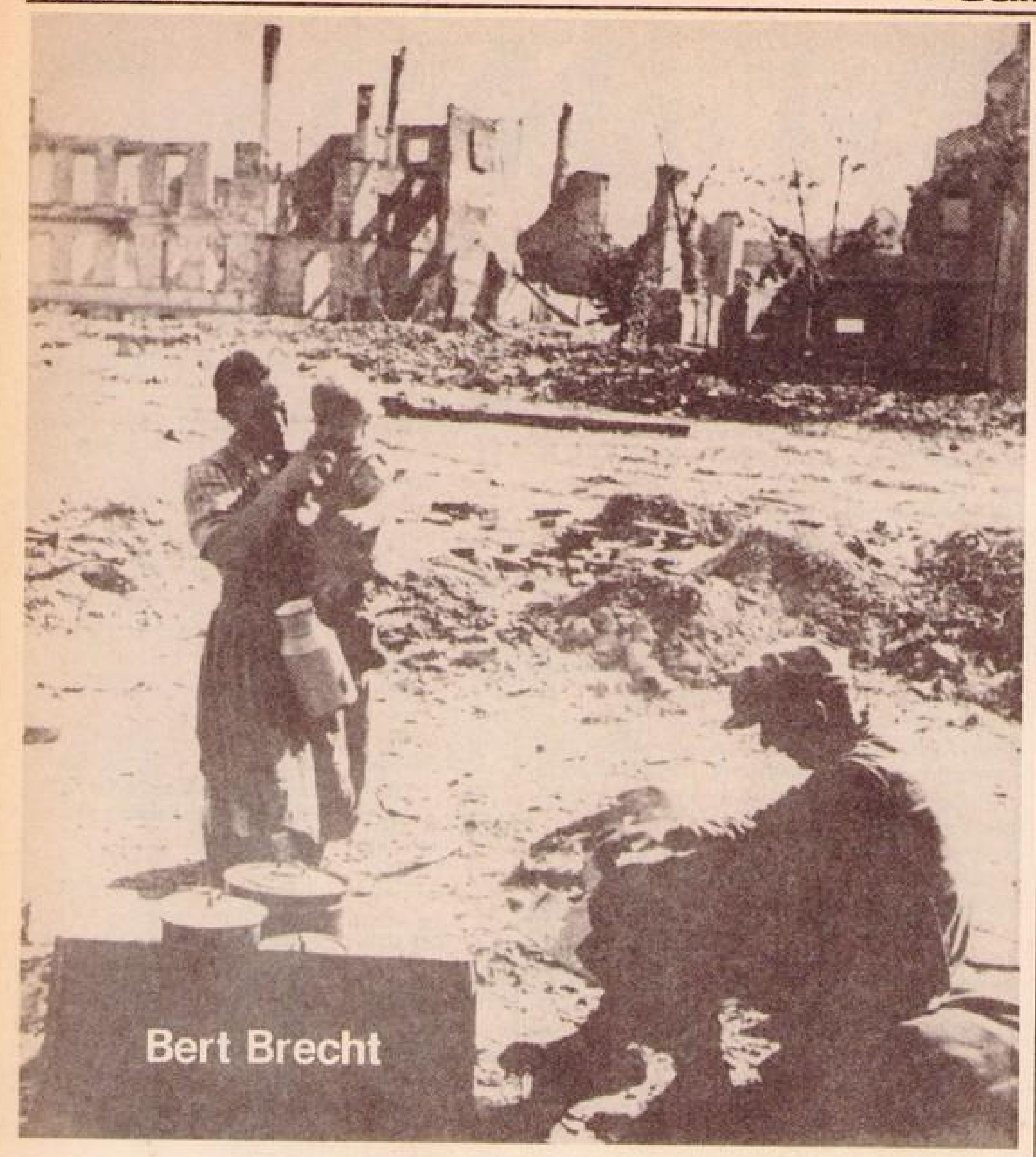
Die Ausstellung umfaßt 420 Stücke von 80 Malern, Grafikern, Zeichnern etc., darunter nur einem kleinen Teil bekannten wie Käthe Kollwitz, John Heartfield und Oskar Kokoschka. Die Ausstellung gibt einen Überblick über die antifaschistischen Positionen in der Kunst vor 1933; sie bringt Werke, die unter der faschistischen Diktatur, die im KZ und die im Exil entstanden sind. Die Ausstellung wurde bisher in Karlsruhe und in Frankfurt gezeigt. Vom 9. Mai bis zum 22. Juni wird sie in München im Kunstverein München, Galeriestraße 4, zu besichtigen sein.



Felix Nußbaum, Selbstbildnis mit Judenpaß, 1943

Felix Nußbaum (1904 bis 1944) mußte als Jude 1933 aus Deutschland emigrieren und ließ sich in Belgien nieder. Mit dem Einmarsch der Nazi-Truppen wurde er 1940 aus Belgien ausgewiesen und nach Südfrankreich in ein Internierungslager deportiert. Nach seiner Flucht lebte er illegal in Belgien, malte zahlreiche Ölbilder, die das Schicksal der Juden und seine eigene Lage als jüdischer Künstler und Emigrant zum Thema haben. 1944 wurde er verhaftet, nach Osten deportiert und in einem der großen polnischen Vernichtungslager (Auschwitz?) ermordet.

Der Ausstellungskatalog „Widerstand statt Anpassung — Deutsche Kunst im Widerstand 1933 bis 1945" gibt einen ausgezeichneten Überblick über die antifaschistischen Künstler und ihr Werk. Der Katalog enthält über 400 Abbildungen, Abhandlungen zu den verschiedenen Themenkreisen, eine Chronologie und Künstlerbiographien. *Hrsg. vom Badischen Kunstverein, Karlsruhe, in Zusammenarbeit mit Elefanten Press, Berlin, erschienen bei Elefanten Press Verlag GmbH, Berlin (West), ca. 30 Mark.*



Das große Karthago

Das große Karthago führte drei Kriege.
Es war noch mächtig nach dem ersten,
noch bewohnbar nach dem zweiten.
Es war nicht mehr auffindbar nach dem dritten.
Laßt uns das tausendmal Gesagte
immer wieder sagen,
damit es nicht einmal zu wenig gesagt wurde!
Laßt uns Warnungen erneuern, und
wenn sie schon wie Asche in unserem Munde sind!
Denn der Menschheit drohen Kriege,
gegen welche die vergangenen
wie armselige Versuche sind,
und sie werden kommen ohne jeden Zweifel,
wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten,
nicht die Hände zerschlagen werden.



In aller Öffentlichkeit bereiten sie den nächsten Weltbrand vor. Der chauvinistischen Olympiaboykott-Politik folgte der militärische Übergriff. Der eine gab den Einsatzbefehl, der andere stellte Flughäfen auf westdeutschem Territorium zur Verfügung.

„Der Kandidat" ist angelaufen

Zustandekommen des Films offenbart Feigheit der Medienfürsten

Kinobesuch mit politischer Propaganda verbinden!

Nun ist er endlich angelaufen, der von allen Linken sehnsüchtig und von allen Rechten sorgenvoll erwartete Film von Volker Schlöndorff (Jahrgang 1939), Alexander Kluge (1932), Stefan Aust (1946) und Alexander von Eschwege (1948).

Schlöndorff, frischgebackener Oscar-Preisträger, hatte sich seinerzeit mit der ausgezeichneten Inszenierung des Böll-Romans „Die verlorene Ehre der Katharina Blum" hervorgetan, hatte allerdings mit dem „Blechtrommel-Spektakel" viele Erwartungen schwer enttäuscht.

Alexander Kluge, bekannt durch „Die Patriotin", zeichnete zusammen mit Schlöndorff und zwei anderen Regisseuren für „Deutschland im Herbst" verantwortlich. Stefan Aust, spielfilmunerfahren, ist Mitarbeiter von „Panorama", Alexander von Eschwege hat früher bei Schlöndorff assistiert.

Die Dreharbeiten zum „Kandidaten" laufen seit Herbst 1978 und waren von mancherlei Hindernissen begleitet. Mehrmals mußte das Filmteam erleben, wie Politiker der CDU/CSU herrisch von ihrem Hausrecht Gebrauch machend, ihnen die Dreharbeiten bei Kundgebungen der Unionsparteien untersagten — so geschehen beim traditionellen Aschermittwoch-Spektakel der CSU, so geschehen bei einer CDU-Veranstaltung in Gießen.

Offenbar waren die Unionsknappen von vornherein davon überzeugt, daß sämtliche Filmdokumente über ihre Leute, die nicht von eigens dafür eingesetzten Hofberichterstattern oder den Kameraleuten der öffentlich-rechtlichen Anstalten gedreht werden, dem „Kandidaten" zum Nachteil gereichen müßten.

Auch die Medienfürsten, konkret, die Gewaltigen eben jener öffentlich-rechtlichen Anstalten, die ja von ihnen selber meist als Gemeineigentum, als Besitz der Öffentlichkeit betitelt werden, verweigerten den Filmemachern jeglichen Einblick in ihre Archive. WDR-Intendant von Sell machte eine bereits gegebene Zusage mit dem Hinweis auf „übergeordnete Gesichtspunkte" wieder rückgängig.

Die vielzitierte Ausgewogenheit degeneriert offensichtlich zur völligen Passivität gegenüber der Reaktion, die man nicht nur selber praktiziert, sondern auch nicht den Anstalten zugehörigen Regisseuren durch die Verweigerung des Archivmaterials aufzwingen will.

Wolfgang Schütte, Feuilletonist der „Frankfurter Rundschau", will erfahren haben, daß der Panorama-Mitarbeiter Stefan Aust vor allem deshalb den „Kandidaten" mitgeschaffen hat, weil derlei Unterfangen im Rahmen des öffentlich-rechtlichen Systems gar nicht mehr möglich sei. Zwischen den Anstalten bestünden Absprachen, sich sämtlicher kritischer biographischer Hinweise über beide „Kandidaten" zu enthalten.

Selbstzensur ist die tückischste und gefährlichste Spielart des Abbaus und der Vernichtung der Meinungsfreiheit. Wer auf seine Rechte freiwillig verzichtet, hat sie im selben Atemzug verwirkt!

Kaum erwähnenswert, daß auch in den heiligen Hallen des Bundestages Drehverbot herrschte.

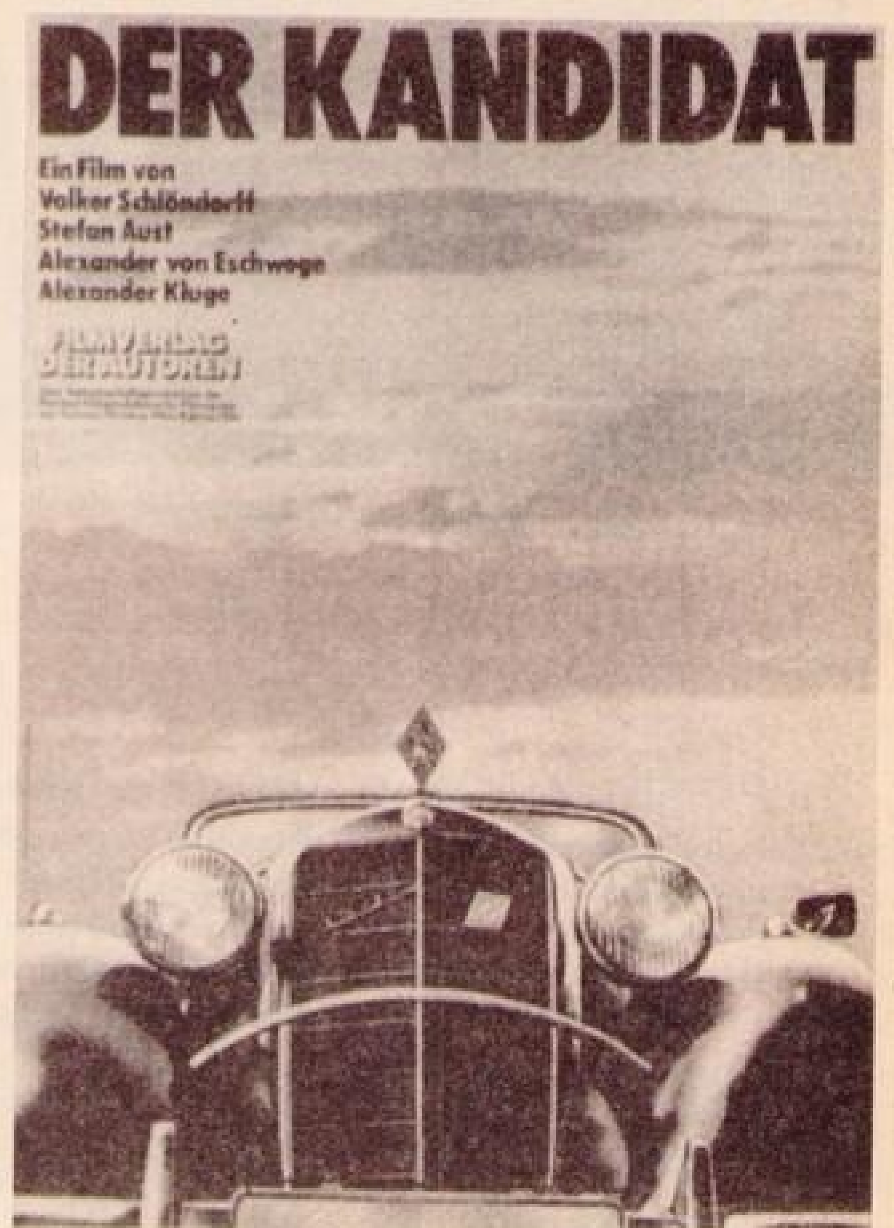
Unabhängig einer abschließenden Bewertung des Films, die in einer unserer nächsten Ausgaben folgen wird (bis Redaktionsschluß war der Film im Ruhrgebiet noch nicht angelaufen), sollte jeder politisch interessierte Mensch den „Kandidaten" nicht versäumen.

Alle Genossen und Freunde unserer Partei fordern wir auf, den Filmbesuch mit den verschiedensten politischen Aktionen zu verbinden, die der weiteren Entlarvung des Hauptdarstellers dienen, angefangen von Flugblattaktionen bis hin zu Kurzkundgebungen, mit denen man die hoffentlich vor den Kinokassen ausharrenden Menschenmassen gleichsam unterhalten kann.

Wie aus der „Frankfurter Rundschau" verlautet, hat des Kandidaten Staranwalt Günter Ossmann bereits als einer der ersten den „Kandidaten" besucht. Bislang sei noch keine Anzeige erfolgt.

Wie dem auch sei, das muß nicht unbedingt auf schlechte Qualität hinweisen...

jvt



Plakat zum Strauß-Film

Zensur im Zweiten Programm

„Old Schwurhand" läßt nicht mit sich spaßen

„Für mich gibt es keinen Vorschwur- und Nachschwur-Zimmermann. Wenn dieser Mann im Bundestag auf die Verfassung schwört, dann könnte dabei auch einiges Gelächter aufkommen", sprach der Kabarettist Gerhard Polt angesichts des die Zensurschere wetzenden ZDFs.

Es ging um die satirische Sendung „Einwürfe aus der Kulisse". In den „Einwürfen" nahmen sich Polt und seine Truppe unter anderem den in Meineidskandale verstrickten stellvertretenden CSU-Vorsitzenden Zimmermann aufs Korn, machten Anspielungen auf den „Eidgenossen", erwähnten die vom ZDF erzwungene „Denkpause" Dieter Hildebrandts, bei der eben jener Zimmermann die Hand im Spiel hatte und ließen sich auf die heilige Fernsehkuh „Ausgewogenheit" ein.

Als die „Einwürfe" im Rahmen der Adolf-Grimme-Preis-Verleihung vor einiger Zeit in Marl über die Bühne gingen (Programm-Ausrichter: ZDF) waren die Zimmermann-Lästerungen, wenn auch gemildert, gerade noch gestattet.

Doch vorletzten Sonntag, kurz vor Mitternacht, im ZDF-Programm im Rahmen des „satirischen Szenariums", war die Zimmermann-Schelte unterblieben. Das ZDF war der schlichten Meinung, die Sache mit dem Meineid entbehre des „akuten Anlasses".

Die Zensurmaßnahme, für sich genommen schon schlimm genug, bekommt noch eine makabere Färbung, wenn man bedenkt, was ZDF-Programmdirektor Stolte auf jener Marler Adolf-Grimme-Preis-Verleihung, wo Polts Programm noch einigermaßen ungeschoren über die Bühne ging, für „mutige" Sprüche klopfte: "Wenn wir die verbrieften Freiheiten aus Ängstlichkeit nicht nutzen, wenn wir die notwendige Selbstkritik zu einer lähmenden Selbstverleugnung verformen... dann allerdings kann uns in Zukunft niemand mehr helfen."

Sehr wahr, Herr Programmdirektor. Doch schien man höheren Orts durchaus anderer Meinung gewesen zu sein.

Übrigens, höheren Orts heißt in diesem Fall — man höre und staune — „Old Schwurhand", Verzeihung, Dr. Zimmermann. Er ist stellvertretender Vorsitzender des ZDF-Fernsehrats, offizieller CSU-Mann beim ZDF und Mitglied des „Richtlinien- und Koordinierungsausschusses".

Und da man Stolte nachsagt, Intendant werden zu wollen, hat der sich halt einige Rücksichten gegenüber dem Doktor erlaubt.



„Im Dienst fürs Vaterland verzehrt"

Der Tod eines CDU-Kandidaten — Nachlese —

Nachdem der Spitzenkandidat der CDU für die nordrhein-westfälische Landtagswahl, Köppler, in der letzten Woche einem Herzinfarkt erlegen war, meldeten sich unverzüglich die prominenten Nachrufer zu Wort. Glaubt man ihren Worten, hat es nie ein innigeres Verhältnis gegeben als zwischen ihnen und dem verstorbenen Köppler. Bei näherer Betrachtung von Nachrufern und ihren Nachrufen jedoch ergeben sich einige Einblicke in die Moral und Umgangsformen, die in den Köpplerschen Kreisen herrschen.

Der Kanzlerkandidat Franz Josef Strauß sagte über den Tod Köpplers: „Menschliche Tragik und Trauer stehen jetzt im Vordergrund. Der Tod dieses verdienten Politikers, der für den Dienst an der Sache und für seine Überzeugung alles gegeben hat, hat mich menschlich tief getroffen."

Ein paar Jahre vorher hatte es noch anders geklungen: In seiner berühmten Münchener Wienerwald-Geheimrede sagte Strauß 1976 über die Kandidatur Köpplers zum nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten: „... um Köppler zum Ministerpräsidenten zu machen — es ist genauso, wenn man einen Chefministranten vom Dom in München zum Erzbischof machen würde...". In der gleichen Rede bezeichnete Strauß CDU-Politiker vom Schlage eines Köppler als: „... die politischen Pygmäen der CDU, die nur um ihre Wahlkreise kämpfen, diese Zwerge im Westentaschenformat, diese Reclam-Ausgabe von Politikern...".

Kurt Biedenkopf ist der Wahlkampfleiter der CDU in Nordrhein-Westfalen; auf den Wahlplakaten ist er zusammen mit Köppler zu sehen, und auf der Inschrift heißt es: „Doppelte Energie für NRW". — In seinem Nachruf auf Köppler sagte Biedenkopf: „Die Bundesrepublik ist durch seinen Tod ärmer geworden, die Landes-CDU verliert einen bedeutenden Vorsitzenden und einen großen Menschen, die Unions-Parteien eine vorbildlichen Politiker."

Verglichen mit den Straußschen Auslassungen klingen diejenigen Biedenkopfs eine Oktave nüchterner, und das mag seinen Grund haben. Biedenkopf — die eigene Karriere vor Augen — hatte den NRW-Wahlkampf so auf den Spitzenkandidaten Köppler hin organisiert und ausbalanciert und eingefädelt, daß mit dem Tode Köpplers alles ins Wanken geriet. Das Karriere-Sprungbrett war plötzlich weg, die so listenreich angekoppelte Aufstiegslokomotive. Biedenkopf muß sehen, wo er bleibt. Und so kühlt der enttäuschte Ehrgeiz, verbunden mit dem Herumwittern nach neuen Möglichkeiten, die Trauerrede merklich ab.

Vielleicht aber liegt der Grund für die Zurückhaltung Biedenkopfs noch in etwas anderem: in der unklaren, durch widersprüchliche Aussagen noch mehr ins Zwielicht geratenen Rolle, die Biedenkopf in den letzten Lebenstagen Köpplers gespielt hat.

Nach Köpplers Tod trat ein Bonner Prominentenarzt mit massiven Vorwürfen an die Öffentlichkeit. Köppler sei nicht genügend abgeschirmt gewesen, hieß es, er habe nicht die erforderliche Ruhe gehabt, um genesen zu können. Es sei vor allem „schlichter Wahnsinn" gewesen, daß Köppler nur zwei Wochen nach seinem Herzinfarkt an seinem Krankenbett bereits wieder den CDU-Wahlkampfleiter Biedenkopf empfangen habe.

Biedenkopf!...

Tatsächlich hatte die CDU am Freitag vor Köpplers Tod die Meldung verbreitet, dieser habe mit Biedenkopf einen „umfangreichen Gedankenaustausch" über aktuelle politische Fragen geführt. Nach Köpplers Tod jedoch war das nicht mehr wahr. Die CDU erklärte: Köppler habe mit Biedenkopf nur ein persönliches, kein politisches Gespräch geführt, das im übrigen nur zehn Minuten gedauert habe. Was ist nun richtig?

Schließlich die Sache mit dem Interview.

Einen Tag nach Köpplers Tod veröffentlichte „Bild" das „letzte Interview mit CDU-Chef Köppler". Fünf Interviewer nannte „Bild" als Gesprächspartner. Recherchen jedoch ergaben, daß die fünf „Bild"-Kreaturen den kranken Köppler nicht gesehen, geschweige denn gesprochen hatten. Dafür gab ein stellvertretender „Bild"-Chefredakteur die Auskunft: „Das Interview kam auf Vermittlung von CDU-Wahlkampfleiter Biedenkopf zustande". Die „Bild"-Redakteure hätten Biedenkopf einen Fragenkatalog in das Krankenhaus mitgegeben, und Köppler habe dann die Fragen beantwortet. — Journalisten einer anderen Zeitung, die daraufhin bei Biedenkopf eine Stellungnahme erbaten, erhielten von seiner Sekretärin die Auskunft: „Herr Biedenkopf ist die ganze Woche nicht zu sprechen."

Biedenkopf hat in der Tat zu tun. Er zimmert weiter an seiner Karriere. Den Blick nach oben gerichtet, nach vorne, nach Bonn und, wer weiß wohin...

Zitieren wir zum Abschluß noch den Nachruf eines unserer glänzendsten Bundestagsredner, des CDU-Kohl: „Heinrich Köppler war ein Politiker, für den christliche Verantwortung nicht ein Lippenbekenntnis war. Er hat sich in seiner politischen Arbeit und in seinem Dienst für unser Vaterland verzehrt."

Vielleicht ist er auch verzehrt worden... Na denn: Wohl bekomm's!



Sonntag, 4. Mai, 15.35 Uhr, ZDF

Start vom Nullpunkt. Ungarischer Spielfilm über die Kriegserlebnisse eines Jungen (1975). Regie: Imre Feher.

•

Sonntag, 4. Mai, 21.00 Uhr, Hessen III

Die Gedanken sind frei. Ein Film über Volkslieder, ihre Geschichte und ihre sozialen und politischen Vorraussetzungen.

•

Sonntag, 4. Mai, 22.05 Uhr, ARD

Ludwig van Beethoven, Sinfonie Nr. 8 F-Dur op. 93. Es spielen die Wiener Philharmoniker unter der Leitung von Leonard Bernstein.

•

Montag, 5. Mai, 20.15 Uhr, West III

NRW zwischen Kohle und Kernenergie. Untertitel: Vollbeschäftigung oder wirtschaftlicher Stillstand? Filmbericht mit anschließender Expertendiskussion. — Eventuell interessante Hintergrundinformationen über die Entwicklung im Ruhrgebiet.

•

Montag, 5. Mai, 21.45 Uhr, West III

Chac. Mexikanischer Spielfilm (1975). Regie und Buch: Rolando Klein. Kleins Film schildert den Machtkampf zwischen Häuptling und Zauberer in einem mexikanischen Indio-Dorf. Nach einer Dürre ist die Ernte in Gefahr. Nur der Zauberer scheint für den rettenden Regen sorgen zu können...

•

Montag, 5. Mai, 20.20 Uhr, Südwest III

Der Antennendraht. Von und mit **Karl Valentin** und **Liesl Karstadt.**

•

Donnerstag, 8. Mai, 23.00 Uhr, ARD

Die Moritat vom unbekannten Weill. Von Barrie Gavin und Alexander Goehr. — Weill komponierte nicht nur die Dreigroschenoper. Er schrieb auch zwei Sinfonien, ein Violinkonzert und zahlreiche andere Werke. Erst in den vergangenen Jahren wurden verschollene Partituren gefunden. Die Sendung will helfen, den unbekannten Weill zu entdecken.

•

Freitag, 9. Mai, 19.30 Uhr, West III, Nord III, Hessen III, Südwest III

Don Carlos. Oper von Guiseppe Verdi

Neue Umweltkatastrophe in Oberitalien

Riesen-Öllache treibt den Fluß hinunter

Mit einer Geschwindigkeit von drei Kilometern in der Stunde treibt ein riesiger Ölteppich von 20 Kilometern Länge den oberitalienischen Fluß Po hinab — die Folge einer zerbrochenen Ölleitung bei Pavia.

Zwar wurden verschiedene Maßnahmen eingeleitet, aber wenn sie nicht greifen, steht Oberitalien vor einer Umweltkatastrophe, deren Ausmaße noch nicht abzusehen sind. Der Zwischenfall wird jetzt schon als eine der schlimmsten Umweltkatastrophen bezeichnet, die bisher einen italienischen Fluß betroffen hat.

Ein Teil des Ölfilms hatte sich schon bis letzten Mittwoch auf dem Weg bis Piacenza am Ufer abgelagert und die Landschaft schwer in Mitleidenschaft gezogen. In dem Fluß setzte ein Fischsterben ein. Schwerste Schäden drohen dem Podelta, das auch heute noch als Vogelparadies einen besonderen Schutz genießt.

Die Bevölkerung ist verbittert. „Die Ernte ist für dieses Jahr hin, weil wir nichts mehr zu bewässern haben", sagen die Bauern.

Das lebensbedrohende Chaos wurde — wie schon im Falle Seveso — wieder von der Tochterfirma eines ausländischen Multis, diesmal vom US-Konzern Conoco, verursacht. Vertuschung ist wieder von Anfang an im Spiel. Erst neun Stunden später, nachdem das Öl aus einem Leck in der Ölleitung Genua-Mailand auszufließen begonnen hatte, verständigte der Öl-Multi die Feuerwehr.

Wiederaufbereitungstechnik

Beinahekatastrophe in La Hague?

Zu panikartigen Reaktionen der Direktion der französischen Atommüll-Wiederaufbereitungsanlage hat ein Ausfall des Netzstroms mit nachfolgendem Kurzschluß geführt.

Durch den Stromausfall fiel die Kühlung der Lagertanks für verschiedene Arten von Atommüll aus. Einige dieser Tanks, die flüssige Plutoniumlösungen enthalten, können bei Ausfall der Kühlungen nach kurzer Zeit zu einer zu hohen Konzentration der Reststoffe führen, so daß eine „kritische Masse" erreicht und eine atomare Kettenreaktion in Gang gesetzt wird.

Die Direktion gab schon eine Stunde nach dem Kurzschluß den Befehl zur völligen Evakuierung der Anlage. Über große Entfernungen wurden Transformatoren, Notstrom-Generatoren und Gleichrichter angekarrt. Nachträglich wurde der Fall als „harmlos" heruntergespielt und gleichzeitig eine Informationssperre verhängt.

Jagdfieber

Seit über einer Woche sucht die Polizei den flüchtigen Stefan Hlywa, der während einer richterlich angeordneten Hausdurchsuchung einen Polizeibeamten erschossen haben soll. Am vergangenen Dienstag jedoch konnten erstmals Treffer erzielt werden. Zwei bei der Hetzjagd eingesetzte Polizeibeamte wurden durch Schüsse aus der Maschinenpistole eines ihrer Kollegen verletzt. Wie die Polizei mitteilte, erhielten die beiden Oberschenkeldurchschüsse. Warum sich aus der Maschinenpistole Schüsse lösten, sei bislang ungeklärt.

Indessen geht die Jagd weiter. Die Waffen sind scharf geladen, die Finger am Abzug. Vorsicht!

MURSCHETZ

Carter — Sportler des Jahres

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel. 0234/51 15 37, geöffnet: Do 16-18.30 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-1[illegible] Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr [illegible]-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der KPD/ML, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel. 0231/83 23 2[illegible], geöffnet: Mo-Fr [illegible] Uhr, Sa 10-13 Uhr.

4100 **Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldm[illegible]n, Metzer Str. 24, Tel.: 0203/44 30 14

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: [illegible]1/77 12 00, geöffent: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr

7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen" Schulterblatt 36, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-[illegible] 9-12 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Parteibüro der KPD/ML, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

7500 **KARLSRUHE** 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve", Goethestraße 25 b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr. Tel.: 0721/84 84 08.

2300 **KIEL** [illegible], Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/[illegible], geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-1[illegible], Sa 10-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lese[illegible] „Neue Zeit", Marienstr. 37a, Tel.: 0221/55 49 56, geöffnet: [illegible] Do und Fr 17-18.30 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstr. [illegible], Tel.: 089/260 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr. 16-18, Sa 11-13 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 16-18, Sa 10-13 Uhr.